



Landtag von Baden-Württemberg

96. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 10. April 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 9:30 Uhr

Mittagspause: 12:57 bis 14:16 Uhr

Schluss: 16:48 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5723	5. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland – Drucksache 15/3976	5762
1. Regierungsinformation zum „ Stand der Bundesländer-Verhandlungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz – Bewertung aus der Sicht Baden-Württembergs “ durch den Ministerpräsidenten und Aussprache	5723	Abg. Rosa Grünstein SPD	5762
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	5723	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	5763, 5767
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5726	Abg. Ulrich Lusche CDU	5764, 5767
Abg. Paul Nemeth CDU	5728, 5740	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5765
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5730	Ministerin Silke Krebs	5766
Abg. Claus Schmiedel SPD	5732	Beschluss	5768
Minister Franz Untersteller	5735	6. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig? – Drucksache 15/4031	5768
2. Aktuelle Debatte – Wenn Sport Schule macht – Sportvereine in Baden-Württemberg sind jetzt Partner beim Ausbau der Ganztagschule – beantragt von der Fraktion der SPD	5740	Abg. Wolfgang Reuther CDU	5768, 5774
Abg. Sabine Wölfle SPD	5741, 5747	Abg. Reinhold Pix GRÜNE	5770
Abg. Viktoria Schmid CDU	5742, 5747	Abg. Hans-Peter Storz SPD	5771
Abg. Petra Häffner GRÜNE	5743	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	5773, 5775
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5744	Minister Alexander Bonde	5773
Minister Andreas Stoch	5745	7. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Flüchtlings- und Asylpolitik – Drucksache 15/4197	5776
3. Aktuelle Debatte – 100 Tage Polizeireform – erste Bilanz eines fehlgestarteten Projekts – beantragt von der Fraktion der CDU	5748	Abg. Matthias Präfrock CDU	5776, 5782
Abg. Thomas Blenke CDU	5748	Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	5778, 5782
Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE	5750	Abg. Rosa Grünstein SPD	5779
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	5753	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5780
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5755	Minister Reinhold Gall	5780
Minister Reinhold Gall	5757	8. Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/4949	5783
4. Wahl der externen Mitglieder der Enquete-kommission „Pfleger in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“	5761	Abg. Helmut Rau CDU	5783
		Abg. Manfred Kern GRÜNE	5784
		Abg. Helen Heberer SPD	5786
		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5787
		Ministerin Silke Krebs	5787
		Beschluss	5789

9. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitions- ausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 15/4976.....	5790	Anlage Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der externen Mitglieder und stell- vertretenden Mitglieder der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“.....	5790
Beschluss	5790		
Nächste Sitzung	5790		

Protokoll

über die 96. Sitzung vom 10. April 2014

Beginn: 9:30 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 96. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich den Herren Kollegen Schneider, Stratthaus und Wacker erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Kollege Glück, Herr Kollege Halter und Herr Kollege Jägel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Kretschmann ab ca. 11:30 Uhr, Frau Ministerin Bauer ab 13:30 Uhr, Frau Staatsrätin Gisela Erler, Herr Minister Friedrich, Herr Minister Hermann und ab 13:50 Uhr Herr Minister Untersteller.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 23. März 2014, Az.: V-0123.049 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 15/4990

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

2. Mitteilung der Landesregierung vom 7. April 2014, Az.: III-3451.110 – Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2015 – Drucksache 15/5042

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungsinformation zum „Stand der Bund-Länder-Verhandlungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz – Bewertung aus der Sicht Baden-Württembergs“ durch den Ministerpräsidenten

und Aussprache

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche haben die Minis-

terpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsminister über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verhandelt und haben sich auf Eckpunkte einer Novelle verständigt. Am Dienstagmorgen hat das Bundeskabinett den Entwurf eines neuen EEG verabschiedet.

Dass die Bundesregierung schon vor der Verabschiedung eines Kabinettsentwurfs die Verständigung mit den Ländern sucht, ist keine Selbstverständlichkeit. Es unterstreicht die Bedeutung, die die Reform dieses Gesetzes für unser Land hat. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist das Kernstück der Energiewende. Mit seiner Novelle stellen wir die Weichen für die Zukunft der Energieversorgung unseres Landes und den Schutz unseres Klimas. Deshalb freue ich mich als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, dass es uns gelungen ist, wesentliche Verbesserungen des Entwurfs der Bundesregierung durchzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ursprüngliche Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bund von letzter Woche ist ein vertretbarer Kompromiss, mit dem wir drei Ziele erreichen:

Erstens: Nach einer langen Zeit der Verunsicherung besteht nun endlich Klarheit darüber, welche Rahmenbedingungen in Zukunft für den Ausbau der erneuerbaren Energien gelten. Das ist gerade für den Mittelstand in Baden-Württemberg wichtig. Ein weiteres Jahr der Unsicherheit hätten wir uns schlicht und einfach nicht leisten können. Deshalb ist der gefundene Kompromiss ein entscheidendes Signal für alle Investoren, für Großinvestoren genauso wie für Bürgerinnen und Bürger, die sich in dieser Sache engagieren, und für die Energiegenossenschaften.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Die Kostenentwicklung der EEG-Umlage wird bis zum Jahr 2017 stabilisiert. Das ist ein wichtiges Signal für alle Stromkonsumenten, für private Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie für den Mittelstand. Und es ist ein Zeichen dafür, dass der Strom aus Sonne und Wind mittlerweile nahezu wettbewerbsfähig ist. Sonst wäre es nicht möglich, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen und gleichzeitig die Umlage zu stabilisieren.

Drittens: Der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien wird fortgesetzt. Dieses Ziel hätte der erste Entwurf der Bundesregierung nur unzureichend umgesetzt. Mit ihm wäre die Energiewende in entscheidenden Punkten massiv gebremst worden, gerade auch in Baden-Württemberg.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Damit ist zudem auch entschieden, dass die Politik der Energiewende weiterbetrieben wird. Das ist eine Ermutigung für all diejenigen, die in der Energiewende große Chancen für unser Land erkennen.

Wie wichtig die Energiewende für unser Land ist, sehen wir gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ganz deutlich. Wer die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vermeiden will, muss den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorantreiben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

All dies ist nur dadurch möglich geworden, dass wir gegenüber dem Bund zentrale Forderungen durchgesetzt haben. Natürlich haben wir nicht alles möglich gemacht, was wir wollten. Aber das liegt nun einmal in der Natur eines Kompromisses.

Verbesserungen haben wir durchgesetzt für die Windkraft an Land, für die Windkraft auf dem Meer, für die Biomasse und – im ursprünglichen Kompromiss mit der Bundesregierung – auch für den Eigenverbrauch von Strom.

Lassen Sie mich bei der Windkraft an Land zunächst einige Punkte zur besonderen Situation in Baden-Württemberg vorausschicken:

Wie Sie alle wissen, haben wir bei Regierungsantritt die besondere Situation einer weitgehenden Blockade der Windkraft vorgefunden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die haben wir jetzt!)

Wir mussten zunächst einmal die gesetzlichen Grundlagen ändern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Z. B. beim Naturschutz!)

Das hat Zeit gekostet.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Systematische Untersuchungen zu den tatsächlichen Bedingungen für die Windkraft vor Ort waren ebenfalls nicht vorhanden.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Deshalb mussten die tatsächlichen Gegebenheiten in einem weiteren Schritt in zäher, mühevoller Detailarbeit ausgelotet und bewertet werden, von den lokalen Windverhältnissen über das örtliche Vorkommen schützenswerter Tierarten bis hin zu – das wird häufig vergessen – dem Einfluss auf Radaranlagen oder dem Abstand zu Straßen oder Flugplätzen. Auch das hat Zeit gekostet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie mussten auch noch den Wind beschaffen!)

Mit den von uns durchgesetzten Änderungen des EEG können wir den Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg jetzt vorantreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Gefahr, dass von den vereinbarten Förderkontingenten für Baden-Württemberg nichts übrig bleibt, ist abgewendet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Dem Einsatz von Umweltminister Untersteller ist es zu verdanken, dass die EEG-Novelle nicht zum Todesstoß für den Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg wird.

(Beifall bei den Grünen)

Nach der Vorlage der Bundesregierung wäre das Repowering, also die Leistungertüchtigung von Anlagen, vollständig – brutto – auf das Förderkontingent angerechnet worden. Dadurch wäre ein so großer Teil der kontingentierten Förderung weggefressen worden, dass der Bau von Windrädern an vielen guten Standorten nicht mehr möglich gewesen wäre, auch hier in Baden-Württemberg.

Durch unseren Verhandlungserfolg wird nun jedoch nur noch diejenige Energie angerechnet, die ein neues Windrad im Vergleich zum alten Windrad zusätzlich erzeugt – also der Nettowerk. Dadurch wird ein sehr viel kleinerer Teil des Förderkontingents aufgebraucht. Für andere Neubauten bleibt mehr übrig, und das heißt: Die wirtschaftlichen Grundlagen für den Ausbau der Windkraft sind damit auch in Baden-Württemberg gewährleistet.

Ich möchte mich auch bei unserem Koalitionspartner für die Unterstützung in dieser Sache recht herzlich bedanken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Ui! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nach drei Jahren das erste Mal! – Glocke des Präsidenten)

Die Windkraft auf dem Meer und die Energieerzeugung aus Biomasse haben wir ebenfalls gestärkt.

Im Bereich der Windkraft offshore konnten wir zusätzlich zu dem vorgesehenen Ausbauziel von 6,5 GW einen Zubaukorridor von 1,2 GW durchsetzen. Wenn nun aufgrund der langen Projektierungsdauer Projekte infolge von Insolvenzen wegfallen, können Projekte nachrücken, die ursprünglich nicht zum Zuge gekommen wären.

Bei der Biomasse fördern wir – ganz im Sinne der Verhinderung des Klimawandels – stärker, wenn bei der Stromerzeugung besonders wenig Methan ausgestoßen wird. Entscheidend ist hier, dass nur noch Anlagen gefördert werden, die weitgehend, nämlich bis zu 80 %, Reststoffe verwerten. Damit haben wir verhindert, dass flächendeckend monokulturell Pflanzen zur Energieerzeugung angebaut werden und es zur „Vermaisung“ der Landschaft kommt.

Schließlich haben wir auch bei der Behandlung der Eigenstromerzeugung wesentliche Fortschritte erzielt.

Erstens haben wir einen Fortschritt für energieintensive Unternehmen erreicht, die im internationalen Wettbewerb stehen. Für den Schutz solcher Unternehmen vor zu hohen Kosten haben wir uns immer eingesetzt. Im vorliegenden Gesetzentwurf werden neue Anlagen solcher Unternehmen nun nur mit 15 % an der Umlage beteiligt und erfahren die gleichen Deckelungen in der Umlage, die die energieintensive Industrie bei Fremdstrombezug auch erfährt.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Zweitens haben wir für den selbst erzeugten und selbst genutzten Strom aller anderen Unternehmen eine technologische Differenzierung durchgesetzt. Dadurch wird die Höhe der Umlage von der Art der Stromerzeugung abhängig. Stammt der Strom aus Anlagen, die besonders umweltschonend sind, also aus erneuerbaren Energien oder aus hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, muss weniger Umlage gezahlt werden als für Strom, der konventionell mit fossilen Brennstoffen hergestellt wird.

Im Entwurf der Bundesregierung vor den Verhandlungen mit den Ländern war noch vorgesehen, dass Handel, Gewerbe und private Haushalte bei der Eigenstromerzeugung einen deutlich höheren Satz von 70 % zahlen müssen, auch wenn sich der Eigenstrom aus erneuerbaren Energien speist. Dies hätte die Eigenstromerzeugung aus erneuerbaren Energien in diesem Bereich vollständig zum Erliegen gebracht und die Eigeninitiative des Mittelstands und der Bürgerschaft erstickt.

Im ursprünglichen Verhandlungsergebnis mit der Bundesregierung sind uns insgesamt mit der Durchsetzung der beschriebenen Forderungen Verbesserungen gelungen, die zu einer EEG-Novelle mit Augenmaß führen. Wir erreichen, dass die Kostenentwicklung der EEG-Umlage stabilisiert wird, und wir gewährleisten, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien fortgesetzt werden kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir erwarten nun von der Bundesregierung, dass sie ihre Zusagen einhält.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Dies betrifft zum einen die Zusage, außerhalb des Bereichs energieintensiver Unternehmen nicht nach Sektoren,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Haben Sie Zweifel an Gabriel?)

sondern nach Technologien zu differenzieren. Der am Dienstag vorgelegte Gesetzentwurf sieht nun nämlich für Industriebetriebe des produzierenden Gewerbes wieder Sonderregelungen vor, die klar zulasten des Mittelstands, des Dienstleistungsgewerbes, des Handwerks und der privaten Haushalte gehen.

Wir erwarten außerdem, dass es für Eigenstrom aus erneuerbaren Energien eine deutliche Reduzierung der Umlage gibt. Wir hatten hier mit der Bundesregierung eine klare Differenzierung vereinbart. Die nun von der Bundesregierung vorgesehene Beteiligung von 50 % benachteiligt Handwerk, Handel und Gewerbe massiv gegenüber der Industrie. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

(Beifall bei den Grünen)

Eines sollte dann allerdings auch klar sein: Die vereinbarten Eigenstromregeln müssen auf die Fälle beschränkt werden, für die sie gedacht sind.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist das eine Alleinregierung?)

Mir ist vollkommen schleierhaft, wie die Bundesregierung an dem legalisierten Umgehungstatbestand des § 37 EEG festhalten kann. Denn auch nach der neuen Regelung – § 58 EEG

– bleibt es möglich, dass Unternehmen Teile bestehender Kraftwerke pachten können, um für den daraus bezogenen Strom das Eigenstromprivileg geltend zu machen. Für diese legale Trickserei – so will ich das einmal nennen – gibt es keinerlei sachliche Gründe. Sie ist sachwidrig und obendrein auch noch teuer.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Denn worin besteht die Sinnhaftigkeit, wenn sich jemand in Zeiten des Klimawandels an einem Kohlekraftwerk beteiligt und nur mit 15 % der EEG-Umlage belastet wird, während der Handwerker, der sich ganz im Sinne der Eindämmung des Klimawandels eine PV-Anlage auf sein Dach setzt, mit 50 % belastet wird?

(Beifall bei den Grünen)

Auch für weitere Verbesserungen werden wir uns weiterhin einsetzen und behalten uns vor, im Bundesrat Änderungsanträge zu stellen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Einen Deckel von 45 % im Jahr 2025 halten wir für zu niedrig gegriffen. Wir trauen den erneuerbaren Energien mehr zu. Ein künstliches Einbremsen der erneuerbaren Energien ist weder für die Energiewende noch wirtschaftlich sinnvoll.

Für die Fotovoltaik bergen die bislang vorgesehenen Regelungen die Gefahr, just in dem Moment deutsches Know-how verkümmern zu lassen, in dem die Zukunft der Fotovoltaik gerade wieder beginnt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil sie zu hoch gefördert wurde!)

Richtig bleibt auch, was ich bereits Mitte Februar zusammen mit den Ministerpräsidenten von Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in einem gemeinsamen Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Gabriel klar zum Ausdruck gebracht habe: Der Stichtag zum Übergang auf die Regeln der EEG-Novelle wurde mit dem 23. Januar dieses Jahres zu früh gewählt und bestraft diejenigen, die bei Investitionen in erneuerbare Energien mit langem Planungsvorlauf auf fortbestehende Rahmenbedingungen vertraut haben, wie das nun einmal bei der Windkraft der Fall ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Je weniger Wind, desto mehr Förderung!)

Darüber hinaus möchte ich daran erinnern, dass das EEG und der Ausbau der erneuerbaren Energien zentrale Eckpfeiler der Energiewende sind, zu denen weitere drei Säulen hinzukommen müssen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir brauchen ein neues Strommarktdesign, das konventionelle und erneuerbare Energien, Lastmanagement und Speicher besser miteinander verbindet. Wir müssen beim Netzausbau zügig vorankommen und vor Ort die Barrieren abbauen – und dürfen sie nicht verstärken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Karl Zimmermann CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Und wir müssen uns mit Nachdruck darum kümmern, dass es auch im Bereich der Energieeffizienz endlich vorangeht. Dazu bringen wir am Freitag auch einen Antrag für alle Länder im Bundesrat ein.

Bei all diesen Themen bleibt also viel zu tun. Die Landesregierung arbeitet mit Hochdruck an konkreten Lösungen. Dabei zähle ich auf Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungsinformation hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile in der Aussprache nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es führt kein Weg an der Einsicht vorbei: Die Energiewende in Deutschland steht vor dem Scheitern.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

Wir haben die Situation, dass über eine maßlos hohe Umlage von 5 Milliarden € im Jahr Strom produziert wird, für den zusätzlich 24 Milliarden € an Subventionen fällig werden. Bei den Energieunternehmen im Land wurden zig Milliarden an Kapital vernichtet. Wir exportieren Strom gegen Gebühr – also wir bezahlen diese Gebühr –, importieren im Gegenzug dann wieder Strom – ebenfalls gegen Gebühr –, und gleichzeitig verfallen die Preise an der Strombörse. Die Produktionsleistung im Bereich der erneuerbaren Energien explodiert, ohne dass die dafür notwendigen Netz- und Speicherkapazitäten bestehen.

Meine Damen und Herren, im Vergleich mit der deutschen Energiewende war die sowjetische Kolchoswirtschaft ein Musterbeispiel an marktwirtschaftlicher Effizienz.

(Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Das liegt daran, dass es bis hinauf zur europäischen Ebene 18 Energiewenden gibt: Es gibt eine europäische Energiewende, es gibt eine deutsche Energiewende, und es gibt 16 Energiewenden in den Ländern.

(Abg. Johannes Stober SPD: Rösler sei Dank! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die Rechnung 16 plus eins plus eins ergibt eben null.

Es wird höchste Zeit, sich der Frage zu stellen, wie man die Energiewende hinbekommt, bis sich das Zeitfenster im Jahr 2022 schließt. Denn es ist absehbar, meine Damen und Herren: Wenn das, was jetzt auf Bundesebene geschieht, so weitergeht, werden wir in absehbarer Zeit wieder über die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke diskutieren oder über die Frage, wie wir Atomstrom aus dem Ausland importieren.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Es ist fünf vor zwölf, meine Damen und Herren. Da können Sie schreien, so laut Sie wollen. Es führt kein Weg daran vorbei, dass einschneidende Maßnahmen notwendig sind.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Dazu zählt ganz sicherlich aber nicht das, was uns der Ministerpräsident heute hier vorgestellt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mäßiger Beifall!)

Ein deutscher Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch an Strom von 3 500 kWh hat hierfür im Jahr 1998 49,90 € im Monat für Energie aufgewendet; im Jahr 2013 waren es 83,13 €. Meine Damen und Herren, die Energiewende, wie sie jetzt verläuft, wird zur sozialen Frage in diesem Land.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Endlager!)

Ihr Parteifreund, ein gewisser Herr Trittin – Sie wollen diesen Namen vielleicht nicht mehr hören –,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir auch nicht!)

hat im Jahr 2004 erklärt, die Förderung der erneuerbaren Energien koste den deutschen Durchschnittshaushalt nicht mehr als eine Kugel Eis. Das muss aber teures Eis sein, das Herr Trittin da im Auge hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Trüffeleis!)

Herr Ministerpräsident, was Sie da in der letzten Woche ausverhandelt haben, führt in keiner Weise weiter. Das ist die Bekämpfung eines Großbrands mit der Spritzpistole. Sie erklären zunächst wortreich, dass das, was am Dienstag ausverhandelt wurde, der Gesetzentwurf – –

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie sagen, für Industrieunternehmen des produzierenden Gewerbes würden Sonderregelungen vorgesehen. Sie führen wortreich aus, dass Sie das für falsch halten. Ich habe die Frage an Sie, Herr Ministerpräsident: Reden Sie da für Ihre ganze Regierung, oder reden Sie nur für den grünen Teil? Denn das, was Sie eben hier vom Rednerpult aus geißelt haben, ist dasselbe wie das, was der neue Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gefeiert hat. Was gilt denn jetzt, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vor allem ist die Frage an die SPD: Stehen Sie hinter dem, was der Ministerpräsident hier erklärt hat,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Gute Frage!)

oder stehen Sie hinter dem, was Ihr Parteivorsitzender ausverhandelt hat und wofür Ihr Parteivorsitzender bejubelt wurde? Das möchten wir nachher von Ihnen wissen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dann erklären Sie, Herr Ministerpräsident, die Kostenentwicklung bei der EEG-Umlage sei bis zum Jahr 2017 stabilisiert worden. Das glaubt nicht einmal Gabriels eigener Beirat im Wirtschaftsministerium.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Denn dieser Beirat geht davon aus, dass die EEG-Umlage bis zum Jahr 2017 auf mindestens 7,7 Cent anwachsen wird.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Weiter erklären Sie, es bestehe Klarheit, welche Rahmenbedingungen in Zukunft für den Ausbau der erneuerbaren Energien gelten. Aber es zeichnet sich doch schon jetzt ab, dass neue Nachjustierungsrunden notwendig werden, weil es schlicht und einfach so nicht weitergeht.

Das Schönste in Ihrer Regierungsinformation, Herr Ministerpräsident, war der Satz, ein „künstliches Einbremsen“ der erneuerbaren Energien sei weder für die Energiewende noch wirtschaftlich sinnvoll. Ein „künstliches Einbremsen“! Nach Ihrer Logik ist es also ein „künstliches Einbremsen“, wenn man Subventionen abbaut, und Subventionierung ist offensichtlich ein natürlicher Prozess. Meine Damen und Herren, das ist grün-rote Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Bei Ihrer Politik, Herr Ministerpräsident, haben die Menschen und die Wirtschaft in Baden-Württemberg entweder zu viel Strom, nämlich wenn mittags der Wind weht und die Sonne scheint, oder zu wenig Strom, wenn beides nicht der Fall ist. Aber bei dieser Politik hat Baden-Württemberg niemals die Menge an Strom, die das Land tatsächlich braucht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was für einen Strom wollen Sie denn?)

Sie machen den zweiten Schritt vor dem ersten: Produktion vor Leitungen und Speichern. Das System muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden, meine Damen und Herren. Wir müssen uns jetzt die Frage stellen, wie die notwendigen Speicherkapazitäten geschaffen werden. Wir müssen in die Erforschung von Speicherkapazitäten investieren

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

und nicht in irgendwelche Windräder in Gebieten, in denen der Wind nicht weht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen uns über Energieeffizienz und über den Leitungsausbau den Kopf zerbrechen. Das ist die aktuelle Herausforderung und nicht der immer weitere Ausbau irgendwelcher volatilen erneuerbaren Energieträger.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: „Irgendwelche volatilen Energieträger“!)

Zu all diesen Themen haben Sie, Herr Ministerpräsident, zum Ende Ihrer Regierungserklärung zwar einige Stichworte ge-

nannt, aber es waren eben nur Stichworte. Sie haben das Stichwort Strommarktdesign, das Stichwort Netzausbau und das Stichwort Energieeffizienz genannt. Da sind wir uns ja einig. Aber wir hätten schon von Ihnen erwartet, dass Sie da etwas konkreter werden, dass Sie sagen, was Sie in diesem Bereich vorhaben, und vor allem sagen, wann Sie in diesem Bereich etwas vorhaben.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Etwas mehr Konkretheit hätten wir uns an dieser Stelle gewünscht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es ist notwendig, in die Erforschung von Speicherkapazitäten zu investieren. Es ist auch notwendig, sich die Frage zu stellen, wie man den Leitungsausbau in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland durchsetzt. Denn aktuell besteht ja folgende Situation: Wann immer man sich darüber einig ist, eine bestimmte Stromtrasse auszubauen, kommt Seehofer daher und erklärt: „Jetzt aber nicht.“

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Deshalb, glaube ich, muss man irgendwann darüber nachdenken, ob es wirklich Sinn macht, dieses Thema so lösen zu wollen, oder ob man nicht eine Bundeskompetenz in diesem Bereich braucht, vergleichbar mit dem Bereich des Bundesfernstraßenbaus.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann)

Wir brauchen Einsparungen durch mehr Energieeffizienz. Wir brauchen Einsparungen beim Verbrauch. Denn eine eingesparte Kilowattstunde ist genauso viel wert wie eine produzierte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mehr! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ganz neue Töne! – Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Dann haben Sie wieder Ihr ideologisches Musterbeispiel angeführt. Ich nehme an, der Umweltminister wird sich gleich noch mehr aufregen als gerade eben schon. Sie erklären, der Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg könne endlich beginnen. Tatsächlich, Herr Ministerpräsident? Die vom Bundestag eingesetzte Expertenkommission Forschung und Innovation ist da anderer Meinung. Diese fordert nämlich die Abschaffung des EEG oder zumindest einmal ein Moratorium, weil es nämlich überhaupt keinen Sinn macht, ständig weiter irgendwelche Windräder in Gebieten zu subventionieren, wo es gar keinen Wind gibt – wie in Baden-Württemberg.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Ja! Schauen Sie sich doch einmal die Zahlen zu den subventionierten Windenergieanlagen an. Die Offshoreanlagen an der Nordsee oder der Ostsee leisten 4 260 Jahresvolllaststunden, die Onshoreanlagen in Schleswig-Holstein 2 025 Jahresvolllaststunden; selbst im Saarland produzieren diese Anlagen noch 1 605 Jahresvolllaststunden, während es in Baden-Württemberg kümmerliche 1 252 Jahresvolllaststunden sind.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Ministerpräsident, Windkraft in Baden-Württemberg ist in etwa so sinnvoll wie Weinbau auf Grönland. Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dabei steht das, was Sie zum Naturschutz zusätzlich vereinbart haben, dem Ganzen diametral entgegen.

(Glocke des Präsidenten)

Sie haben immer erklärt, Erwin Teufel bekämpfe jedes Windrad persönlich. Mit dem, was Sie zustande bringen, gibt es aber noch weniger Windräder als unter Erwin Teufel.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da bin ich aber froh!)

Denn dort, wo diese Windräder entstehen sollen, werden die Gelbbauchunke, die Hufeisennase oder der Rotmilan gefunden. Sie wollten 1 000 Windräder in acht Jahren bauen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 1 200!)

Wenn Sie so weitermachen, sind es eher acht Windräder in 1 000 Jahren. Das ist die Realität.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gruber?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, bitte.

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Dr. Rülke, ich bin überrascht, ...

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das tut mir leid.

Abg. Gernot Gruber SPD: ... dass Sie die Windkraft in Baden-Württemberg als so sinnvoll wie den Weinbau in Grönland abkanzeln. Ich frage Sie: Haben Sie damit die Positionen geräumt, die einst Wirtschaftsminister Pfister, als er den Windatlas initiierte,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der ist jetzt in Costa Rica!)

oder Ihr Parteifreund Walter Döring vertreten haben? Haben Sie diese Positionen komplett verlassen und über Bord gekippt?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er hat sich vom Wind überzeugen lassen!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es ist in der Tat so, dass wir unsere Position verändert haben.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Aha!)

Es gab eine Zeit, in der wir der Meinung waren, die Windkraft in Baden-Württemberg könne einen relevanten Beitrag zur Energiewende leisten. Wir stellen nun aber fest, dass die Windkraft so, wie Sie sie verfolgen, eben keinen Beitrag zur Energiewende leisten kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was wollen Sie jetzt?)

Den Beweis haben Sie selbst erbracht: 34 Windräder in drei Jahren, das ist Ihre Bilanz. Das zeigt doch, dass Baden-Württemberg kein Standort für Windkraft ist

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Kein Standort für die FDP!)

und dass es besser ist, die Windräder onshore in Schleswig-Holstein laufen zu lassen und dann den Strom in den industrialisierten Süden zu transportieren. Das macht Sinn. Aber dann muss man doch über den Ausbau der Netze nachdenken und darf nicht immer weiter irgendwelche Windräder an Standorten bauen, an denen es überhaupt keinen Wind gibt, und sie hoch subventionieren, meine Damen und Herren. Das ist der Unfug, den Sie machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist nicht sonnenreich, Baden-Württemberg ist nicht windhöflich, aber Baden-Württemberg ist technologisch hoch entwickelt. Deshalb müssen wir in Baden-Württemberg über technische Innovationen, über Energieeffizienz, über energetische Gebäudesanierung nachdenken.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb müssen wir jetzt diesen Ausbau stoppen. Stopp mit der Subventionierung durch das EEG, und zunächst einmal Energieeffizienz, energetische Sanierung, Netzausbau, Erforschung von Speicherkapazitäten! Dann brauchen wir natürlich auch Back-up-Kapazitäten – am besten klimafreundliche Back-up-Kapazitäten wie etwa Gaskraftwerke.

(Glocke des Präsidenten)

Erst dann, wenn das alles geschaffen ist, meine Damen und Herren, macht es Sinn, weitere volatile erneuerbare Energien – subventioniert oder nicht subventioniert – auszubauen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Paul Nemeth das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: „Power-Paul“! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Abg. Paul Nemeth CDU: Guten Morgen, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vielen Dank für diese Regierungsinformation – ein, so finde ich, gutes Signal zur Energiewende. Jedoch: Für eine Energiedebatte war relativ wenig Energie zu spüren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das gilt auch hier für die linke Seite. Ich empfehle Ihnen Mars: „Mars bringt verbrauchte Energie sofort zurück.“

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie glauben auch jedem Großkonzern!)

(Paul Nemeth)

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion steht hinter der Energiewende, aber es gibt einen klaren Unterschied zwischen Ihnen, Herr Ministerpräsident, und uns: Wir wollen, dass die Energiewende bezahlbar bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Denn sonst verlieren wir die gesellschaftliche Akzeptanz für dieses große Projekt.

Manfred Rommel hat einmal zu Recht gesagt: „Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl, sondern Chaos.“ Umso interessanter ist das, Herr Ministerpräsident, was Sie hier heute nicht gesagt haben.

Wir haben für die Energiewende 16 Länderkonzepte und ein Konzept für den Bund. Die 16 Länderkonzepte ergeben aber beim Ausbau der erneuerbaren Energien 150 % dessen, was der Bund bis 2020 für den Ausbau plant. Es ist mittlerweile leider so: Alle – jedes Land, jede Branche, jeder Lobbyist – halten beim EEG die Hände auf. Herr Ministerpräsident, Sie lehnen einen Deckel für den Ausbau der erneuerbaren Energien ab und sorgen damit dafür, dass die Strompreise durch die Decke gehen. Das ist nicht im Interesse der hier lebenden Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Energiewende geht es nicht um Einzelinteressen, sondern um das Gesamtwohl. Das müssen auch die Grünen endlich einmal akzeptieren.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Nemeth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Renkonen?

Abg. Paul Nemeth CDU: Ja, im Gegensatz zu den meisten Ministern, wie z. B. Herrn Untersteller, gern.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das ist lieb von Ihnen. Vielen Dank, Herr Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Gern.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich habe eine ganz konkrete Frage, was die Befreiungen nach dem EEG anbelangt. Geben Sie mir recht, dass unter der schwarz-gelben Bundesregierung die Zahl der Befreiungen für Unternehmen von ungefähr 800 explosionsartig auf 2 800 gestiegen ist? Und, wenn ja, warum haben Sie das zugelassen?

Abg. Paul Nemeth CDU: Lieber Herr Renkonen, wir haben darüber erst gestern im Ausschuss diskutiert. Deswegen wundert mich jetzt die Frage.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war ja nicht öffentlich!)

Aber dazu Folgendes: Ihre Zahlen stimmen nicht. Schauen Sie sich doch den Antrag, den Herr Abg. Müller zum Thema EEG eingebracht hat, und die Stellungnahme von Herrn Minister Untersteller dazu an. Minister Untersteller hat darin gesagt, im Ergebnis mache der Unterschied bei der EEG-Umlage genau 0,1 Cent aus. Insofern – ich werde in meiner Rede

noch darauf kommen – haben Sie hier einen Riesenpopanz aufgebaut. Das Ergebnis ist, dass jetzt die Große Koalition mit Herrn Gabriel als Wirtschaftsminister, dem Vertreter des kleinen Mannes, die Befreiung der Industrie, genau diese 5,1 Milliarden €, bestätigt hat. Das ist eine volle Bauchlandung von Grün und Rot.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Ihre Regierungsinformation, Herr Ministerpräsident, hinterlässt mehr Fragen als Antworten. Es wäre z. B. schön und interessant zu hören – ich nehme an, das gilt auch für die SPD-Fraktion hier im Haus –, ob Sie bei dieser Sachlage nun den Vermittlungsausschuss anrufen wollen oder nicht. Denn wenn Sie hier im Landtag sagen, die Stichtagsregelung sei nicht in Ordnung, der Deckel für PV müsse wieder weg, die Eigenstromregelung zugunsten der Industrie sei nicht in Ordnung, ein Ausbaugrad von 45 % bis 2025 sei Ihnen zu niedrig, dann muss man sich doch fragen: Stehen Sie überhaupt noch zu dem Kompromiss, oder waren der Gipfel in Berlin und die heutige Diskussion umsonst?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eine Show!)

Ihr Umweltminister hat gestern per Pressemitteilung verkünden lassen, dass der Entwurf des neuen EEG im Kabinett keinesfalls zustimmungsfähig sei. Das ist die Aussage Ihres Umweltministers. Sie haben heute keine klare Aussage gemacht. Sie haben gesagt, Sie stünden zum Kompromiss, während der Umweltminister sagt: „Wir stehen auf keinen Fall zu diesem Kompromiss.“ Entscheidungsfähigkeit sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

In Ihrer letzten Regierungserklärung zum Thema Energiewende haben Sie gesagt – ich zitiere –:

Denn der alte Satz, dass die Sonne keine Rechnung schickt, ist richtig.

Heute haben Sie uns erklärt, Strom aus Wind und Sonne sei nahezu wettbewerbsfähig; der Ausbau dieser Produktionsarten hätte keinen relevanten Einfluss auf den Strompreis. Ja, wenn Windkraft und PV fast wettbewerbsfähig sind, können wir das EEG doch abschaffen. Dann brauchen wir doch gar keine Einspeisevergütungen mehr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Warum Planwirtschaft, wenn es auch ohne geht? Aber nein, in Wirklichkeit verteidigen Sie das EEG doch mit Zähnen und Klauen.

Ein anderer Satz in Ihrer Rede war:

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist das Kernstück der Energiewende.

(Paul Nemeth)

Wir sehen das nicht so. Um es einmal ganz klar zu sagen: Das EEG ist der Hauptgrund, weshalb die Strompreise in den letzten Jahren so durch die Decke gegangen sind.

(Abg. Manfred Kern GRÜNE: Quatsch!)

Wir schieben eine Bugwelle von 300 Milliarden € vor uns her, und das alles haben die Verbraucher, der Mittelstand und die Industrie noch zu bezahlen. Das EEG kannibalisiert sich selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Deswegen sagen wir: Das EEG ist erst dann ein Erfolg, wenn es überflüssig ist. Wir begrüßen deshalb die Initiative der Bundesregierung, ab 2017 das Ausschreibungsverfahren einzuführen und damit das EEG mittelfristig abzulösen. Das ist dann ein wirklicher Systemwechsel in der Energiepolitik, nämlich von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Aber ein Land war in der Kanzlerrunde wieder dagegen: das grün-rote Baden-Württemberg.

In keinem Bereich der Energiewende wird so viel Unwahres gesagt wie bei den Befreiungen für die Industrie. Herr Renkonen hat es gerade wieder probiert. Grün und Rot haben heftige Reduzierungen gefordert, obwohl die allermeisten Befreiungen von den Umweltministern Trittin und Gabriel selbst beschlossen wurden. Die Entlastung der energieintensiven Betriebe bleibt mit 5,1 Milliarden € auf dem Stand zur Zeit der schwarz-gelben Koalition.

Heute haben Sie festgestellt, dass für die Windkraft in Baden-Württemberg die Bahn frei sei. In der Bundespressekonferenz, Herr Ministerpräsident, haben Sie sogar gesagt, die Bedingungen für die Aufholjagd bei der Windkraft seien gewährleistet. Diese Aufholjagd wird Ihnen aber nicht mehr gelingen. Sie haben es selbst verbockt. Der Bremsklotz für den Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg hat einen Namen:

(Zuruf von den Grünen: CDU!)

das grün-rote Landesplanungsgesetz.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich
Rülke FDP/DVP)

Verantwortlich sind dafür Ihre Minister Hermann und Untersteller.

Ich sage Ihnen voraus, dass auch 2014 der von Ihnen angekündigte Windkraftboom nicht einsetzen wird. Wir sagen weiterhin – da haben wir eine andere Position als die FDP/DVP –: 600 neue Windräder bis 2020 sind realistisch. Wir wollen den Windkraftausbau mit Maß und Mitte – eben Volkspartei CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen die Energiewende, meine Damen und Herren, dies aber so kostengünstig wie möglich. Deswegen brauchen wir gerade auch in Baden-Württemberg bei dieser Debatte weniger Idealismus und mehr Sachverstand.

Die CDU hat sich bei der Energiewende und bei diesem Thema wirklich bewegt. Es wird jetzt höchste Zeit, dass sich auch

einmal die Grünen bewegen und den Konsens suchen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich
Rülke FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In seiner Regierungserklärung im Juli 2012 hat der Ministerpräsident davon gesprochen, die Energiewende sei ein Generationenprojekt. Das ist wahr, und das ist richtig. Sie ist aber auch ein Schlüsselprojekt für die Zukunft von Baden-Württemberg und von Deutschland; sie ist von enormer Bedeutung. Deshalb sollten wir alle an ihrem Gelingen mitarbeiten und mitwirken.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass die beiden Oppositionsfraktionen hier ihre Mitwirkung und ihr Interesse an einem Gelingen der Energiewende entweder komplett einstellen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie
in die falsche Richtung marschieren, kann man Ihnen
nicht folgen!)

oder zumindest deutlich infrage stellen, meine Damen und Herren.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Das ist nicht im Interesse von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Interesse von Baden-Württemberg ist das Ergebnis, das der Ministerpräsident mit Unterstützung des gesamten Kabinetts – des Umweltministers, des stellvertretenden Ministerpräsidenten, des Ministers Friedrich und anderer, natürlich auch vom lieben Claus –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist das
wahr? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er strahlt
ja auch!)

in Berlin erreicht hat. Das Ergebnis der Gespräche des Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsminister ist: Wir schaffen Investitionssicherheit für Windkraftstandorte und Investitionssicherheit, wenn es um Repowering geht. Denn die Regierung hat erreicht, dass beim Repowering – also wenn an bestehenden Standorten alte Anlagen durch neue ersetzt werden – nur die Mehrleistung auf den Ausbaukorridor angerechnet wird.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Was wollen Sie denn in
Baden-Württemberg repowern?)

Das ist gut, denn damit können wir mit dem Korridor, der insgesamt festgelegt worden ist, besser leben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Insofern haben wir jetzt die schwarz-gelbe Windkraftbremse endlich wieder gelöst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, das merkt man! 34 Windräder in drei Jahren! – Abg. Paul Nemeth CDU: Das glaubt ja nicht einmal mehr Ihre eigene Partei!)

Wenn wir Sie, Herr Rülke, richtig verstanden haben, dann haben Sie sich von der Windkraft in Baden-Württemberg jetzt komplett verabschiedet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister Pfister hat eine andere Position vertreten. Er hat sich dafür eingesetzt, dass auch in Baden-Württemberg – trotz der Abneigung der CDU-Fraktion – mehr Windkraftanlagen gebaut werden können. Allerdings haben Sie sich damals nicht durchsetzen können. Dass Sie, Herr Rülke, von diesem Kurs jetzt ganz abrücken, ist mehr als erstaunlich. Die Positionen, die Sie hier vertreten, sind auch im besten Sinn wirtschaftsfeindlich, und abstrus ist das Ganze obendrein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben eine Pressemitteilung herausgegeben, wonach sich das Land von der Windkraft verabschieden solle. Darin steht z. B.:

Baden-Württemberg ist nicht sonnenreich, nicht windhöflich,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das noch nicht gemerkt?)

aber technologisch hoch entwickelt.

Nur im letzten Punkt haben Sie recht. Sonne haben wir viel, und Wind haben wir auch.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Öfter einmal ins Freie gehen! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meteorologisch sind Sie, Herr Rülke, also nicht gut aufgestellt. Das muss man leider festhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sind überzeugt, dass wir das, was wir uns für Baden-Württemberg vorgenommen haben – 10 % Windkraftanteil an der Stromerzeugung –, mit den Ergebnissen auf Bundesebene, die in der Ministerpräsidentenkonferenz erzielt werden konnten, auch erreichen können. Das, was an Genehmigungsanträgen und -anfragen vorliegt, lässt uns sehr überzeugt sein, dass wir unser Ziel erreichen werden. Das, was heute vorliegt bzw. Ende vergangenen Jahres schon vorlag, bedeutet 70 % dessen, was wir bis 2020 erreichen wollen.

Sie sehen also: Es geht voran. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass mit dem Kompromiss in Berlin und mit dem, was die Landesregierung auf den Weg gebracht hat, der Frühling für die Windkraft in Baden-Württemberg vor der Tür steht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist nach drei Jahren auch Zeit! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie der Weihnachtsmann! Der steht auch schon vor der Tür! – Abg. Paul Nemeth CDU meldet sich.)

Sie haben gesagt: „Es geht alles viel zu langsam.“ Ich kann nur wiederholen: 2012 war das Jahr, in dem die gesetzlichen Grundlagen geändert werden mussten. 2013 war das Jahr der Planung, und 2014 kommen wir in die Umsetzung. Die Windkraftplanung und der Bau sind eine langwierige Angelegenheit. Das kann man nicht von heute auf morgen regeln. Aber wir sind da auf dem besten Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nemeth?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Bitte schön.

Abg. Paul Nemeth CDU: Vielen Dank, Frau Kollegin Sitzmann. – Sie haben jetzt gesagt, 2012 sei das Jahr der Änderung der gesetzlichen Grundlagen gewesen, 2013 sei das Jahr der Planung gewesen. Jetzt sind wir schon im April 2014. Sie haben gesagt, Windkraftplanung und Bau seien eine langwierige Angelegenheit. Sie müssen uns jetzt doch eine ganz schlichte Frage beantworten können: Wie viele Windräder werden wir in Baden-Württemberg bis zum Dezember 2014 neu installiert haben?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Drei oder vier?)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Kollege, das werden sicherlich mehr sein. Wir werden das Ende dieses Jahres gemeinsam zusammenzählen können. Ich kann nur sagen:

(Zurufe der Abg. Paul Nemeth und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir haben schon einige positive Beispiele: ein Windpark bei Donaueschingen, Repowering im Schuttertal und viele andere.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Diese Beispiele zeigen: Wir sind auf dem besten Weg. Wenn die Branche der erneuerbaren Energien nicht über viele Jahre hinweg verunsichert gewesen wäre – diese Verunsicherung haben Sie auf Bundesebene produziert –, wären wir heute schon ein gutes Stück weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Ich erinnere daran, Herr Kollege Rülke: Als die FDP noch im Bundestag vertreten war, hatte sie nichts Besseres zu tun, als in ständiger Konkurrenz mit wechselnden CDU-Bundesumweltministern alles dafür zu tun, dass die Energiewende nicht gelingt. Deshalb sind Sie verantwortlich, dass es durch diese ständigen Debatten mangelnde Verlässlichkeit und mangelnde

(Edith Sitzmann)

de Investitionssicherheit gegeben hat. Das wird mit dem Kompromiss, der jetzt erreicht worden ist, endlich beendet.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat Sonne, Baden-Württemberg hat Wind. Baden-Württemberg hat aber auch einen starken Maschinen- und Anlagenbau, der auf dem Gebiet der Windkraft sehr engagiert ist.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist also nicht nur ein energiepolitisches, sondern auch ein wirtschaftspolitisches Thema. Schauen Sie sich die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze in der Windkraftbranche an. Allein dort liegt die Zahl der Beschäftigten in Deutschland bei 100 000, und der Umsatz beträgt 8 Milliarden €.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In Deutschland!)

Die Firma Liebherr z. B. ist ein ganz wichtiger Zulieferer der Windenergiebranche. Wir haben in Baden-Württemberg mehr als 40 000 Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien.

Mittelfristig werden in Deutschland durch die Energiewende ungefähr 15 Milliarden € pro Jahr an Investitionen ausgelöst, meine Damen und Herren. Zum Vergleich: Die Investitionen der Automobilindustrie lagen 2012 bei 10 Milliarden €.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Energiewende ist also gut für Baden-Württemberg, und sie ist auch gut für die Unternehmen in Baden-Württemberg. Deshalb kann ich Ihre Position, Herr Rülke, nur als wirtschaftsfeindlich und energiepolitisch unsinnig bezeichnen. Das sind reale Unternehmen, das sind reale Arbeitsplätze. Das sind reale Investitionen, die hier getätigt werden und die dem Land Baden-Württemberg guttun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben gehört, was erreicht worden ist; der Ministerpräsident hat es ausgeführt. Sie haben auch gehört, wo es noch Diskussionsbedarf gibt. Ein Thema, das sicherlich Diskussionsbedarf birgt, ist die Frage, wie mit eigenem Strom umgegangen wird.

Wir sind der Ansicht, dass man dies nicht von der Branche oder dem jeweiligen Sektor abhängig machen sollte, sondern davon, wie umweltfreundlich die jeweilige Technologie zur Eigenstromversorgung ist. Dabei müssen wir im Blick haben, dass es zu einer Balance zwischen den Interessen der Industrie einerseits und den Interessen des Mittelstands und des Handwerks andererseits kommt. Daher sollten wir das, was der Handwerkstag in Baden-Württemberg angemerkt hat, ernst nehmen und uns dieses Verhältnis noch einmal sehr genau ansehen. Denn mit einem Verhältnis von 50 % zu 15 %, also Entlastung der Industrie um 50 % und Entlastung des Handwerks und des Mittelstands nur um 15 %, ist wirklich niemand zufrieden. Das wird nicht verwundern. Das können Sie in der Zeitung entsprechend nachlesen.

Klar ist aber auch – da gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Rülke –, dass es nicht nur um den Ausbau der erneuerbaren Ener-

gien geht. Vielmehr geht es auch darum, wie wir die drei E interpretieren. Energiewende bedeutet Ausbau der erneuerbaren Energien, Energie einsparen, Energieeffizienz voranbringen. Das ist überhaupt keine Frage, und deshalb begrüße ich es sehr, dass die Länder zusammen mit der grün-roten Landesregierung im Bundesrat eine Initiative zur Steigerung der Energieeffizienz starten werden.

Klar ist natürlich auch, dass wir beim Thema „Netzausbau und Netzstabilität“ noch einiges zu tun haben. Allerdings macht es überhaupt keinen Sinn, das eine gegen das andere auszuspielen.

(Abg. Karl Klein CDU: Dann muss man was tun!)

Wir brauchen einen Mix aus Maßnahmen. Dann kommen wir bei der Energiewende in Deutschland, aber auch in Baden-Württemberg voran, meine Damen und Herren.

Ich danke nochmals dem Ministerpräsidenten für seine Verhandlungen auf Bundesebene, und ich danke allen, die ihn dabei unterstützt haben. Ich denke, es ist ein Kompromiss, der für Baden-Württemberg Positives bringt. Insofern haben sich die Anstrengungen gelohnt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Claus Schmiedel.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da kommt wenigstens Wind auf! – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Solange da hinten nur heiße Luft kommt!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist irgendwie eine merkwürdige Debatte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die wird immer merkwürdiger!)

Denn bei dem Thema Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Novellierung desselben sind alle irgendwie beteiligt, die in Berlin regieren, die in den Ländern regieren, die in Zweierkonstellationen, in Viererkonstellationen als Regierungschefs agieren, die als Umweltminister unterwegs sind, die sich als energiepolitische Sprecher treffen. Alle sind also irgendwie dabei. Deswegen muss man immer höllisch aufpassen, wenn etwas kritisiert wird oder an welcher Stelle man klatschen darf.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben wir gemerkt! – Abg. Paul Nemeth CDU: Sie können doch bei uns klatschen!)

Denn jeder versucht, noch ein Haar in der Suppe zu finden. Deshalb will ich mit etwas anderem anfangen.

(Der Redner trinkt aus dem am Rednerpult bereitgestellten Wasserglas. – Zurufe: Prost! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wasserkraft! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wasser trinken!)

Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung für das nächste Jahr in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik sieht

(Claus Schmiedel)

ausgesprochen gut aus. Alle in Europa schauen auf die Bundesrepublik

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist gewiss wahr!)

und nehmen wahr, wie schnell sich die Wirtschaft in der Bundesrepublik schon ein Jahr nach der Krise von dieser Krise erholt hat. Andere Länder hingegen haben enorme Schwierigkeiten, die Rezession zu überwinden. Woran liegt das?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: An der Windkraft in Baden-Württemberg! – Abg. Karl Zimmermann CDU: An den jeweiligen Regierungen!)

Das liegt an der bewährten Sozialpartnerschaft, an dem guten Miteinander zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Es liegt daran, dass wir neben den Privatbanken Kreissparkassen, öffentlich-rechtliche Banken und Volksbanken haben. Und es liegt daran, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein Schwerpunkt auf die Unterstützung der industriellen Produktion gelegt und dieser nie aufgegeben wurde. Nie hat man bei uns die Debatte über Old Economy und New Economy geführt und gesagt: Die Old Economy brauchen wir nicht mehr, die New Economy ist die Zukunft.

(Abg. Peter Hauk CDU: Daran kann ich mich noch gut erinnern!)

Heute zeigt sich, dass es richtig war, auf die Industrie zu setzen. Deshalb haben wir auch in unserem Koalitionsvertrag verankert, dass wir hinter der Industrie in Baden-Württemberg stehen. Denn sie ist der Garant für Wohlstand und Wachstum in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Paul Nemeth CDU: Sie haben von einer Altlast gesprochen!)

Deshalb, Herr Kollege Nemeth, müssen wir alle die Bundesregierung dafür beglückwünschen – ich meine unsere Bundeskanzlerin ebenso wie unseren Bundeswirtschaftsminister –, dass es gelungen ist, in Europa eine Übereinkunft zu erzielen, die sichert, dass die Industrie in Deutschland und in Baden-Württemberg die Rahmenbedingungen hat, die sie braucht, um auch im Zeitalter der Energiewende hier produzieren, hier wachsen und hier ansässig sein zu können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das ist nämlich kein abstraktes Thema. Die größte Raffinerie in Europa steht nicht in NRW, sie steht auch nicht in Rheinland-Pfalz. Sie steht in Karlsruhe. Deshalb war es so wichtig, dass die Eigenstromproduktion, die dort stattfindet, gesichert bleibt und dass dies auch mit neuen Anlagen, beispielsweise mit einem neuen Gaskraftwerk, mit dem die Wärme für die chemischen Prozesse und gleichzeitig der notwendige Strom gewonnen werden, möglich bleibt. An dieser Stelle danke ich dem Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, dass er es gemeinsam mit anderen erreicht hat,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach, er war es? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie heißt der? – Abg. Peter Hauk CDU: Wer ist das?)

dass die Bedingungen für den Bestandsschutz so geändert wurden, dass diese Investitionen in Karlsruhe möglich sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

65 Branchen können nach der Vereinbarung mit der Europäischen Kommission jetzt von EEG-Umlagen national befreit werden. Das gilt europaweit, und deshalb kann auch hier so verfahren werden.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das schafft Sicherheit für die Industrie und gute Rahmenbedingungen für die Zukunft.

Der Kompromiss, den die Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung erreicht haben, ist für Baden-Württemberg sehr wertvoll. Denn die Bedingungen für die Windkraft wurden so gestaltet, dass die Windkraft in Baden-Württemberg weiter wachsen kann.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Weiter wachsen kann“!)

– Damit sie weiter wachsen kann. Was Sie wollen, wissen wir eh nicht. Sie bedauern einerseits, dass es nicht schnell genug geht. Andererseits wollen Sie gar nichts. Sie müssten uns einmal klarmachen, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: FDP halt!)

Sie sagen, es schreite nicht schnell genug voran, Herr Nemeth.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Habe ich nicht gesagt!)

Nun muss man sagen: Sie haben spät, nämlich in der Opposition, eine Wende vollzogen, während Sie in Ihrer Regierungszeit überall dort, wo es nur ging, das Ganze ausgebremst haben. Es entsteht nicht so schnell. Es bedarf eines langen Vorlaufs, aber immerhin befanden sich zum Jahreswechsel 227 Anlagen in Genehmigungsverfahren. Dass diese Genehmigungsverfahren nicht ruck, zuck ablaufen, liegt eben an den Gesetzen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Nein, an den Landratsämtern!)

So ist es. Diese muss man einhalten. Es muss alles rechtssicher gemacht werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sind Ihre Gesetze, die das alles verzögern!)

– Hören Sie mal, Sie sind jetzt APO. Das wissen wir schon.

(Heiterkeit)

Aber Sie haben doch noch bis zur letzten Bundestagswahl regiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht in Baden-Württemberg! Haben wir das Ganze mit den Roten Milanen und das Landesplanungsgesetz verbrochen?)

(Claus Schmiedel)

– Die Tiere sind nicht durch baden-württembergisches Recht geschützt, Herr Kollege. Das fängt auf europäischer Ebene an

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Furst-Blei SPD: Nachlesen, Herr Rülke! – Weitere Zurufe)

und geht weiter bis zum Bundesnaturschutzgesetz. Das, was Sie da sagen, ist alles Käse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf: Genau!)

Die Angelegenheit braucht Zeit. 227 Anlagen sind schon einmal etwas. Also: Es kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir hätten uns auch gewünscht, dass es schneller kommt, aber die Verfahren sind halt so. Die Bedingungen, die die Ministerpräsidenten ausgehandelt haben, ermöglichen das, und das ist gut so.

Wir haben uns vorgenommen, 10 % des Stroms in Baden-Württemberg aus Windkraft zu erzeugen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schaffen Sie nie!)

Sie sagen, wir sollten das hier nicht machen, wir sollten das bleiben lassen. Warum eigentlich?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil Sie es nie schaffen!)

Das kostet keinen Cent mehr.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, nein! Keine Subventionen!)

Die Laufzeiten, die Sie vorgerechnet haben, ändern an der Kostensituation nichts. Für die Windräder wird doch nicht gezahlt, wenn sie keinen Strom liefern; es wird für den Strom gezahlt, den sie liefern. Deshalb ist es überhaupt kein kostentreibender Faktor, das hier zu ermöglichen. Null, völlig egal. Der Unterschied ist nur: Den Strom erzeugen wir hier, und die Wertschöpfung bleibt im Land. Das bedeutet Beschäftigung für Handwerk und Mittelstand und Möglichkeiten für Bürgergenossenschaften, auch an der Wertschöpfung von erneuerbaren Energien teilzuhaben. Warum wollen Sie das ausschließen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Außerdem brauchen wir das für die Netzstabilität. Das weiß man. Wenn nur im Süden Europas Sonnenenergie und nur im Norden Windenergie erzeugt würde, wobei der Strom in Leitungen hierher transportiert würde, brauchte man viel mehr Potenziale, um die Netzstabilität zu gewährleisten.

Also sind wir uns einig: Wir wollen die Potenziale ausschöpfen, die es gibt, und das ist überhaupt kein kostentreibender Faktor. Null!

Die Speicher wurden angesprochen. Dabei sind wir uns einig. Nur: Sie könnten auch einmal würdigen, dass diese Landesregierung zusammen mit der Bundesregierung die Erfor-

schung von Speichertechnologien massiv unterstützt – Stichwort ZSW. Das Land, die Landesregierung stellt erhebliche Mittel für Power-to-Gas bereit. Wir unterstützen das Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie bei der Forschung hinsichtlich der Redox-Flow-Batterie, die jetzt in die großtechnische Anlage geht, weil wir natürlich – –

(Zurufe von der CDU, u. a.: Ist das neu? – Zuruf des Ministers Dr. Nils Schmid)

– Was gibt es denn da – – Was haben Sie da gemacht? Sie haben das unterstützt? Da lachen ja die Hühner. Mit dem Regierungsantritt haben wir ein Programm aufgelegt, das es dem Institut ermöglicht, das Ganze in Pfinztal bei Karlsruhe zu erforschen. Sie haben über Jahre verhindert, dass sie überhaupt ein Windrad bauen dürfen, weil Sie gesagt haben: „Das kann man von Karlsruhe aus sehen. Das wollen wir nicht sehen.“

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Sie wären weggegangen, wenn wir die Forschung nicht unterstützt hätten. Deshalb tun wir gut daran, sie zu unterstützen. Sie sollten da nicht herummaulen, sondern das unterstützen und sagen: „Gut, dass die Regierung das macht.“ Denn wir brauchen diese Speicher.

Wir sind uns natürlich einig: Wir brauchen Leitungen für Strom. Wir brauchen Leitungen übrigens auch für Gas. Sie fragen, ob es in diesem Bereich nicht bundesrechtlicher Kompetenzen bedarf. Das ist doch unter Ihrer Regierung beschlossen worden.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Da waren Sie doch noch dabei. Der Leitungsausbau ist durch Gesetz beschlossen worden. Im Bundesrat war das alles einvernehmlich. Jetzt muss man auch dazu stehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum verhindert es Seehofer dann? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Seehofer ist doch Bayern und nicht Baden-Württemberg! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber es gehört auch zu Deutschland!)

– Herr Dr. Rülke, dann gehen Sie doch nach Bayern

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, eben!)

und beschimpfen dort Herrn Seehofer. Es macht doch keinen Sinn, wenn Sie hier herummaulen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Rechtslage in Bayern ist die gleiche wie in Baden-Württemberg!)

Außerdem ist es bei Seehofer einmal so, einmal so. Wenn die Kommunalwahl vorbei ist, ist es wieder so. Da muss man sich jetzt keinen Kopf machen. Das wird natürlich kommen.

Wichtig ist, dass wir in Baden-Württemberg, wenn es darum geht, dass hier Leitungen errichtet werden, dazu stehen und uns nicht wegducken. Das ist wichtig, und das machen wir. Deshalb bekennt sich diese Regierung auch dazu.

(Claus Schmiedel)

Jetzt wurde das Marktdesign angesprochen. Das macht noch einmal deutlich, dass die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nicht die Endphase der Energiewende ist – natürlich nicht. Es wird noch viel komplexer, mit der Europäischen Union, mit der Kommission auf einen Nenner zu kommen, was das Marktdesign anbelangt. Denn wir brauchen Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke natürlich noch viele Jahre. Es muss solche Marktbedingungen geben, dass diese Kraftwerke schwarze Zahlen schreiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha!)

Daran haben wir in Baden-Württemberg ein ganz enormes Interesse, denn hier entstehen zwei große Kohlekraftwerke, die unter den derzeitigen Bedingungen keine Chancen haben, schwarze Zahlen zu schreiben. Wir brauchen diese Kraftwerke aber.

Jetzt muss man das zusammenbringen. Das geht auch nur über regulative Bedingungen. Da sehe ich noch nicht, dass die Europäische Kommission so weit ist, einzusehen, dass konventionell erzeugter Strom auch in ein Regulierungsregime kommt, das es ermöglicht, mit diesen Anlagen, die wir noch viele Jahre brauchen, schwarze Zahlen zu schreiben.

Deshalb tun wir gut daran, uns nicht am Kleingedruckten aufzuhalten und an diesem und an jenem herumzumäkeln, sondern uns auf die großen Linien zu konzentrieren. Bei Kompromissen muss jeder irgendwo Abstriche machen. Man muss natürlich aufpassen, dass sich nicht alle aus der EEG-Umlage verabschieden. Vielmehr muss auch noch etwas hereinkommen, um die erneuerbaren Energien auch wirklich zu finanzieren.

Wenn es darum geht, dass wir Geld sparen, müssen wir stärker – da gibt es eine große Übereinstimmung – die Energieeffizienz angehen. Ich muss sagen: Da kann sich Baden-Württemberg sehen lassen. Das, was wir über die Landeskreditbank an geförderten Darlehen für Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz in die Wirtschaft geben, ist eine richtige Rakete geworden. Davon könnten sich andere etwas abschneiden. Ich will nicht sagen, dass das alle Probleme löst, aber es ist ein wichtiger Beitrag, um die Energieeffizienz voranzubringen. Wenn man Stromkosten sparen will, dann ist das Einsparen von Strom – Energieeffizienz – die beste Methode, die es gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! Ja-wohl! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schmiedel, ich darf Sie bitten, zum Abschluss zu kommen.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, ich folge Ihnen, wie meistens.

(Zuruf: „Meistens“! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:
Aber nicht gleich!)

Präsident Guido Wolf: Sehr gut. Eine gute Redepassage.

(Heiterkeit)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Die SPD findet sich wieder in den großen Linien des Kompromisses, der in der Ministerpräsidentenkonferenz erzielt wurde, der Ergebnisse, die in den Umweltministerkonferenzen erzielt wurden, in den Besprechungen, die es auf der SPD-Ebene mit dem Bundeswirtschaftsminister gab.

Natürlich wird es im Bundesrat noch Debatten über dieses und jenes geben. Was wir erwarten und uns wünschen, ist, dass es am Ende auch im Bundesrat eine große Übereinstimmung der Länder gibt, denn wir haben noch mächtige Aufgaben vor uns, die wir nur gemeinsam lösen können. Deshalb ist es gut, wenn die starken politischen Kräfte – die FDP muss ich jetzt leider außen vor lassen – bei dieser Sache beieinander bleiben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wenn man noch einmal zurückblickt, dann kann man feststellen: Die Energiewende ist in der Öffentlichkeit im letzten Jahr, im Jahr 2013, und auch in den ersten Monaten dieses Jahres in vielen Bereichen erst einmal als Streitthema wahrgenommen worden. Ungeachtet dessen, dass es von zentraler Bedeutung ist – um einmal ein Beispiel herauszugreifen –, die Bezahlbarkeit von Energie im Blick zu behalten, haben manche in diesem zurückliegenden Jahr versucht, die Debatte über die Energiewende im Kern zu einer Energiepreisdebatte, um nicht zu sagen zu einer Strompreisdebatte umzufunktionieren, ganz so, als wären die Strompreise vor der Energiewende in Deutschland oder hier in Baden-Württemberg nicht gestiegen. Ich nenne einmal eine Zahl: Zwischen 2002 und 2010 sind die Strompreise in Baden-Württemberg im Haushaltsbereich um 45 % gestiegen. Um 45 %! Sie werden übrigens auch in Zukunft steigen, Herr Kollege Rülke,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das befürchte ich auch!)

egal, ob wir bei der Energiewende weitermachen oder nicht weitermachen. Sie müssen einfach einmal überlegen, wie die Situation aussähe, wenn wir nicht weitermachten und wieder stärker auf fossile Energieträger setzten. In einer Situation, in der Länder wie China und Indien verstärkt auf solche Energieträger zugreifen und diese knapper werden, ist es doch logisch, dass die Preise hochgehen. Wenn dann noch solche krisenhaften Situationen dazukommen, wie wir sie gerade in der Ukraine erleben, dann ist man doch gut beraten, bei der Energiewende weiterzumachen

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

und sich da, wo es möglich ist, Stück für Stück unabhängiger zu machen.

Man tut auch so, als ob die Steigerungen bei den Energiepreisen in den letzten Jahren davon abhängig gewesen wären, ob Windanlagen oder Fotovoltaikanlagen zugebaut wurden.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist eindeutig!)

(Minister Franz Untersteller)

Herr Kollege Nemeth, seien wir einmal ehrlich: Das war in der Vergangenheit, in der Anfangsphase des Erneuerbare-Energien-Gesetzes der Fall, in der Zeit, in der die Vergütungen hoch waren, die sich bis heute in diesen 6,24 Cent niederschlagen. Aber nun kommen wir einmal zur heutigen Situation, einer Situation, in der bei Onshorewindkraftanlagen in Norddeutschland Stromgestehungskosten von 5 bis 6 Cent

(Einzelne Abgeordnete der CDU schütteln den Kopf.)

– warum schütteln Sie denn schon den Kopf? –

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

und in Süddeutschland Stromgestehungskosten von 7 bis 8 Cent pro Kilowattstunde anfallen. Im Bereich der Fotovoltaik liegen die Stromgestehungskosten derzeit bei den großen Anlagen bei unter 10 Cent und bei den kleineren Anlagen bei plus/minus 12 Cent pro Kilowattstunde. Wie kann man in einer solchen Situation, in der die Stromgestehungskosten aus diesen Anlagen denen aus konventionellen neuen Anlagen entsprechen, davon sprechen, dass der Zubau im Bereich Wind- und Sonnenenergie ein weiterer Kostentreiber ist?

Schauen Sie sich doch einmal die Erhöhung der EEG-Umlage im letzten Jahr an. Sie hat sich im Oktober letzten Jahres um 0,94 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Von diesen 0,94 Cent entfielen beim Ausbau der erneuerbaren Energien 0,11 Cent auf die Onshorewindkraft und 0,08 Cent auf die Fotovoltaik. Ergo muss es noch andere Kostentreiber geben, sei es das Sinken der Börsenpreise, sei es die Ausweitung der Privilegien, seien es andere Themen.

Aber in der heutigen Situation ist es uns – ich sage dazu: Gott sei Dank – gelungen, die Kosten der erneuerbaren Energien deutlich zu senken. Fotovoltaik und Onshorewindenergie sind nicht mehr die Kostentreiber. Deshalb ist es auch richtig, dass die Bundesregierung in dem jetzt verabschiedeten Entwurf zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Kern auf den weiteren Ausbau dieser beiden kostengünstigen erneuerbaren Energien setzt: Fotovoltaik und Onshorewindkraft. Das ist völlig richtig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Dann müssen Sie das Thema Subventionierung erklären! Warum halten Sie dann daran fest?)

In der Debatte im letzten Jahr haben die Probleme oft im Mittelpunkt gestanden. Die Chancen, die im Umbau unserer Energieversorgung stecken – weg von Kernkraftwerken, weg von einer auf einem hohen CO₂-Ausstoß basierenden Energieversorgung durch konventionelle Großkraftwerke, hin zu mehr erneuerbaren Energien, hin zu mehr Energieeffizienz, auch bei den konventionellen Energien –, gingen in der Öffentlichkeit weitgehend unter. Es ist auch untergegangen, dass darin Chancen gerade für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und die hiesigen Technologieunternehmen stecken, aber auch Chancen, sich unabhängiger von Energieimporten zu machen, wie ich vorhin bereits sagte. Noch einmal: Ich finde, gerade der Ukraine-Konflikt sollte uns eine Warnung sein und uns verdeutlichen, dass es Sinn macht, dort, wo wir die Möglichkeit haben, uns unabhängiger von Energieimporten zu machen, dies auch zu tun.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wollen Sie jetzt Gaskraft abschaffen?)

Der Umbau der Energieversorgung bietet uns aber auch Chancen, eine Stromversorgung aufzubauen, die – siehe Windkraft und Sonnenenergie – keine bzw. rückläufige Brennstoffkosten mit sich bringt. In diesem Weg stecken auch Chancen für den Aufbau neuer Arbeitsplätze. Ich wünsche mir, dass nun, da das EEG im Bundesrat auf der Zielgeraden ist, all diese Chancen wieder stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei manchen allerdings – das hat die Debatte heute Morgen bereits gezeigt – habe ich die Hoffnung aufgegeben. Ich möchte ein Beispiel dafür nennen: In einer dpa-Meldung vom 7. April 2014 mit der Überschrift: „FDP-Fraktion: Ausbau der Windkraft im Südwesten stoppen“ ist Folgendes nachzulesen – ich zitiere –:

Die FDP-Fraktion fordert, ab sofort keine

– man höre gut zu –

staatlichen Zuschüsse mehr in den Ausbau von Wind- und Solarstrom in Baden-Württemberg zu stecken. ... Die Subventionen für Wind- und Sonnenenergie müssten deshalb sofort eingestellt werden.

Herr Kollege Rülke, ich frage mich: Wo zahlen wir staatliche Zuschüsse für den Ausbau der erneuerbaren Energien? Was würde passieren, wenn wir Windkraft und Fotovoltaik heute ausschließlich über die Preise an der Großhandelsbörse finanzieren würden – in einer Situation, in der Bestandskraftwerke schon von den Betreibern abgeschaltet werden, auch bei der EnBW, weil sie sich nicht mehr rechnen, ganz zu schweigen davon, dass konventionelle Großkraftwerke nicht mehr gebaut werden? Wie sollen sich diese erneuerbaren Energien über die heutigen Marktmechanismen an der Großhandelsbörse rechnen? Wer so argumentiert, gefährdet die Versorgungssicherheit am Standort Baden-Württemberg – und nicht nur dort. Wenn ich so eine Rede wie Ihre von heute Morgen höre, dann denke ich für mich: Wenn es für Ahnungslosigkeit Geld gäbe, würden Sie darin schwimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann könnte ich Sie beim Tauchen beobachten!)

Lassen Sie mich noch auf einige Punkte zu sprechen kommen, die der Ministerpräsident vorhin angesprochen hat und die auch in einzelnen Redebeiträgen enthalten waren.

Ich denke, es war für uns ganz wichtig, dass es gelungen ist, bei der Onshorewindkraft zu dieser Nettobetrachtung zu kommen. Die Zahl der Anlagen, die im Rahmen von Repowering abgebaut und durch neue ersetzt werden, wird in den kommenden Jahren erheblich zunehmen. Eine Zahl dazu: Im Jahr 2012 wurden 196 MW aus der Nutzung herausgenommen, dafür kamen etwa 550 MW hinzu. Nach den Überlegungen, die die Bundesregierung ursprünglich hatte, hätten nur die 550 MW gezählt, die hineinkamen, aber die 196 MW, die herausgegangen sind, wären nicht abgezogen worden. Im letzten Jahr wa-

(Minister Franz Untersteller)

ren es schon weit über 260 MW, und in diesem Jahr werden es vermutlich noch einmal mehr sein, die in das Repowering eingehen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das heißt, durch den Vorschlag, den wir in einem Brief eingebracht haben, den ich bereits am 28. Januar 2014 an den Bundeswirtschaftsminister geschrieben habe, ist es gelungen, das Volumen insgesamt so auszuweiten, dass Länder wie Baden-Württemberg, die in der Vergangenheit beim Ausbau der Windkraft keine Rolle gespielt haben, beim Zubau nicht gebremst werden. Ein Zubau von 34 MW wie im letzten Jahr ist nicht unser Ziel. In Rheinland-Pfalz wurden im letzten Jahr knapp 200 MW zugebaut. Unser Ziel ist, in diese Richtung zu kommen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Bayern auch!)

– In Bayern war es noch nicht so viel, aber – zugegeben – mehr als bei uns.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Zehnfach!)

Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass es dadurch gelungen ist, das Volumen von 2 500 MW auszuweiten, da in einem anderen Fall die Degression stärker zugeschlagen hätte und es sich damit für die Standorte im Süden zukünftig nicht mehr rentiert hätte.

Schauen Sie sich einmal an, wie die Regelung jetzt aussieht: Zukünftig gibt es für die Standorte in Baden-Württemberg mit einem Ertrag unter 77,5 % des Referenzertrags – das sind die meisten Standorte in Baden-Württemberg – eine Vergütung von 8,9 Cent. Im Vergleich dazu hätte es nach dem alten EEG ab 2015 9,03 Cent bei diesen Standorten gegeben. Diese Zahlen zeigen, dass damit auch zukünftig die wirtschaftlichen Bedingungen gegeben sein werden, um an den Standorten in Baden-Württemberg die Windenergienutzung weiter auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn ich dann Ihre Rede höre, Herr Kollege Rülke, denke ich mir: Oh Gott, das kann doch alles nicht wahr sein, was der da erzählt. Man muss sich einmal fragen: Wer investiert denn 2,5 bis 3 Millionen € – so viel muss man nämlich heutzutage in solche leistungsfähigen Anlagen mit 2,5 bis 3 MW investieren – in den Bau einer Windkraftanlage in Baden-Württemberg, wenn er nicht davon ausgehen kann, dass sich das Ding, das da vorne dran ist, dreht?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann braucht er auch keine Subventionen! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Herr Präsident!)

Nur dann, wenn es sich dreht, produziert diese Anlage, und nur dann, wenn sie produziert, gibt es auch einen Ertrag. Gehen Sie einmal davon aus, dass Investoren nicht so blöd sind, Windkraftanlagen zu bauen, die sich nicht rentieren, und 2,5 oder 3 Millionen € in den Sand setzen. Das ist doch einfach Unsinn.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke: Dann geht es auch ohne Subventionen!)

Genauso ist es Unsinn, wenn Sie zum Vergleich anführen, dass die Windkraftanlagen in Baden-Württemberg im Schnitt 1 260 Volllaststunden pro Jahr leisten. Das stimmt sogar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehen Sie!)

– Nicht „Sehen Sie!“: Ich will nur sagen, warum.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es betrifft vor allem die alten Anlagen, die in den Neunzigerjahren und Anfang der Zweitausenderjahre gebaut wurden, mit 50, 60, 70 m Höhe. Warum? Der Kollege Schmid wird es bestätigen können: Auf der Hannover Messe haben jetzt die Anlagenhersteller REpower, Nordex und wie sie alle heißen speziell für die Binnenländer konzipierte Anlagen präsentiert, mit denen sie auf den Standorten mit 60, 70 % des Referenzertrags in Baden-Württemberg im Schnitt auf 2 200 bis 2 300 Volllaststunden kommen. Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir in Baden-Württemberg nicht die Möglichkeit nutzen würden, zwischen 2 600 und 2 700 Volllaststunden im Bereich der Windenergie – dieser kostengünstigen erneuerbaren Energie – zu erzielen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen. Ich hoffe, dass es uns gelingt, in den weiteren Gesprächen mit der Bundesregierung und im Bundesratsverfahren bei zwei Punkten noch weiterzukommen. Den einen Punkt hat der Ministerpräsident schon angesprochen, nämlich die Stichtagsregelung. Dabei sollten wir uns – das ist meine Hoffnung – hier im Parlament auch einmal einig sein.

Bei Windkraftanlagen beispielsweise benötigen Investoren zwei Jahre Vorplanung; dieser Vorplanungszeitraum von zwei Jahren besteht nun einmal aufgrund der Verfahren, der Genehmigungsverfahren und anderer Dinge bei Windkraftanlagen. Ich weiß von Projekten in Baden-Württemberg, bei denen es jeweils um zehn und mehr Anlagen geht. Überlegen Sie einmal: Zehn Windkraftanlagen haben ein Investitionsvolumen von 30 Millionen €, 35 Millionen €. Die Investoren verhandeln mit den Banken, legen Businesspläne zugrunde und stellen ihre Berechnungen auf der Grundlage des EEG von 2012 an. Und plötzlich heißt es: Für alle Anlagen, die nicht bis zum 22. Januar genehmigt sind, gilt das neue EEG – und das bei einem Verfahren, das zwei Jahre dauert.

Eine Reihe von Projekten wurden im Februar, März genehmigt und können noch in diesem Jahr gebaut werden. Diese Projekte müssen sich jetzt – so ist es vorgesehen – nach den neuen Regelungen im EEG richten. Die Rendite beträgt dann 2014 8 % weniger. 2015 – das habe ich dargestellt – besteht das Problem dann nicht mehr.

Ich glaube, man muss keine Angst haben, dass hier eine Situation wie bei der Fotovoltaik eintritt, nämlich dass es im Sommer zu einem Endspurt bei den Windkraftanlagen kommt. So war es bei der Fotovoltaik. Warum? Diese Anlagen können sehr kurzfristig bestellt und auf Hausdächer montiert werden. Deswegen gab es hier 2012 einen Zubau von 7 500 MW. Heute hat sich das wieder auf 3 500 MW normalisiert.

(Minister Franz Untersteller)

Bei der Windenergie gibt es dieses Problem aufgrund der langwierigen Verfahren nicht. Deswegen plädiere ich dafür, dass man den Stichtag 22. Januar fallen lässt und an dem im Gesetz stehenden Termin – Inbetriebnahme 31. Dezember 2014 – festhält.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer hat den Termin festgelegt? Wie hieß der? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister Untersteller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stächele?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ja, bitte.

Abg. Willi Stächele CDU: Herr Minister, das ist alles in Ordnung. Aber mir fehlt heute das Thema Versorgungssicherheit. Heute Mittag sprechen Sie ja in Berlin über dieses Thema. In einem Bericht der „Welt“ ist dargestellt, was hierzu in Süddeutschland möglich und vor allem was notwendig ist. Wie berichtet wird, werden Sie heute Mittag darüber sprechen, ob Sie und wir alle davon ausgehen müssen, dass die Versorgungssicherheit nur garantiert ist, wenn auch im Winter 2015/2016 das Kraftwerk Fessenheim am Netz bleibt.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein.

Abg. Willi Stächele CDU: Sind Sie der Auffassung, dass man in jedem Fall das Kraftwerk Fessenheim abschalten kann, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden?

Zweitens: Ihr Interview in der heutigen Ausgabe des „Mannheimer Morgens“ war interessant zu lesen. Ich halte Sie für einen durchaus mutigen Minister, aber Ihre Aussage in diesem Artikel war ein wenig hasenfüßig. Darin sagen Sie auf die Frage nach dem Widerstand gegen Stromleitungen wörtlich:

... werden wir Widerstand bekommen. Denn das wird ein massiver Eingriff in die Landschaft.

Dann sagen Sie etwas, was Sie erläutern sollten; es hat mich nachdenklich gestimmt. Sie sagen sinngemäß: „Wir bekommen den Strom aus dem Norden. Aber wir haben das große Glück: Die Leitungen enden in Philippsburg.“

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frage! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kommen Sie bitte zur Frage.

Abg. Willi Stächele CDU: Ich frage, ob das besonders mutig ist. Sie sagen, dass wir das große Glück hätten, dass die Leitungen in Philippsburg enden;

(Zurufe von den Grünen)

Baden-Württemberg sei also kaum davon betroffen. Ist es mutig, wenn wir den Strom aus Norddeutschland erhalten, zu äußern: „Gott sei Dank haben wir mit dem Widerstand nichts zu tun“?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Kollege Stächele, zunächst zum ersten Punkt, den Sie angesprochen haben, zur Versorgungssicher-

heit. Mich hat vorhin die Aussage gewundert, wir würden uns nicht um dieses Thema kümmern. Heute Nachmittag gibt es im Bundeswirtschaftsministerium einen Termin, an dem Bayern und Baden-Württemberg in Person der beiden für Energiepolitik verantwortlichen Minister, Vertreter der Netzbetreiber und der zuständige Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums teilnehmen werden. Dabei geht es um die Frage der Versorgungssicherheit in Süddeutschland.

Ich bin zuversichtlich, dass wir hier wieder einen Schritt weiterkommen. Warum? Aktuell und auch in den nächsten Jahren besteht kein Versorgungssicherheitsproblem. Darüber bin ich mir auch mit den Spitzenvertretern der Industrie in Baden-Württemberg einig. Dazu hat mein Haus einen Monitoringbericht vorgelegt, der mit den Spitzen des LVI, der IHKS, des VCI und anderen diskutiert wurde. Demnach besteht hier in den nächsten Jahren kein Problem. Aber wenn Philippsburg 2 im Jahr 2019, Neckarwestheim II im Jahr 2022 und die bayerischen Anlagen vom Netz gehen, werden wir 2020 – Zubau und Abbau betrachtet – in Süddeutschland ein Delta von etwa 7 200 MW haben.

Dann geht es um die Frage: Wie schaffen wir in Süddeutschland neue Kapazitäten, seien es flexible Gaskraftwerke, seien es Speicher oder vielleicht auch als kostengünstigste Möglichkeit abschaltbare Lasten?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben in einem Gutachten nachgewiesen, dass Bayern und Baden-Württemberg zusammen theoretisch rund 830 MW an im Zweistundenbereich abschaltbaren Lasten hätten.

Wie bekommen wir die Kapazitäten in den Markt? Ich habe dazu, wie Sie vielleicht wissen, vor zwei Jahren schon einen Vorschlag gemacht – Stichwort „Fokussierter Kapazitätsmarkt“. Darüber wird heute Mittag, denke ich, auch diskutiert werden. Im Kern geht es darum, dass wir in diesem und im nächsten Jahr eine Debatte über die Frage brauchen: Wie sieht das Strommarktdesign für das Jahr 2020 und die darauffolgenden Jahre aus? Denn hinsichtlich der Kapazitäten, die wir brauchen, um mittelfristig die Versorgungssicherheit in Süddeutschland zu gewährleisten, müssen wir Planungszeiten, Genehmigungszeiten und Bauzeiten berücksichtigen. Deshalb ist es notwendig, dass wir bis 2015 eine Entscheidung darüber herbeiführen: Wie sehen die Rahmenbedingungen aus? Können sich diejenigen, die die Kapazitäten schaffen, darauf einrichten?

Bei dem heutigen Marktdesign wird kein Zubau erfolgen. Bestandsanlagen, die abgeschrieben sind, werden abgeschaltet; aber niemand baut neue Anlagen. Deswegen ist es gut und richtig, dass es auf Anregung des Vorstandsvorsitzenden der EnBW zu diesem Termin heute Mittag in Berlin kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Zu den Leitungen: Herr Kollege Stächele, Sie müssen Folgendes sehen: Es gibt einen Bundesbedarfsplan; dieser gilt wie ein Gesetz. Der Bundesbedarfsplan ist mit dem Bundesbedarfsplangesetz im Bundestag und im Bundesrat verabschiedet worden. In diesem Bundesbedarfsplan sind mehr als 50 Projekte, die im Bereich der Übertragungsnetze relevant sind, festgeschrieben.

(Minister Franz Untersteller)

Übrigens muss man nicht fordern, dass der Bund für die Umsetzung zuständig sein soll; denn er ist es schon. Es war ausdrücklicher Wunsch des Bundes, dass die Bundesnetzagentur für die länderübergreifenden Projekte bei Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren zuständig ist. Auch darüber hat man heute Morgen manches gehört, was mit der Realität nichts zu tun hat.

Im Bundesrat, Herr Kollege Stächele, hat das Land Baden-Württemberg ebenso wie das Land Bayern diesem Bundesbedarfsplangesetz zugestimmt. Aber dass wir anschließend sagen: „Das, was im Bundesbedarfsplan steht, bekämpfen wir; wir fordern ein Moratorium“ – das macht Bayern –, das werden Sie von uns nicht erleben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wer so etwas macht, gefährdet mittelfristig die Versorgungssicherheit in Süddeutschland, in diesen wichtigen Industrie-Regionen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von den Grünen: Genau!)

Wenn ich das gemacht hätte, dann hätten mich die Opposition und die Industrie hier im Land an die Wand genagelt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das machen wir auch so!)

Aber ich sage zu Recht: Manche können sich offensichtlich alles in diesem Land erlauben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Abg. Willi Stächele CDU meldet sich.)

– Lassen Sie mich zum Schluss, Herr Kollege Stächele, noch einen Punkt ausführen.

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

– Ach so. Zur Aussage zu den Leitungen, die im Norden enden, die Sie angesprochen haben, sage ich noch einen Satz. Es ist nun einmal so – da haben Sie mich falsch verstanden –, dass diese großen Projekte, die Gleichstromtrassen, in Philippsburg bzw. nördlich von Neckarwestheim, in Großgartach, enden. Das habe ich damit gemeint. Das heißt, ein Großteil des Landes südlich davon ist von diesen beiden Großprojekten, von den Gleichstromtrassen, nicht betroffen.

Nichtsdestotrotz nehmen wir dieses Thema sehr ernst. Wir haben beispielsweise vor drei Wochen einen Netzkongress veranstaltet, auf dem wir noch einmal die Bedeutung deutlich gemacht haben, mit dem wir aber auch die Ängste der Bürgerinnen und Bürger in diesen Regionen sehr ernst genommen haben. Die Gleichstromtrassen sind Großprojekte. Dabei geht es auch um Eingriffe in die Landschaft und die Natur. Es ist notwendig, dass man sehr frühzeitig – auch wenn der genaue Trassenverlauf noch nicht bekannt ist; an diesem Punkt stehen wir noch immer – mit den Betroffenen in den jeweiligen Regionen in die Diskussion kommt. Das ist in erster Linie eine Aufgabe der Netzbetreiber – bei uns z. B. von TransnetBW –, aber wir sehen es auch als eine Aufgabe der Landesregierung an, hier unterstützend und gemeinsam mit dem Netzbetreiber

treiber vor Ort für die Notwendigkeit dieses Netzausbaus zu werben.

Mit zwei Zahlen möchte ich dies noch einmal verdeutlichen: Der Verbrauch in Baden-Württemberg liegt bei jährlich 79 Milliarden kWh. Die Erzeugung liegt aber bei 59 Milliarden kWh. Das zeigt, wie notwendig es ist, dass wir – zusätzlich zum Ausbau der erneuerbaren Energien und anderer Kapazitäten in Baden-Württemberg – den Netzausbau von Nord nach Süd vorantreiben. Hier stehe ich hinter dem Bundesbedarfsplan.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Kollegen Stächele?

Abg. Willi Stächele CDU: Die Frage war noch nicht beantwortet. Vielleicht haben Sie das übersehen. Sie sagen, die Aussage, dass Fessenheim am Netz bleibe, werde wohl stimmen.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein, das kann ich nicht erkennen. Ich habe diese Aussage auch in der „Welt“ gelesen. Wir brauchen Fessenheim nicht, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Abg. Willi Stächele CDU: Es interessiert uns schon, ob die Landesregierung der Auffassung sein könnte, dass Fessenheim bestehen bleiben muss, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein, mit Sicherheit nicht.

Abg. Willi Stächele CDU: Dann schauen wir, was heute Mittag herauskommt.

Und zum Zweiten: Sie sind nicht viel mutiger als Seehofer, wenn Sie sagen – –

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ich bitte darum, mich nicht mit ihm zu vergleichen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Bitte die Zwischenfrage.

Abg. Willi Stächele CDU: „Ein Vorteil ist“ – ich zitiere Ihre Aussage sinngemäß –, „dass die beiden großen Trassen in Philippsburg und bei Neckarwestheim enden und daher nur kurze Strecken in Baden-Württemberg ausmachen.“ Das ist eine Aussage, die vor allem die Länder begeistert, die den Stromtransport zu uns über längere Distanzen hinweg ertragen müssen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Stächele, ich bitte nochmals um das Stellen der Frage.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Kollege Stächele, das Wesentliche habe ich dazu bereits gesagt.

(Minister Franz Untersteller)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Punkt ansprechen, nämlich das Thema Eigenverbrauch. Vorhin wurde dargestellt, wie die Regelung im Bereich der Industrie ist: Sowohl die Industrie, die unter die Besondere Ausgleichsregelung fällt, als auch die sonstige produzierende Industrie werden mit 15 % belastet, während Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, also das Handwerk, Supermärkte, Logistikunternehmen usw., die Fotovoltaikanlagen auf dem Dach installieren lassen, beim Eigenverbrauch zukünftig mit 50 % der EEG-Umlage belastet werden; das sind etwa 3,1 Cent pro Kilowattstunde.

Wir haben die Befürchtung – das ist nicht aus der Luft gegriffen –, dass, wenn man dies so belässt, weite Teile des Fotovoltaikausbaus zum Eigenverbrauch im Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistungen zum Erliegen kommen. Der Eigenverbrauch bietet jedoch aus mehreren Gründen Vorteile: Wir entlasten damit die Netze. Das ist auch ein Beitrag zur Energiewende. Deswegen wäre uns daran gelegen, in den weiteren, noch stattfindenden Gesprächen über diesen Punkt, also über die Frage der 50-%-Belastung im Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, nochmals zu sprechen.

Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Es kann doch nicht sein, dass die Industrie unabhängig von der Art des Eigenverbrauchs – beispielsweise durch den Kauf einer Kraftwerkscheibe, die ja durchaus mit CO₂-Belastung zu tun haben kann – mit 15 % belastet wird, während jemand, der sich für erneuerbare Energien, beispielsweise für KWK, entscheidet, mit 50 % belastet wird. Deswegen ist es uns ein Anliegen, und wir werden auch alles daransetzen, im weiteren Verfahren in diesem Punkt – ebenso wie bei der Stichtagsregelung – noch zu Verbesserungen zu kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Der Vertreter der CDU-Fraktion hat noch eine Redezeit von einer starken Minute. Bitte schön.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Eine schwache Minute! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eine starke Minute! 200 Sekunden!)

Abg. Paul Nemeth CDU: Meine Damen und Herren! Die Regierungsinformation hat uns einiges gebracht, aber doch nicht alles. Eine wesentliche Frage, nämlich wer in diesem Haus zu diesem erarbeiteten Kompromiss steht, ist nicht beantwortet worden. Sie stehen dazu, Herr Schmiedel, und die CDU steht dazu. Von der Fraktion GRÜNE habe ich nur gehört – der Minister hat dies gestern erst noch einmal per Pressemitteilung deutlich gemacht –, dass dieser Entwurf auf keinen Fall zustimmungsfähig sei. Was stimmt jetzt? Das, was der Ministerpräsident sagt, oder das, was der Minister sagt? Wir wissen es nicht.

Sie haben auch die Frage, wie viele Windräder genau dieses Jahr gebaut werden sollen – obwohl die Planungen so langfristig laufen –, nicht beantwortet. Auch hier haben wir keine Antworten auf unsere Fragen erhalten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nicht das Land baut die Windräder, Herr Nemeth! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Diese Debatte ist ein Stück weit unbefriedigend.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie haben auch nichts dazu gesagt – das wäre auch interessant gewesen –, was denn Ihre Initiative zu dem wichtigen Thema Energieeffizienz ist. Auch das wäre eine wichtige Debatte gewesen; sie hat nicht stattgefunden.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt eingehen: Herr Minister, Sie haben Herrn Dr. Rülke Ahnungslosigkeit vorgeworfen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Zu Recht!)

Sie sind bestimmt nicht ahnungslos. Sie ahnen bestimmt, dass Angebot und Nachfrage einen Einfluss auf den Preis haben.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das ist das Problem beim EEG. Das verschweigen Sie immer ein bisschen. Das EEG und die sozusagen kostenlose – weil schon durch das EEG vom deutschen Verbraucher bezahlte – eingespeiste Strommenge bringen das ganze Marktsystem, die Merit-Order, auseinander. Deswegen sagen wir immer: Das EEG kannibalisiert sich selbst. Je mehr Sie von dem volatilen Strom ins Netz bringen, desto stärker geht der Preis nach unten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist das Problem!)

Das können Sie an der Leipziger Börse ganz genau erkennen. Das ist nicht so schwierig.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Wenn die Kurve für den Strom aus Wind und Sonne nach oben geht, dann geht der Preis in Leipzig an der Börse in den Keller. Die Strompreise können sogar negativ werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Deswegen ist es klug, einen Deckel zu haben und den Ausbau der erneuerbaren Energien, den wir ja alle wollen, mit Sinn und Verstand zu machen, mit dem Netz- und Speicherausbau in Einklang zu bringen und nicht nur dem Lobbyismus der erneuerbaren Energien zu frönen,

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

sondern eine Energiewende in der Gesamtverantwortung für unser Land zu organisieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Wenn Sport Schule macht – Sportvereine in Baden-Württemberg sind jetzt Partner beim Ausbau der Ganztagschule – beantragt von der Fraktion der SPD

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen den Themen Energie und Polizei kommt jetzt ein Thema, das schon fast entspannend ist: der Sport. Bewegung, Spiel und Sport sind ein wichtiger Bestandteil an den Schulen. Zukünftig wird es durch eine verlässliche Rahmenvereinbarung möglich, neben dem Schulsport auch die sportliche Kompetenz örtlicher Vereine zu nutzen. Das ist ein Erfolg, unser Erfolg.

Seit 2006 warten die Sportbünde auf klare Rahmenbedingungen. Wir haben sie geschaffen. Der organisierte Sport in Baden-Württemberg hat 3,8 Millionen Mitglieder. Sein Dachverband, der Landessportverband, vertritt über 11 400 Vereine. Gerade der organisierte Sport ist daher für uns als wichtiger Partner der Schulen unabdingbar.

In den vergangenen Monaten habe ich Fachgespräche mit Vereinsvertretern in allen Regionen Baden-Württembergs geführt. Die Forderung nach einer verlässlichen Rahmenvereinbarung zog sich überall wie ein roter Faden durch die Gespräche. Diese Forderung ist seit Jahren begründet. Die grün-rote Landesregierung hat sie nun erfüllt. Daher herzlichen Dank an den Kultusminister Andreas Stoch, aber auch an den LSV für das gute Verhandlungsergebnis.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Mit der vom Kultusministerium und vom LSV unterzeichneten Rahmenvereinbarung „Bewegung, Spiel und Sport im außerunterrichtlichen Schulsport und in der frühkindlichen Bildung“ brechen Schulen und Sportvereine in eine neue Ära einer Zusammenarbeit auf.

Was genau wurde in dem Rahmenvertrag denn vereinbart? Erstens: Sportvereine sind erste Ansprechpartner im außerunterrichtlichen Schulsport, und das ist in der Bundesrepublik eine einmalige Vereinbarung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Sportvereine vor Ort übernehmen Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote an den Ganztagschulen und sorgen so für den weiteren Ausbau. Wir stärken damit nicht nur die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen. Wir kommen damit auch bei unserem im Koalitionsvertrag verankerten Ziel einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde in den Grundschulen einen sehr großen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zweitens: Die fachliche und pädagogische Qualität der Angebote wird gesichert.

Drittens: Sportvereine und Schulen erhalten Ausführungshinweise zu den pädagogischen, rechtlichen und finanziellen Aspekten ihrer Kooperation.

Wir wollen ein hohes Niveau der Sport- und Bewegungsangebote an den Schulen gewährleisten und die Tätigkeit der Sportfachkräfte angemessen honorieren. Daher ist in der Rahmenvereinbarung festgelegt, dass lizenzierte und staatlich anerkannte Übungsleiter an den Schulen eingesetzt werden sollen, wobei eine Honorierung von nicht weniger als 25 € pro Zeitstunde empfohlen wird.

Wir haben die exakte Höhe der Vergütung ausdrücklich nicht festgeschrieben, weil wir den Schulleitungen und den Sportvereinen vor Ort die Möglichkeit geben wollen, flexible Angebote zu schaffen und die Höhe der Entlohnung selbstständig festzulegen.

Viertens: Die Rahmenvereinbarung ermöglicht eine intensive Kooperation zwischen Schulen und Vereinen. Durch die Ganztagschule können prinzipiell alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Sie bildet dadurch eine Brücke zum Vereins-sport und ermöglicht natürlich auch eine Ausweitung der Sportangebote.

Durch die qualifizierten Angebote im Ganztagsbetrieb kann ein wichtiger Beitrag zur ganzheitlichen Bildung und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden. Der Zugang zu einem größeren Spektrum von Kindern und Jugendlichen wird ermöglicht. Dadurch haben die Vereine die Möglichkeit zur Gewinnung neuer Mitglieder, zur individuellen Förderung und zur Talentsichtung.

Es gibt auch einen Synergieeffekt, nämlich die Bündelung von Ressourcen der Schulen und der Sportvereine. Es ist also eine Win-win-Situation; beide Seiten werden profitieren. Kinder, die in keinen Verein gehen oder gehen würden, bekommen vielleicht jetzt Interesse an einer bestimmten Sportart und werden außerhalb der Schule eventuell auch Mitglied in einem Verein.

Wie wichtig es ist, diese Rahmenvereinbarung zu schließen, zeigen auch die Reaktionen vonseiten des Sports. Ich möchte ein paar Zitate anführen.

Es ist begrüßenswert und zukunftsweisend, dass diese Rahmenvereinbarung mit den entsprechenden Ausführungs-hinweisen zustande gekommen ist und der organisierte Sport systematisch in die Ganztagsbetreuung und damit in sportliche Angebote an Schulen eingebunden wird.

Das sagt LSV-Präsident Dieter Schmidt-Volkmar.

Mit der Rahmenvereinbarung erhalten die Vereine etwas Handfestes, um auf ihre Kommunen zugehen zu können.

Das sagt Klaus Tappeser, Präsident des WLSB.

Wir sind unserem Kultusminister außerordentlich dankbar für das vertrauensvolle Miteinander, auf dessen Grundlage diese Vereinbarung zustande kam. Unserem Ziel – einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Sportverein und Schule – kommen wir damit einen großen Schritt näher. Eine tolle Chance für den Sport, die Schulen und insbesondere für den Fußball.

Das sagt Herbert Rösch, Präsident des Württembergischen Fußballverbands.

(Sabine Wölfe)

Last, but not least zitiere ich unseren Vizepräsidenten Wolfgang Drexler, den Präsidenten des Schwäbischen Turnverbands:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

... mit dieser Vereinbarung gibt es nun die einzigartige Chance, regelmäßig Bewegung im Alltag aller Kinder in Baden-Württemberg zu verankern, die ein unersetzlicher Faktor für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Zuruf:
Oi!)

Wir befinden uns mit dieser Vereinbarung in guter Gesellschaft. Rheinland-Pfalz, Hessen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen – alle haben schon vor vielen Jahren solche Rahmenvereinbarungen abgeschlossen. Nun haben auch wir einen solchen Rahmen und freuen uns, dass wir mit dem organisierten Sport einen großen Schritt nach vorn gemacht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Schmid das Wort.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Stoch, als ich von der Rahmenvereinbarung gehört habe, dachte ich: Gute Idee; endlich nehmen Sie die Vereine beim Ausbau der Ganztagschule mit ins Boot.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Die Rahmenvereinbarung wurde mit dem Landessportverband geschlossen, weil durch die Unterstützung der Sportvereine Ganztagschulen ihr Sportangebot erweitern können und weil nur so ein Ganztagsbetrieb an den Schulen sichergestellt werden kann.

Grundlage ist die geplante Schulgesetzänderung, wonach 50 % der zugewiesenen Lehrerstunden für den Ausbau der Ganztagschulen in barem Geld ausgezahlt werden können und somit die Schulen selbst Leistungen zukaufen können.

Auf den ersten Blick ist das auch ein guter Gedanke. Aber – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was für ein Aber? –
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ein guter Gedanke?)

– Wir wären nicht in der Opposition, wenn wir nicht das Aber anbringen würden, oder?

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulist-Blei SPD)

Wieder haben Sie die Menschen vor Ort, die am besten wissen und beurteilen können, wie sich solche Rahmenvereinbarungen auswirken, nicht ausreichend einbezogen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Was?)

Fakt ist: Unser vielfältiges Vereinsleben, gerade im ländlichen Raum, ist ein wesentlicher Bestandteil des sozialen Lebens und trägt maßgeblich zum Erhalt von sozialen Strukturen bei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Die Vereine – damit meine ich alle Vereine, nicht nur die Sportvereine – kämpfen um ihren Nachwuchs. Der demografische Wandel und auch veränderte schulische Strukturen tragen maßgeblich dazu bei.

Deshalb begrüßen wir grundsätzlich die Vereinbarung, die zwischen der Landesregierung und dem Landessportverband getroffen wurde.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD: Oi!)

Aber – noch ein Aber – Vereine im Sport sind sehr unterschiedlich. Das wissen Sie auch. Jetzt ist es so, dass Fußball- und Handballvereine beinahe flächendeckend als Partner zur Verfügung stehen. Es sind oft große Vereine mit hauptamtlichen Strukturen. Für diese Vereine ist es weniger ein Problem, ihre Kräfte freizustellen, damit sie den Ganztagsbetrieb sicherstellen können.

Es gibt im Land jedoch auch andere Vereine. Es gibt kleinere Vereine, und es gibt andere Sportarten wie z. B. Ringen, Fechten, Faustball und viele mehr. Die dort tätigen Vereine sind in der Regel ehrenamtlich strukturiert und aufgestellt und haben keine hauptamtlichen Kräfte. Für sie wird es ungleich schwerer, ihr Angebot an Ganztagschulen anbieten zu können, weil die ehrenamtlichen Kräfte in der Regel tagsüber berufstätig sind und nicht schon mittags in die Schulen gehen können, um ein solches Angebot sicherzustellen.

Außerdem besteht unsererseits die Befürchtung, dass Schülerinnen und Schüler eher bei dem Sport, den sie täglich in der Schule erleben, hängen bleiben, als sich anderen Sportarten zuzuwenden, die nicht täglich im Ganztagsbetrieb stattfinden. Auch da gilt wieder: Es gibt Sportarten, die so aufgestellt sind, dass sie das Angebot nicht darbieten können. Deshalb wird es für sie ungleich schwerer, ihren Nachwuchs zu rekrutieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was schlagen Sie vor?)

Lieber Herr Stoch, wie passt es in ein modernes Bild von Gleichberechtigung, wenn Sie sagen, den Ganztagsbetrieb solle nachmittags die Hausfrau sicherstellen, die zu Hause ist und gern noch 30 € pro Stunde dazuverdient? In welcher Zeit leben Sie eigentlich? Ich glaube, heute kann man das nicht mehr über einen Kamm scheren. Es ist auch nicht an einem Geschlecht festzumachen; denn sowohl unter den Frauen als auch unter den Männern gibt es welche, die gern ganztags arbeiten, und welche, die zu Hause sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Unerhört!)

Im Raum stehen etwa 25 bis 30 € Vergütung pro Stunde. In den Ausführungshinweisen zu Ihrer Rahmenvereinbarung gibt es dazu nur wachsweiße Andeutungen. Es heißt, die Vergütung solle im Dialog vor Ort geklärt werden – je nachdem, was dabei herauskommt. Empfohlen werden mehr als 25 €, doch auch hier gibt es nur wachsweiße Andeutungen.

(Viktoria Schmid)

Noch ein Punkt, der uns wichtig ist, meine Damen und Herren: Wir reden bisher nur über den Sport. Aber wo bleiben die anderen Vereine? Es gibt Musikvereine, es gibt Musikschulen. Gott sei Dank gibt es in Baden-Württemberg ein sehr vielseitiges Vereinsangebot. Doch derartige Angebote bleiben bisher völlig auf der Strecke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Warum haben Sie bisher keine Rahmenvereinbarung mit den anderen außerschulischen Partnern abgeschlossen? Ich weiß, dass es Gespräche gibt. Aber warum sind die bisher nicht weiter vorangeschritten? Warum kommen Sie hier nicht zu Potte?

Wir sind uns doch sicher einig, dass gerade Musik, aber auch Kunst und Sport – wie ich es schon gesagt habe – für die Entwicklung junger Menschen ganz wichtig sind. Junge Menschen lernen sehr viel; sie lernen Teamgeist, sie lernen Kreativität, sie lernen Fleiß und vieles mehr. Das brauche ich Ihnen, die Sie aus dem Sport kommen, nicht zu sagen. Doch das Gleiche gilt auch für die Musik und für die anderen Bereiche.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb legen wir ganz besonderen Wert darauf, dass Sie auch diese Bereiche im Blick behalten. Wir sind der Meinung, dass gerade außerschulische Bildungsangebote für die Entwicklung von jungen Menschen besonders wichtig sind und es nicht richtig ist, wenn alles nur im Rahmen des Schulbesuchs stattfindet.

Wenn Sie solche Rahmenvereinbarungen wie mit dem Sport nicht auch mit den anderen außerschulischen Partnern abschließen, dann sehen wir die Gefahr, dass diese im Wettbewerb nach hinten rutschen. Das heißt, wenn die Schulen ihre Verträge mit den Sportvereinen geschlossen haben, dann wird es für die anderen, z. B. die Musikvereine, ungleich schwerer, wenn sie erst ein Jahr später ihr Angebot offerieren können. Hier müssen Sie dringend für Abhilfe und vor allem für Klarheit sorgen.

Ich fordere deshalb: Schließen Sie schnellstmöglich identische Rahmenvereinbarungen mit allen weiteren außerschulischen Partnern ab, die infrage kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vermeiden Sie eine mögliche Benachteiligung von Musik und Kunst. Bringen Sie den Gesetzentwurf zum Ganztagschulgesetz erst dann ein, wenn Sie auch die anderen außerschulischen Partner entsprechend verankert haben. Und wirken Sie darauf hin, dass die Breite des Sports in den Schulen auch ankommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner das Wort.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rahmenvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und dem LSV stellt ein wesentliches Element für die Ausgestaltung des Ganztagschulgesetzes dar.

Dafür ein großes Dankeschön an den LSV, an den Kultusminister und an das Kultusministerium, die auch auf der Arbeitsebene entsprechend kooperativ und grundlegend gearbeitet haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen wird hierin verankert. Daraus ist ein klares Handlungsfeld und auch eine Sicherheit für beide Seiten entstanden. Insbesondere die grüne Landtagsfraktion hat sich schon lange für die Einbeziehung von außerschulischen Partnern ausgesprochen und die Wichtigkeit unterstrichen, dass es hier offene und gebundene Angebote geben soll, die flexibel ausgestaltet werden können. Wir sind einen Schritt weiter.

Dass der Sport erster Ansprechpartner ist, ist auch ein großer Vertrauensbeweis, denn wir wissen, dass der Sport ein verlässlicher Partner ist und seine Sache auch in der Vergangenheit gut gemacht hat. Denken Sie nur daran, wie viele Sportvereine in den vergangenen Jahren eine Ferienbetreuung in den Kommunen angeboten haben.

Wir haben jetzt viel darüber gehört, was in der Rahmenvereinbarung steht. Ich möchte das einmal aus der Sicht der Vereine betrachten. Was heißt das für die Vereine? Da möchte ich eines vorwegstellen: Es stellt sich für die Vereine überhaupt nicht mehr die Frage des Ob, sondern nur noch die Frage des Wie. Es wird überhaupt nicht mehr infrage gestellt, ob es sinnvoll ist und ob sie sich zieren oder nicht, sondern es heißt nur noch: Ja, wir wollen, und es geht darum, wie wir es ausgestalten können.

Bei meiner Vorrednerin von der CDU, Frau Schmid, hat man festgestellt: Es fällt Ihnen tatsächlich schwer, Argumente dagegen vorzubringen;

(Zuruf der Abg. Viktoria Schmid CDU)

denn die Vereinbarung ist vom Kern her gut und richtig und eine ganz solide Basis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vom Kern her gut und richtig!)

Was heißt das? Es heißt, die Vereine vor Ort sehen die Chance und wollen ihre Chance auch ergreifen, hier zu einer guten Zusammenarbeit und Kooperation mit den Schulen und den Kommunen zu kommen. Durch die Rahmenvereinbarung haben sie Sicherheit bekommen und wissen jetzt auch, auf welcher Ebene sie arbeiten können.

Verständlicherweise gibt es auch Herausforderungen. Erstens gibt es eine Unsicherheit, und es müssen Fragen beantwortet werden, und zwar sowohl Fragen von den Mitgliedern als auch Fragen in vielen Vorstandsgremien. Das ist schon sehr gut in Bewegung und wird Stück für Stück abgearbeitet.

Die zweite Frage, die sich die Vereine zu stellen haben, bezieht sich auf die Qualifikation der Übungsleiter. Auch dazu gibt die Rahmenvereinbarung eine ganz klare Ansage, welche Forderungen es gibt. Des Weiteren sind die Verbände schon lange an diesem Punkt dran

(Abg. Viktoria Schmid CDU: Haben Sie mal mit kleineren Vereinen gesprochen?)

(Petra Häffner)

und haben dementsprechend Fortbildungsmaßnahmen angeboten und bieten sie auch weiterhin an. Dies geschieht im direkten Gespräch. Deshalb können wir auch den Vorwurf nicht stehen lassen, Frau Schmid, man hätte die Beteiligten nicht mit einbezogen und hätte die Vereinbarung „am nackten Tisch“ getroffen. Im Gegenteil, die Beteiligten sind ganz eng einbezogen.

Ferner stellt sich die Frage nach dem Personal. Auch hier ist es möglich, Personal zu finden und es flexibel einzusetzen. Letztendlich obliegt dem Schulleiter die Hoheit, die Stundenpläne aufzustellen. Das kann er in enger Absprache mit den Vereinen machen. Hier können auf der Dialogbasis Antworten gefunden werden.

Die Angebote müssen angepasst werden. Das heißt natürlich, dass eine Flexibilisierung stattfinden soll. Man kann beispielsweise den Fußballsport nicht 1 : 1 in den Schulbetrieb umsetzen. Da ist die Frage, wie die Vereine es hinbekommen und wie sie es gestalten. Aber auch da stellt sich gar nicht einmal die Frage des Ob, sondern nur noch die Frage des Wie.

Die große Chance ist doch, die Angst vor dem demografischen Wandel abzubauen und die Kinder da abzuholen, wo sie sind, nämlich in der Schule, und alle Kinder anzusprechen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Vereine und das Vereinsleben kennenzulernen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Chance wird gesehen und genutzt.

Ich hatte an einem Abend im Januar eine Gesprächsrunde bei mir in Schorndorf durchgeführt, zu der ich die Vorstände von allen örtlichen Vereinen und auch Vertreter der Kirchen eingeladen hatte. Wenn wir von Vereinen reden, wird übrigens oft vergessen, dass die Kirchen genauso mit dabei sind und den Schulen Kooperationsmöglichkeiten anbieten. Auch hierzu braucht man entsprechende Vereinbarungen.

An dem erwähnten Abend waren Vorstände von verschiedenen Vereinen anwesend, es waren Vertreter der Verwaltung anwesend, und es waren auch Vertreter des Pilotprojekts der fünf Koordinationsstellen, die es in Baden-Württemberg gibt, anwesend. Das war interessant. Es ist wichtig, dass wir diese Menschen, die bei der Gestaltung der Kooperation Schule/Verein beteiligt sind, auch gemeinsam an einen Tisch holen. Da ist es wichtig, dass wir all denen, die Verantwortung übernehmen, gute Koordinationsmöglichkeiten bieten, also – wie es hier im letzten Jahr geschehen ist – über den Sportkreis, über Pilotprojekte.

Dazu nenne ich einmal zwei Zahlen: Mit diesen Koordinationsstellen sind 130 Ganztagschulen im Gespräch. Daraus haben sich allein innerhalb der neun Monate, in denen es läuft, 38 verschiedene Formen der Zusammenarbeit ergeben. Es gab durchweg positive Rückmeldungen zur Gestaltung der Kooperation, und es bilden sich neue Netzwerke. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine große Errungenschaft und eine große Chance. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir müssen aber natürlich auch Verantwortung übernehmen. Auch seitens des Landessportverbands wird auf dieser Ebene

geschaut, welche guten Antworten es noch geben kann. Es ist jedoch auch notwendig, dass die Kommunen – die Verwaltung – Koordinationsstellen zur Verfügung stellen und wir die Kooperation Schule/Verein weiter vorantreiben. Die Ganztagschule ist in diesem Fall eine Bereicherung. Wir geben den Kindern die Möglichkeit, Bewegung und Sport zu erfahren, und dienen damit auch der Gesundheit und bieten die Möglichkeit, motorische Fähigkeiten und koordinative Fähigkeiten zu erwerben. Diese sehr gute Chance sollten wir nicht mit irgendwelchen herbeigeholten Argumenten kaputtmachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Humor ist nach meiner Meinung eines der wichtigsten und erfolgreichsten didaktischen Prinzipien im Schulunterricht. Ich erinnere mich noch sehr gern und gut an die schmunzelnden und manchmal auch lachenden Gesichter meiner Schülerinnen und Schüler, als ich im Unterricht immer wieder einmal den Appell an sie gerichtet habe: „Schocke deine Eltern, und lies ein Buch!“

(Heiterkeit der Abg. Jutta Schiller CDU)

Dieses Prinzip habe ich mir auch für die heutige Aktuelle Debatte überlegt: „Schocke die Landesregierung, und lobe sie!“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich habe schon gedacht, Sie wollen einen Purzelbaum machen!)

Die Anwendung der Strategie des Lobes ist mir bei der Kooperationsvereinbarung mit dem Sport leichtgefallen. Denn eine Rahmenvereinbarung mit den außerschulischen Partnern ist eine alte Forderung der FDP/DVP-Landtagsfraktion. Ich erinnere mich noch gut an die von uns beantragte Aktuelle Debatte vor ziemlich genau zwei Jahren, nämlich am 18. April 2012, zur Weiterentwicklung der Kooperation von Schulen mit außerschulischen Partnern. Damals haben Sie von den Grünen und der SPD die Relevanz unserer Aktuellen Debatte noch bestritten. Inzwischen haben Sie aber eigene Kooperationsvereinbarungen vorgelegt. Das zeugt von einem beachtlichen Lernfortschritt, und einen Lernfortschritt gilt es natürlich ausdrücklich hervorzuheben und zu loben – auch wenn Ihnen ein solches Lehrerverhalten vielleicht reichlich altbacken erscheinen mag.

Ich meine die Aussage zum Lernfortschritt sehr ernst. Denn die jetzigen Regierungsfractionen haben sich seinerzeit von den Oppositionsbänken aus reichlich abfällig über die offene Form der Ganztagschule und die dabei praktizierte Einbeziehung von Ehrenamtlichen geäußert. Grüne und SPD geißelten die offene Ganztagschule als „Sparversion“; sie sagten, die Ehrenamtlichen würden nur der Not gehorchend einbezogen.

Dabei wollten die damaligen Oppositionsfractionen nicht wahrhaben, dass es ausnahmsweise einmal nicht in erster Linie ums Geld ging, sondern um die Einbettung der Schule in einen gesellschaftlichen Zusammenhang. Denn gerade weil die Ganztagschule einen größeren Teil der Lebenszeit der

(Dr. Timm Kern)

Schülerinnen und Schüler in Anspruch nimmt und ihnen dadurch weniger Zeit für Musik, Sport und Angebote der Jugendarbeit bleibt, sind die außerschulischen Partner an einer Schule umso wichtiger. Die Kooperationen mit Vereinen und Verbänden und mit den Kirchen bilden eine neue Brücke in die Gesellschaft, nachdem die alte Brücke zwangsläufig seltener betreten wurde.

Ausdrücklich begrüßen wir Liberalen auch den gewählten Weg für die Kooperationen. Dass die Hälfte der für Ganztagsbetreuung zugewiesenen Stunden zum Zweck der Bezahlung der Übungsleiter aus den Sportvereinen in Geld umgewandelt werden können, entspricht unserem Leitbild einer Schule, die ihr Personal in eigener Verantwortung auswählt und einsetzt.

Allerdings muss sich zur Rahmenvereinbarung mit dem Landessportverband zügig auch eine Vereinbarung mit Verbänden aus anderen Bereichen – Musik, Kunst, kirchliche Jugendarbeit – gesellen; die Kollegin Schmid hat dies bereits angesprochen. Das ist mehr als nur ein Gebot der Fairness. Denn ungleiche Startzeiten oder Startbedingungen könnten das Kooperationsgefüge an einer Schule in eine ordentliche Schiefelage bringen. Es ist doch sicherlich nicht beabsichtigt, einen Bereich – in diesem Fall den Sport – gegenüber den anderen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen zu privilegieren.

Der FDP ist es wichtig, dass die außerschulischen Partner von Anfang an dabei sind, wenn die Ganztagschulen aufgebaut werden.

(Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Lassen Sie nicht zu, dass die Kooperationen Stückwerk bleiben, und bringen Sie die noch ausstehenden Vereinbarungen mit Vertretern der Bereiche Musik, Kunst und Jugendarbeit auf den Weg. Für eine Ganztagschule in gesellschaftlicher Verankerung ist dies unerlässlich.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Kultusminister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es freut mich, dass wir heute im Rahmen dieser Aktuellen Debatte über ein aus meiner Sicht gerade für die jungen Menschen in unserer Gesellschaft in Baden-Württemberg wichtiges Thema sprechen, nämlich über das Thema „Sport in Verbindung mit Bildung“.

Wir wissen es alle: Sport ist Bewegung. Für viele Menschen in unserem Land ist dies eine Selbstverständlichkeit. 3,8 Millionen Einwohner Baden-Württembergs sind Mitglied in Sportvereinen; insgesamt gibt es über 11 400 Sportvereine im Land. Dies sind sehr beachtliche, beeindruckende Zahlen. Wir wissen daher, dass der Sport einer der tragenden Faktoren in unserer Gesellschaft in Baden-Württemberg ist, ein Faktor, der den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gewährleistet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen aber auch, dass der Sport weit über seine soziale Funktion hinaus von enorm großer Bedeutung ist. Ich war am vergangenen Wochenende bei einer Jubiläumsveranstaltung: 150 Jahre Turngau Ostwürttemberg.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ich auch!)

– Danke; Nicole Razavi und Bernd Hitzler waren auch da.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich war nicht da!)

Diese Veranstaltung stand unter einem dreiteiligen Motto; sie war überschrieben mit den Worten „Bewegen – Begegnen – Begeistern“. In diesem Dreiklang scheint vieles von dem auf, was wir an Erwartungen haben, gerade auch in Bezug auf die Rahmenvereinbarung mit den Sportvereinen.

Ich beginne mit dem Thema Bewegen: Für Kinder und Jugendliche ist Bewegung – nicht nur, aber auch und vor allem – aus gesundheitlichen Gründen ein ganz wichtiges Element für das Erwachsenwerden. Wir wissen aus zahlreichen Statistiken: Menschen, die bereits in früher Kindheit Sport getrieben haben, die die Freude an der Bewegung erlernt haben, werden ein gesünderes Leben führen, und sie werden auch im Alter weniger an entsprechenden Krankheiten leiden.

Nun zum Thema Begegnung und damit zur sozialen Komponente des Sports: Kinder, Schülerinnen und Schüler können beim Sport ganz wichtige soziale Erfahrungen machen, nämlich die Begegnung und die Zusammenarbeit mit anderen, das Erlebnis des gemeinsamen Schaffens, und dabei wertvolle Kompetenzen erwerben. Deswegen ist im Bereich „Sport und Bewegung“ auch die soziale Komponente ein zentrales Element.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Aber auch das dritte Element, das Begeistern, hat für mich eine herausragende Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um die emotionale Begeisterung, die mit Sport verbunden sein kann. Wir wissen heute, insbesondere auch aufgrund von Forschungsergebnissen in den Neurowissenschaften, dass Sport und Bewegung gerade für Kinder und Heranwachsende ganz wichtige Faktoren für die Entwicklung der geistigen Leistungsfähigkeit darstellen. Es muss daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, in unser aller Interesse liegen, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Möglichkeit zu bieten, möglichst früh mit Angeboten für Sport und Bewegung in Kontakt zu kommen, um auch diese Entwicklungsfaktoren einzubeziehen.

Hier zeigt sich die Verbindung zur Schule: In einem guten Ganztagschulkonzept müssen auch die Chancen und Möglichkeiten des Sports so integriert werden, dass sie für die Schülerinnen und Schüler erlebbar sind und dass die damit verbundenen Potenziale für unsere Gesellschaft nutzbar gemacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass ein beträchtlicher Teil der Kinder bei uns gerade in diesem Bereich Defizite hat. So wissen wir aus entsprechenden Erhebungen, dass sich derzeit nur 30 % der Kinder mindestens eine Stun-

(Minister Andreas Stoch)

de lang am Tag bewegen. Es ist klar, dass hierin auch eine Ursache dafür liegt, dass sich die Gesellschaft in gesundheitlicher Hinsicht zum Negativen verändert. Deswegen müssen wir alle daran interessiert sein, hier zu Verbesserungen zu gelangen und die bestehenden Chancen zu nutzen, und zwar auch unter sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen es alle: Unsere Gesellschaft verändert sich sehr schnell. Diese Veränderungsprozesse betreffen auch die Schulen und die gesamte Bildungslandschaft. Heutzutage wünschen sich über 70 % der Eltern Ganztagsangebote für ihre Kinder. Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als darüber nachzudenken, wie wir diese wichtigen Elemente, nämlich gute Bildung wie auch Sport und Bewegung, zueinanderführen. Die Ganztagschule ist dabei aus meiner Sicht eine Einrichtung, die eine hervorragende Ebene dafür bietet, genau dies zu gewährleisten.

Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, freut es mich ganz besonders, dass es uns gelungen ist, mit dem Landessportverband als Vertretung aller dieser über 11 400 Sportvereine im Land eine solche Rahmenvereinbarung auszuhandeln und diese Vereinbarung als Grundlage dafür zu verwenden, nun landesweit in den Städten und Gemeinden mit ihrer ganz unterschiedlichen Struktur die vor Ort jeweils passgenauen Lösungen zu finden. Das ist, meine ich, die richtige Politik. Wir brauchen einen Rahmen, der dann vor Ort mit den geeigneten Lösungen ausgefüllt werden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Frau Kollegin Schmid, ich glaube, Ihre eben geäußerten Besorgnisse sind ganz fehl am Platz. Bei uns gibt es schon heute ganz hervorragende Kooperationen, bei denen Sportvereine und teilweise auch Vertreter von Verbänden in die Schulen gehen. Wir brauchen keine Angst zu haben, dass wir schon im Grundschulalter – der Ganztagschulausbau wird sich ja nun verstärkt auch im Grundschulbereich auswirken – eine zu starke Spezialisierung auf einzelne Sportarten beobachten müssten. Wir hören gerade auch vonseiten der Turnerbünde, wie wichtig es ist, bereits in dieser frühen Phase der kindlichen Entwicklung die motorischen Grundlagen zu legen. Es wird also nicht darum gehen, in dieser Phase bereits einzelne Sportarten in hoher Spezialisierung zu trainieren, sondern vielmehr darum, dass in einer Art „Grundschule des Sports“ gemeinsam die motorischen und bewegungstechnischen Grundlagen für alle weiteren Entwicklungsprozesse gelegt werden.

Mir ist dabei ganz wichtig, dass die Schulen vor Ort ausreichende Handlungsmöglichkeiten haben, um jeweils ein passgenaues Konzept zurechtzuschneiden. Da dürfen wir keine zu strikten Vorgaben machen. Denn eines ist auch klar: Für den Schulleiter, für die Schulleiterin ist es von großer Bedeutung, dass in diesem pädagogischen Konzept der Ganztagschule auch eine hohe pädagogische Qualität gewährleistet wird. Dies ist im Sport gewährleistet; wir haben in der Rahmenvereinbarung auch festgelegt, dass auch die Sportvereine für ein solches Qualifikationsniveau sorgen und deren Übungsleiter über die nötigen Qualifizierungen verfügen müssen. Denn die Eltern erwarten von uns schulische Qualität in der Ganztagschule. Genau das wollen wir gemeinsam mit dem Sport erfüllen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber dabei ist eben auch wichtig, dass aufseiten der Sportvereine – das habe ich bei den Verhandlungen ebenfalls vermittelt – realistische Erwartungen bestehen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn der Schulleiter bzw. die Schulleiterin die Möglichkeit hat, entweder Lehrerstunden in Anspruch zu nehmen oder aber durch Rückgriff auf die Monetarisierung bis zu 50 % dieser Stunden in Geld zu verwandeln und dies entsprechend einzusetzen, dann wird es dabei – ganz wesentlich – zum einen um Qualität, zum anderen und zentral aber auch um Verlässlichkeit gehen. Es wird auch um die Frage gehen, wie hoch der Organisationsaufwand ist.

Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, müssen diese Angebote der Vereine auch konkurrenzfähig sein. Wenn die Kosten für diese Angebote über dem liegen, was für den Schulleiter oder die Schulleiterin eine Lehrerwochenstunde bedeutet, dann wird sich in der Abwägung möglicherweise etwas zulasten des außerschulischen Angebots verschieben. Daher ist es mir ganz wichtig, dass wir dort nicht von außen harte Grenzen setzen, sondern dass wir dort von außen Rahmenbedingungen vorgeben, die aber vor Ort das richtige, auch das vielfältige Ganztagsangebot an den Schulen ermöglichen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ist es, glaube ich, vollkommen richtig, an dieser Stelle in der Rahmenvereinbarung und in den entsprechenden Ausführungshinweisen eine gewisse Freiheit für die Ausgestaltung vor Ort zu lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Frau Kollegin Schmid, Ihre Angst kann ich Ihnen vollkommen nehmen. Wenn Sie mich zitieren, dann auch bitte richtig.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn es in der Zeitung so steht! – Zuruf der Abg. Viktoria Schmid CDU)

Ich wurde in der Pressekonferenz gefragt, wer denn dann z. B. diese Angebote an der Ganztagschule machen soll. Darauf sagte ich, dass es natürlich bereits heute Vereine gibt, die mit hauptamtlichen Mitarbeitern arbeiten, und es da die Möglichkeit gibt, auch für die Ganztagschule entsprechende Angebote passgenau zu machen.

Aber unter den neuen Rahmenbedingungen wird es auch die Möglichkeit geben, dass sich Vereine, die noch keine hauptamtlichen Mitarbeiter haben, jetzt mit dem Thema „Hauptamtliche Mitarbeiter“ beschäftigen oder sich sogar mehrere Vereine gemeinsam um das Thema „Hauptamtliche Mitarbeiter im Sport“ kümmern.

Ich habe eines in dieser Pressekonferenz ganz deutlich gesagt. Ich war vor zwei Wochen in einer Sitzung mit dem Sportkreis in meinem Landkreis, an der 30 Sportvereinsvorsitzende teilgenommen haben. Da wurde auch die Frage gestellt: „Wer soll denn diese Rolle übernehmen?“ Da wurde von den Vereinen selbst gesagt: „Wir haben bei uns mehrere Übungsleiterinnen, die Kinder erziehen und Erziehungsurlaub haben.“ Dies wurde von den Sportvereinen geäußert. Für mich ist es eine Möglichkeit, die genauso gut funktioniert, wenn Männer diese Aufgabe übernehmen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wird es jetzt gerade auch aufseiten des Sports darum gehen, diese neue

(Minister Andreas Stoch)

Chance zu erkennen und diese Chance, nämlich diese weit offene Tür in Richtung des Ganztagsbereichs, der Ganztags-schulen, zu nutzen und dort die passenden Angebote unter den in der Rahmenvereinbarung festgelegten Ausgangsbedingungen zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, der Sport war und ist in Baden-Württemberg eine wichtige gesellschaftliche – ich sage auch: eine wichtige gesellschaftspolitische – Kraft. Deswegen war es mir ganz besonders wichtig, auch aufgrund der guten Organisationsstruktur im Sport, dass wir hier ein frühes Zeichen setzen.

Aber ich kann Sie auch beruhigen, Herr Kollege Kern, Frau Kollegin Schmid wie die anderen Kolleginnen und Kollegen des Hauses: Wir stehen bereits mit allen Partnern im außerschulischen Bereich in intensiven Verhandlungen. Wir haben auch bereits eine Vereinbarung ausgehandelt. Wir werden in den nächsten Wochen diese Vereinbarung mit allen anderen Trägern – mit den Trägern aus dem musisch-kulturellen Bereich, aus dem kirchlichen Bereich, aus dem Bereich der freien Jugendarbeit – offiziell unterzeichnen, um allen die gleichen Startvoraussetzungen zu geben.

Für uns ist es wichtig, dass die Ganztags-schule in Baden-Württemberg zu einem Erfolg wird, und zwar nicht in einem Gegeneinander zu den Interessen der Gesellschaft, der Vereine und Verbände, sondern zur besseren Weiterentwicklung von ganz vielen Vereinen und Verbänden, egal, ob aus dem Bereich des Sports, der Musik, der Kultur oder aus den Kirchen.

Wir alle wissen es: Die nachwachsende Generation wird zahlenmäßig immer geringer, die Zahl der Kinder und Jugendlichen wird nicht zunehmen, sondern geringer werden. Die Sportvereine genauso wie alle anderen Vereine stellen dies schon heute an der Entwicklung ihrer Mitgliederschaft fest. Deswegen bringt es nichts, zu lamentieren. Ich glaube, gerade die Sportvereine, aber auch die anderen Vereine haben es erkannt. Da bringt es nur etwas, wenn wir die Chance nutzen, jetzt dorthin zu gehen, wo die Kinder sind: in den vorschulischen Einrichtungen, in den schulischen Einrichtungen. Denn dort werden die Grundlagen für ein langfristiges oder sogar lebenslanges gesellschaftliches Engagement dieser jungen Menschen gelegt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Schmid.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen: Ich kritisiere nicht die Vereinbarung zwischen der Landesregierung und dem Landessportverband, ganz und gar nicht. Aber es gibt einfach ein paar Punkte, die ich ansprechen wollte und jetzt auch noch einmal ansprechen möchte, die uns auf der Seele brennen und die im Gespräch vor Ort gerade auch mit den kleineren Vereinen an uns herangetragen werden.

Es ist vieles richtig, was Sie gesagt haben, und vieles davon können wir auch unterstützen. Trotzdem ist es einfach so, dass es gerade im ländlichen Raum Vereine gibt, die klein sind und

nur ehrenamtliche Strukturen haben und die es unglaublich schwerer haben werden als größere Vereine mit hauptamtlichen Strukturen, ihr Angebot an den Schulen sicherzustellen. Das ist einfach so, und das ist die Rückmeldung, die wir vor Ort in den Gesprächen mit kleinen Vereinen bekommen.

Sie wissen auch, dass ich im Sport relativ viel unterwegs bin und da auch viele Gespräche führe. Das Argument kann man nicht ganz von der Hand weisen, und ich glaube, die Sorge der kleinen Vereine muss man ernst nehmen.

Ein zweites Thema, das ich gern noch ansprechen möchte, ist das freiwillige soziale Jahr im Sport. Das soll ja auch mit dazu beitragen, dass man den Ganztagsbetrieb an den Schulen sicherstellen kann. Auch da bin ich der Meinung: sehr gute Idee. Ich finde es richtig gut, dass man versucht, junge Leute da in die Verantwortung zu nehmen. Aber es geht halt immer auch um die Frage der Qualität.

In den Ausführungen der Rahmenvereinbarung steht dazu eine etwas wachsweiße Formulierung: Die sollen Lizenzen haben. Sollen heißt nicht müssen. Ich möchte jetzt niemandem eine Qualifikation absprechen, der keine Lizenz hat, Jugendliche auszubilden. Trotzdem muss man auf die Qualität achten. Ich glaube, dass es für einen jungen Menschen wirklich eine Herausforderung ist, an einer Schule einen Unterricht mit 20 Jugendlichen und mit allen möglichen Herausforderungen sicherzustellen. Das ist keine Kritik an der Sache als solcher, sondern wirklich der Appell, auf die Qualität und auf pädagogisches Hintergrundwissen der jungen Menschen Wert zu legen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auch gern das aufgreifen, was Herr Dr. Kern vorhin gesagt hat. Es ist schön, dass Sie endlich begriffen haben, dass es wichtig ist, Ehrenamtliche an die Schulen zu holen. Das ist wirklich eine tolle Sache. Aber diese Forderung gibt es schon lange. Sie wird von der CDU schon lange formuliert, und von der FDP/DVP haben wir sie eben auch gehört.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jugendbegleiter!)

Das ist nichts Neues. Es ist schön, dass Sie endlich auf den Trichter gekommen sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wölflé.

Abg. Sabine Wölflé SPD: Das kann man jetzt nicht ganz unerwidert lassen. Denn im ländlichen Raum gibt es auch die Sportkreise, die das ebenfalls organisieren. Auch ich führe vor Ort viele Gespräche auch mit den kleinen Vereinen. Wir können natürlich die Probleme der kleinen Vereine nicht durchgängig lösen. Aber was wir jetzt haben, ist ein Angebot – ich habe übrigens die Rahmenvereinbarung in meinem Landkreis an alle Vereine, auch an kleine Vereine geschickt –, und ich erlebe durchweg nur positive Reaktionen. Die Vereine sehen eine Chance. Natürlich kann nicht jeder Verein jemanden fin-

(Sabine Wölfl)

den, der am Nachmittag ein Angebot sicherstellt. Aber die Vereine wissen jetzt, wohin die Reise geht, und können sich darauf einstellen.

Aber was ist denn Ihre Alternative dazu? Ich kann Ihre Bedenken, ehrlich gesagt, nicht ganz nachvollziehen. Also noch einmal: Es funktioniert in vielen Bereichen sehr gut.

Ich habe soeben auch erwähnt, dass es in anderen Bundesländern schon seit Jahren solche Rahmenvereinbarungen gibt. Wenn man einmal nachfragt, erfährt man, dass die Probleme, die Sie hier kolportieren, zum Teil überhaupt nicht aufgetreten sind. Auch in Rheinland-Pfalz, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen haben sich die Vereine im ländlichen Raum – natürlich nicht gleich am Anfang – darauf eingestellt.

Also: Geben Sie dieser Rahmenvereinbarung eine Chance. Wir unterstützen den Sport. Wir sollten weiter unsere Gespräche führen. Aber eine derartige Schwarzmalerei kann ich an dieser Stelle absolut nicht nachvollziehen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Also so dramatisch war es auch nicht!)

– Doch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – 100 Tage Polizeireform – erste Bilanz eines fehlgestarteten Projekts – beantragt von der Fraktion der CDU

Das Präsidium hat eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Ich darf für die CDU-Fraktion das Wort Herrn Abg. Blenke erteilen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute vor 102 Jahren startete die Titanic zu ihrer Jungfernfahrt.

(Abg. Norbert Beck CDU: Sie ist untergegangen!)

Auch dort war im Maschinenraum alles in Ordnung – um ein Bild aufzugreifen –, aber auf der Brücke hat es geklemmt.

Heute, am Tag 100 der Polizeireform in Baden-Württemberg, kann ich feststellen: Auch bei uns ist im Maschinenraum alles in Ordnung, Probleme gibt es auf der Brücke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Allerdings: Im Maschinenraum, der gut arbeitet und funktioniert, leidet die Motivation, und uns erreichen unzählige Beschwerden aus der Polizei, aus der Justiz, aus der Bevölkerung.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Gar keine!)

Heute, 100 Tage nach dem Start, ist es noch zu früh, ein endgültiges Fazit zu ziehen. Aber es ist jetzt dringend an der Zeit, eine 100-Tage-Bilanz zu ziehen, da Fehler, die systembedingt angelegt sind, jetzt schon sichtbar werden und zum Tragen kommen.

Viele haben gewarnt, insbesondere dass die Polizeireform bürgerferne Mammutbehörden schaffe, die die Steuerzahler Millionen Euro kosten werden.

Die Kritik an Ihrer Reform, meine Damen und Herren, ist nicht mehr zu überhören. Zuletzt ließ der GdP-Landesvorsitzende, der bisher nicht zu den Hauptkritikern gehörte, via „Stuttgarter Zeitung“ ausrichten: „Es hakt und klemmt an allen Ecken und Enden.“ Der Mann hat recht. Diese Einsicht kommt ein bisschen spät, aber er hat recht.

Der Hechinger Oberstaatsanwalt hegt die Besorgnis, dass die Polizeireform die Arbeit der Justizbehörden belastet. „Es holpert“, so heißt es in der „Hohenzollerischen Zeitung“.

(Zuruf des Ministers Reinhold Gall – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Keine Zurufe von der Ministerbank!)

Der Oberstaatsanwalt ist überzeugt, dass die neue Ferne der Polizei zur Staatsanwaltschaft zu massiv steigenden Verfahrensdauern führen wird.

Meine Damen und Herren, nicht nur wir haben uns den Mund darüber fusselig geredet, dass durch die Schaffung der neuen Mammutpräsidien die Entfernungen zu groß geworden sind.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Die Entfernungen reichen von Büsingen am Hochrhein bis nach Isny – dazwischen ist der Bodensee –, von Philippsburg bis nach Nagold – dazwischen ist der Schwarzwald. Selbst die nach eigener Lesart ausreichend großen Behörden – das alte PP Mannheim und die PD Heidelberg – werden zusammengelegt. Von Geisingen im Kreis Tuttlingen über Burladingen im Zollernalbkreis bis Baiersbronn im Nordschwarzwald: fünf Landkreise, drei Regierungsbezirke, eine Mammutbehörde. Gleichzeitig werden bedeutende Oberzentren wie Pforzheim oder Ravensburg zu weißen Flecken.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hier kommt zusammen, was zusammengehört!)

Hinzu kommt der kolossale Fehlstart der Reform mit der Führungslosigkeit der Präsidien zu Beginn, also gerade dann, wenn Führung besonders vonnöten ist,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

aufgrund der Klage des Vorsitzenden des Hauptpersonalrats und Leitenden Polizeidirektors Joachim Lautensack.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir hören jetzt, dass sich in der zweiten Ausschreibungsrunde jeweils mehrere Personen auf die Führungspositionen in den Präsidien beworben haben. Das begrüße ich schon deshalb, weil es sich damit jetzt um eine Bestenauswahl handelt, wie es vorgesehen ist, und nicht um eine Besetzung nach Gutdünken.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

(Thomas Blenke)

Aber was machen Sie jetzt eigentlich, Herr Minister? Sie können es jetzt eigentlich kaum mehr richtig machen. Variante 1: Sie bestätigen das bisherige Personaltableau, wie Sie es angekündigt haben. Dann tragen die Entscheidungen den Stempel der Rechtswidrigkeit, und neue Klagen werden kommen. So ist es schon angekündigt gewesen. Variante 2: Wird einer oder werden mehrere der neuen Bewerber genommen, dann stoßen Sie doch die vorher Ernannten, die für qualifiziert gehalten wurden, vor den Kopf, und es wäre darüber hinaus das Eingeständnis, dass Sie vorher eine falsche Entscheidung getroffen haben. Was nun? Und vor allem: Wie lange dauert es noch, bis wir hier endlich Sicherheit haben?

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema im Zusammenhang mit mangelnder Fürsorge ist folgendes: Viele Polizisten erhalten derzeit wegen der immensen Entfernungen Trennungsgeld. Mit Erhalt des Gehaltszettels gab es aber ein böses Erwachen. Denn dieses Trennungsgeld deckt längst nicht alle Lasten ab, die durch die Versetzungen ausgelöst wurden. Denn man muss feststellen, dass die Kosten für die Fahrkarte von Meersburg nach Konstanz oder von Friedrichshafen nach Konstanz

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die ist teuer!)

viel höher sind als das Trennungsgeld, das man zusätzlich bekommt.

(Zuruf des Ministers Reinhold Gall)

Ja, es ist tatsächlich so: Sie bringen mehr Polizisten auf die Straße. Denn jetzt gibt es die Polizeiarbeit der langen Wege. Sie haben Strukturen geschaffen, die zwar für Ballungsräume tauglich sein mögen, aber für den ländlichen Raum schlicht ungeeignet sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich nenne nur die zentralisierten Verkehrsunfallaufnahme-dienste und die Kriminaldauerdienste.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

Zwei Beispiele, die uns berichtet wurden, sollen die Situation verdeutlichen.

Dem Kollegen Beck wurde Folgendes berichtet: Nach einem unnatürlichen Todesfall im Landkreis Freudenstadt sagte der alarmierte zuständige Kriminaldauerdienst des Polizeipräsidiums Tuttlingen – das war in den frühen Abendstunden –:

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Von Tuttlingen nach Baidersbronn, das ist ja Wahnsinn!)

„Wir kommen dann am nächsten Morgen irgendwann.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja unsäglich!)

Meine Damen und Herren, wie lange geht das mit der Unterbesetzung der Kriminaldauerdienste noch so weiter? Und wie lange wird es eigentlich noch so weitergehen, dass Beamte aus den Kommissariaten, die jetzt eigentlich Tagesdienst machen sollen, an Wochenenden und bei Nacht abkommandiert werden, um die Aufgabenwahrnehmung überhaupt noch aufrechterhalten zu können?

Zweites Beispiel: der zentralisierte Verkehrsunfallaufnahme-dienst. Dem Kollegen Müller wurde Folgendes berichtet: Nach einem Verkehrsunfall auf der B 31 in der Nähe von Friedrichshafen am Bodensee war zwar die Streife sofort vor Ort und hätte wie früher gern sofort den Unfall aufgenommen und alles geklärt, musste aber zwei Stunden warten, bis endlich jemand vom neuen Verkehrsunfallaufnahme-dienst anrückte. Sie mussten warten, bis sich das entsprechende Fahrzeug durch den aufgebauten Stau gequält hat, dessen Ursache der Unfallaufnahme-dienst eigentlich hätte abbauen sollen. Was für ein Bild der Polizei ist das eigentlich, das dabei an die Bevölkerung vermittelt wird? Da stehen sich zwei Beamte die Füße in den Bauch und dürfen nichts machen. Das ist ein verheerendes Bild, das die Polizei hier für die Bürger abgibt.

Das sind eklatante Fehler, die im System angelegt sind. Das sind keine Anfangsholperer, das sind Fehler im System. Der Kriminaldauerdienst und der Verkehrsunfallaufnahme-dienst sind gute Einrichtungen für Ballungsräume, und dort gibt es sie auch schon seit jeher. Aber jetzt wurden geografische Mammutgebilde im ländlichen Raum geschaffen, und ihm wurden Strukturen übergestülpt, die nur für den Ballungsraum geeignet sind. Das musste schiefgehen, meine Damen und Herren.

Herr Minister, ich appelliere an Sie: Zeigen Sie Größe, steuern Sie jetzt entgegen, und korrigieren Sie Fehler, die jetzt auftreten. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land können nicht so lange warten, bis die politischen Mehrheiten in diesem Haus wieder so sind, dass wir das erledigen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich wage weiter die Prognose, dass nicht zuletzt die langen Fahrtstrecken und anderes dazu führen werden, dass die ohnehin schon knappen Budgets der Präsidien alsbald aufgebraucht sein werden. Ich frage mich – Sie sind ja für die Aufstellung des neuen Haushalts verantwortlich –: Werden auf die Präsidien zusätzlich zu diesen Lasten noch weitere Sparauflagen zukommen? Wir würden gern heute, 100 Tage nach Inkrafttreten der Polizeireform, eine Antwort auf die Frage bekommen, ob es weitere Sparauflagen für die Präsidien geben wird.

Meine Damen und Herren, unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei im Land. Diese machen im sogenannten Maschinenraum – Ihre Worte – einen super Job. Das Problem liegt auf der Brücke, bei Ihnen, Kapitän Gall. Das muss ich leider so sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Da wundert es doch nicht, wenn wir jetzt schon negative Ergebnisse für die Bevölkerung im Land sehen. So hat die Zahl der Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr – vor der Polizeireform – um mehr als 30 % zugenommen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was hat das damit zu tun?)

Zudem ist die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen gesunken. Wer einmal Opfer eines Wohnungseinbruchs war, weiß, wie man sich hinterher fühlt und wie sehr dies das nahe Umfeld belastet.

(Abg. Georg Nelius SPD: Keine Panikmache!)

(Thomas Blenke)

Baden-Württemberg verzeichnet 30 % mehr Wohnungseinbrüche und ist gleichzeitig bundesweit das Schlusslicht bei der Aufklärungsquote.

(Abg. Peter Hauk CDU: Unsäglich!)

Ich kann Ihnen sagen, woran das liegt: weil Hunderte von qualifizierten Polizeibeamten in den Stäben zwei Jahre lang nur noch die Polizeireform vorbereitet haben und nicht mehr in der Lage waren, Konzepte zur Verbrechensbekämpfung vorzubereiten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:
Billiger Populismus! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Wahrheit!)

Da sagen Sie, Herr Minister, das sei eine bundesweite Erscheinung. Sie verweisen darauf, dass in Baden-Württemberg die Fahndungsdienste aufgestockt wurden, z. B. in Ulm. Das stimmt, das ist auch gut. Aber gleichzeitig haben Sie den Fahndungsdienst an der A 81 bei Rottweil abgebaut, und das war schlecht.

Die Krönung des Ganzen ist jetzt der ministerielle Umgang in Sachen Albstädter Doppelmord. In welcher politischen Not befinden Sie sich eigentlich? Unser Dank gilt den Polizisten, die diesen Doppelmord in einer Sonderkommission so schnell aufgeklärt haben und den Bürgern vor Ort schnell wieder Sicherheit verschafft haben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In der dazu herausgegebenen Pressemitteilung des Innenministeriums heißt es, die Festnahme sei nicht zuletzt ein Erfolg der Polizeireform gewesen. Weiter heißt es, nur durch die Reform sei es möglich gewesen, innerhalb kürzester Zeit eine Sonderkommission aufzustellen. Das ist schlicht und einfach falsch. Sonderkommissionen konnten schon immer innerhalb kürzester Zeit aufgestellt werden. Das war schon in der alten Struktur so. Da haben alle Behörden zusammengearbeitet. Das geschah in raschester Zeit. Führen Sie bitte nicht die gute Arbeit der Beamten als Beleg dafür heran, dass Ihre Polizeireform ein Erfolg sei.

(Beifall des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Die Polizistinnen und Polizisten im Land fühlen sich dadurch verschaukelt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Polizei in Baden-Württemberg mit der Titanic zu vergleichen ist ein starkes Stück, Herr Kollege Blenke.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Die Polizistinnen und Polizisten werden sich entsprechend wertgeschätzt fühlen, wenn sie einem solchen Vergleich ausgesetzt werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Zuhören, Herr Kollege! Zuhören! Das war kein Vergleich!)

Das Datum der Debatte, Herr Blenke – auch das wissen Sie –, ist schlecht gewählt. Nach 100 Tagen kann man eine so umfassende Organisationsreform nicht ernsthaft bewerten wollen. Das gewählte Datum ist falsch. Kommen Sie doch im Juni dieses Jahres auf unser Angebot zurück. Nach einem halben Jahr machen wir eine seriöse, gründliche Debatte, leuchten alles aus, stellen es auf den Prüfstand. Da gibt es auch überhaupt nichts zu verbergen. Die Polizeireform ist eine offene, transparente Reform, bei der alles zur Sprache kommen muss.

Jetzt hatten wir das Problem mit der Besetzung der Präsidentenstellen, der Führungsebene.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Allerdings!)

Das hat uns wehgetan. Das sage ich, damit es daran keinen Zweifel gibt.

(Zurufe von der CDU)

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe hat uns wehgetan. Aber jetzt wird das Verfahren entsprechend dem Urteil korrigiert. Jetzt gibt es ein rechtssicheres Verfahren, das der Minister angeordnet hat. Es ist ein transparentes, sauberes Verfahren. Dann werden wir die Ergebnisse sehen und werden schauen, wie diese Ergebnisse zu bewerten sind und wer ausgewählt wird.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Das haben Sie beim ersten Mal auch gesagt!)

Aber der Vorwurf, in der ersten Runde sei es, weil die Ausschreibungsmodalitäten nicht so waren, wie es das Gericht jetzt verlangt hat, ein Besetzungsverfahren nach Gutsherrenart oder nach Gutdünken gewesen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

und habe es keine Bestenauslese gegeben, ist infam. Der ist infam, weil er nicht nur gegen den Minister geht, sondern auch gegen die Führungsqualitäten der ganzen Polizeiführung, die diese Vorschläge gemeinsam erarbeitet hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind sehr sicher – Verfahrensmängel eingeräumt –, dass auch diese damalige Bestenauslese nach höchsten Sorgfältigkeitskriterien vorgenommen worden ist und dass gute Polizeiführer ausgewählt wurden.

(Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Ich denke, daran sollte es im gemeinsamen Interesse an einer guten Polizei in Baden-Württemberg keinen Zweifel geben.

Ansonsten, Herr Kollege Blenke, haben wir eine klassische Situation nach 100 Tagen. Selbstverständlich läuft es nach 100 Tagen nicht rund.

(Zuruf von der CDU: Was? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau!)

– Ja, klar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Das ist doch klar. Ich erinnere an die Debatte über die Verwaltungsreform von Erwin Teufel im Juni 2005 hier im Landtag: Die Regierung – gebildet von CDU und FDP/DVP – räumte ein, eine so große Verwaltungsreform könne nach so kurzer Zeit nicht überall rundlaufen; deswegen müsse an der einen oder anderen Stelle nachjustiert werden.

Das wird auch bei dieser Polizeireform der Fall sein. Das ist überhaupt nicht das Problem. Es ist richtig, die Probleme zu benennen. Das geschieht polizeiintern. Ich habe auch viel Verständnis, wenn Polizeigewerkschaften jetzt Kampagnen initiieren und Sorgentelefone für Polizeiangehörige einrichten. Ich habe aber wenig Verständnis, wenn die größte Fraktion im Landtag nichts anderes macht, als hier im Landtag den Wurmfortsatz einer Polizeigewerkschaft zu spielen, und anderes nicht mehr zu bieten hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was ist das für ein Vokabular? Das ist ja unglaublich! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ihre Rede ist Gold wert! – Weitere Zurufe von der CDU – Lebhaftige Unruhe)

Etwas anderes machen Sie ja nicht mehr. Sie hatten während der ganzen Reformdebatte

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

keine konzeptionellen Vorschläge, die umsetzbar gewesen wären. Sie transportieren jetzt nur noch Beschwerden von Polizisten, die auch uns bekannt sind, hier in den Landtag. Aber konzeptionell findet bei Ihnen nichts mehr statt. Sie hatten zu keinem Zeitpunkt den besseren Vorschlag in der Tasche.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Aber Sie haben eine hohe Verantwortung dafür, dass die Polizei reformiert worden ist. Sie haben das in Regierungsverantwortung viele, viele Jahre ausgesetzt. Auch das wissen wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es gibt natürlich eine Reihe von Fragen; die haben Sie zu Recht angesprochen, Herr Kollege Blenke. Überhaupt kein Thema.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh, danke! Das ist schön!)

Aber als Beleg dafür, dass Polizei aus der Fläche verschwindet, taugen Ihre Beispiele nicht. Dafür taugen Ihre Beispiele nicht, weil wir auf der anderen Seite sehen, dass mit der Einrichtung von Kriminaldauerdiensten und Verkehrsunfallaufnahmediensten zum ersten Mal ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: ... – die gestatte ich – Strukturen geschaffen werden, die die Polizeireviere gerade auch im ländlichen Raum entlasten. Das ist das, was nicht uns, weil wir ja gegenwärtig die Polizeireviere nicht besuchen dürfen, sondern was der Polizeiführung von den Revierleitern be-

richtet wird, nämlich dass sie bereits positive Auswirkungen dieser Reform im Bereich der Kriminaldauerdienste und der Verkehrsunfallaufnahmedienste spüren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wissen Sie überhaupt, wo der ländliche Raum ist?)

Das ist eine Botschaft; es ist ein erstes zartes Pflänzchen, und das muss in den nächsten Monaten weiterentwickelt werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön, Herr Präsident. – Herr Kollege Sckerl, Sie haben eben gemeint, wir hätten uns in der Konzeptionsphase nicht konstruktiv verhalten und hätten keine Vorschläge gemacht. Erinnern Sie sich daran, dass wir es waren, die beantragt haben, dass die Vorlage der Ergebnisse der seinerzeit laufenden Evaluation der Polizeireform in Bayern abgewartet wird, damit man dann diese Evaluation in den Prozess der Polizeireform in Baden-Württemberg einbeziehen kann? Erinnern Sie sich daran, und erinnern Sie sich vor allem daran, dass das mit der Mehrheit der beiden Regierungsfractionen abgelehnt wurde?

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Daran erinnere ich mich. Keine Frage.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist doch kein konzeptioneller Beitrag! Das ist doch nur eine Warteschleife!)

Bayern ist mit Baden-Württemberg nicht vergleichbar. Das wissen auch Sie. Bayern hat tatsächlich Einheiten gebildet, die wir in dieser Größenordnung und mit dieser Folge nicht bilden wollten. Aber Bayern hat in der Evaluation zentrale Elemente unserer Polizeireform bestätigt, Herr Kollege Blenke: Kriminaldauerdienste – beim Start der Reform in Bayern höchst umstritten – sind nach der Evaluation ein gefeiertes Modell. Die CDU in Baden-Württemberg könnte an dieser Stelle einmal von der CSU lernen, meine ich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Ausbildung?)

Dann zur berühmten Debatte über die zwei Polizisten mehr pro Revier: Da warten wir einmal in Ruhe ab. Wir stehen da unter Prüfung; keine Frage. Wir haben das politisch zugesagt. Diese Zusage war selbstverständlich kein billiges Lippenbekenntnis, sondern war ernst gemeint.

Jetzt haben wir die Situation, dass die Reform angelaufen ist, dass sich das einspielt, dass sich in der Mehrzahl der Reviere die Personalstärke bereits verbessert hat.

Ich kenne Ihr Argument, Herr Blenke. Sie sagen, nein, das sei nur der Ersatz von Altersabgängen. In der ganzen Vielzahl von Revieren stimmt das aber eben nicht. Das konnte man nachprüfen. Es gibt zwar auch Reviere, bei denen der Personalbestand noch nicht so wie angestrebt ist. Dort waren jetzt im ersten Quartal 2014 die Abgänge so stark, dass sie im Moment

(Hans-Ulrich Sckerl)

zum Teil einen geringeren Besatz haben als im Dezember 2013, vor Inkrafttreten der Reform. Damit kann man offen umgehen. Das ist jedoch kein Webfehler der Reform. Das ist eine Entwicklungsphase, die einige Monate andauert. Ganz sicher wird es aber so sein, dass bis zum September dieses Jahres die gegebene politische Zusage im Großen und Ganzen eingelöst werden kann. Da sind wir sehr, sehr zuversichtlich.

Darin liegt auch die Überlegenheit unserer Konzeption gegenüber Ihren Vorschlägen, Herr Blenke; denn ein wesentliches Element war und bleibt für die Zukunft die Möglichkeit, so zu reformieren, dass wir die polizeiliche Basis, dass wir den Vollzugsdienst stärken können. Da sind wir auf einer guten Spur. Daran müssen wir unbedingt festhalten.

Herr Kollege Blenke, ich bin für eine ehrliche Diskussion. Die Zahl der Wohnungseinbrüche und die Aufklärungsquote – das wissen Sie selbst – haben mit der Polizeireform nichts zu tun. Es ist bei den Einbrüchen nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit zum siebten Mal hintereinander ein Anstieg zu verzeichnen. Das ist kein gutes Signal. Da sind wir uns beide einig. Wir müssen unbedingt dazu kommen, durch Prävention, durch polizeilichen Fahndungsdruck die Zahl der Wohnungseinbrüche zu senken.

(Unruhe bei der CDU)

Aber ich finde, die Polizei in Baden-Württemberg ist auf einem guten Weg. Sie hat das schon vor Jahren, als noch nicht über eine Polizeireform diskutiert worden ist, zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Ich glaube, dass wir insbesondere durch die Neuaufstellung der Autobahnpolizeien den Fahndungsdruck auf die meist überregional und international tätigen Einbrecherbanden erhöhen werden. Dann schauen wir einmal, was dabei herauskommt. Das Problem ist erkannt, aber es hat mit der Polizeireform nichts zu tun. Oder wollen Sie etwa sagen, dass die gestiegene Zahl der Wohnungseinbrüche in Bayern, in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet ebenfalls Ergebnis der Polizeireform in Baden-Württemberg ist? Das ist also völlig absurd.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Bei der Aufklärungsquote liegen wir hier auf Platz 16! Das ist ja peinlich!)

Bei allen anderen Fragen, die offen sind und die von der Polizei auch genannt werden, wie z. B. zum Thema Trennungsgeld, erwarten wir selbstverständlich, dass das Landesamt für Besoldung und Versorgung die bisherigen Bescheide korrigiert. Da gibt es eine klare Zusage des Ministers, das zu regeln. Da können Sie sicher sein, da können die Polizisten sicher sein, dass das geregelt wird.

Das gilt auch für eine ganze Bandbreite weiterer Punkte, die wir ernst nehmen, die die Polizisten zu Recht vorbringen und die jetzt nach und nach tatsächlich ins Reine gebracht werden müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Sckerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pröfrock?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gern.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Kollege Sckerl, wenn es eine Festnahme gibt, dann ist das ein Erfolg der Polizeireform.

(Unruhe)

Wenn die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen die schlechteste im Bundesländervergleich ist, dann ist das kein Ergebnis der Polizeireform. Sehen Sie da keinen Widerspruch?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das hat Herr Blenke gesagt! – Zurufe von den Grünen)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, da sehe ich keinen Widerspruch, Herr Kollege Pröfrock. Ich erkläre es Ihnen noch einmal:

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Also!)

Wohnungseinbrüche, sinkende Aufklärungsrate, Anstieg der Zahl der Delikte – Polizeiliche Kriminalstatistik 2013 –: Ihr zentraler Vorwurf ist, das gehe darauf zurück, dass Hunderte – auf der Homepage des Kollegen Blenke werden aus den Hunderten Tausende; das kann man nachlesen –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich habe es nicht zählen können, weil es mir niemand sagt!)

von Polizisten durch die Polizeireform gebunden seien.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Soweit ich die Polizeiorganisation kenne, Herr Kollege Pröfrock, ist der Erstzugriff bei Wohnungseinbrüchen immer von den Revieren, von den Posten, von den früheren Direktionen, also von der Schutzpolizei aus erfolgt. Dieser Zusammenhang kann also nicht bestehen.

Was den Doppelmord in Albstadt betrifft – der Kollege Blenke kritisiert es jetzt quasi als unanständig, dass der Minister dies nennt –, kann man doch völlig unaufgeregt die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass durch die Polizeireform jetzt spezialisierte Einheiten – hier die Aufklärungseinheit – unbürokratischer, schneller, flexibler gebildet werden können, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das werden Ihnen die Kollegen der Kriminalpolizeidirektion Rottweil ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: ... – ich komme zum Ende – gern bestätigen. Man muss nichts übertreiben. Aber man kann nach 100 Tagen erkennen – da gibt es noch nicht allzu viele Dinge –, dass die Polizeireform auf der richtigen Spur ist und es jetzt darauf ankommt, das Ganze mit Beharrlichkeit und Gründlichkeit zum Erfolgsmodell zu machen.

Hören Sie bitte endlich mit der Miesmacherei an allen Punkten auf. Mit dieser Miesmacherei tun Sie der Polizei und der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg keinen Gefallen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es um die Polizei geht, sollte man sich vielleicht zunächst einmal die Frage stellen: Wem nutzt eine solche Debatte, und wem schadet sie?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wem nutzt eine solche Reform, und wem schadet sie?)

Da muss ich sagen: Bei dieser Debatte habe ich schon einen Hinweis darauf vermisst, was der Polizei nutzt.

Bei dem, was Sie, sehr geehrter Herr Blenke, gesagt haben, hatte ich dagegen ein kleines Déjà-vu. Ich habe die neue Zeitschrift der Deutschen Polizeigewerkschaft bekommen. Darin ist „100 Tage Polizeireform“ Thema einer Gewerkschaft, die mitten im Wahlkampf steht, die nämlich im Moment um mehr Mandate bei den Personalratswahlen streitet. Deswegen steckt sie viel Energie in ein Thema, das nicht in erster Linie der Polizei nutzt. Vielmehr werden hier Dinge zusammengetragen, die Sie bei Ihrer Wortwahl leider alle wiederholt haben – nahezu 1 : 1.

(Abg. Walter Heiler SPD: Plagiat!)

Es tut mir leid: Hier geht es um Klientelpolitik. Sie sprechen Aussagen nach, die im Grunde Wahlkampf für eine einzelne Gewerkschaft sind. Das sollte man nicht machen, wenn es um die Polizei geht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Nehmen Sie nicht mehr ernst, was die Gewerkschaft sagt? – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Der Kollege Nemeth hat heute Morgen ein interessantes Zitat von Oberbürgermeister Rommel gebracht: „Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl.“ Das gilt erst recht für die Polizei, und das gilt erst recht für die Frage, mit der wir uns hier befassen sollten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Erzählen Sie das einmal auf dem nächsten Gewerkschaftstag!)

Vor lauter Besoffenheit an den Argumenten, die Sie 1 : 1 hier vorgetragen haben, haben Sie völlig vergessen, warum wir die Polizeireform überhaupt machen mussten. Das haben Sie in Ihrem Rausch völlig ausgeblendet. Wir haben die Polizeireform machen müssen, weil Sie die Zahl der Polizisten abgebaut haben – 1 000 Personen. Sie haben Posten geschlossen, Sie haben die demografische Herausforderung nicht angenommen. Sie haben im Grunde nur die Strukturen aufrechterhalten.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Die Polizei war das Sparschwein; Sie haben die Zahl der Polizisten um 1 000 abgebaut.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Durch die CDU! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

– Vergangenheit. – Die Struktur war das Potemkinsche Dorf. Sie haben auf die Strukturen gebaut, die mit den Landkreisen

übereinstimmen. Das war die Struktur, auf die Sie gebaut haben. In Wirklichkeit aber haben Sie gespart. Aber das ging auf Kosten der Qualität und hat die anderen Probleme nicht gelöst. Deswegen war diese Reform zwingend erforderlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich will noch ein anderes Thema ansprechen, denn auch da haben Sie sich mit Ihren Aussagen in einen Widerspruch gesetzt. Es ist schon ein bisschen befremdlich, wenn 100 Tage nach Inkrafttreten der größten Reform, die die Polizei im Land Baden-Württemberg über sich hat ergehen lassen – auch über sich hat ergehen lassen müssen, weil es dafür höchste Zeit war –, der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion zwei Einzelfälle anführt, die nach seiner Auffassung schlecht gelaufen seien.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das waren zwei Beispiele! – Abg. Volker Schebesta CDU: Stellen Sie den Antrag auf Verlängerung der Redezeit! Dann bringen wir mehr! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich hatte leider nur zehn Minuten!)

Um Gottes willen! Zwei Einzelfälle, das ist doch der Beweis, dass das Ganze richtig gelaufen ist. Ich kann mich erinnern: Als wir an dieser Stelle über den Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“ diskutiert haben, wurde vonseiten der CDU immer angeführt: „Denkt doch jedes Mal einmal daran, was die Mitarbeiter denken, wenn wir eine Debatte über die EnBW führen. Jede Debatte über die EnBW ist ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeiter der EnBW.“ Und was machen Sie bei der Polizei?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Polizeibeamten hat Herr Blenke gelobt!)

Jeden Monat muss man sich in Debatten anhören, was wieder schiefgelaufen sei. Sie transportieren ein Bild von der Polizei ins Land, das auf Kosten der Polizei geht. Das geht nicht. Das tut mir leid.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie profilieren sich auf Kosten der Polizei. Sie profilieren sich, indem Sie die Sicherheitslage des Landes Baden-Württemberg schlechtreden,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

und Sie profilieren sich leider, indem Sie Anfangsschwierigkeiten überbetonen. Dabei wurde von Anfang an eingeräumt, dass es diese geben wird. Wie soll das bei der größten Reform und der größten Veränderung aller Zeiten bei der Polizei auch anders sein? Dass Sie sich daran delectieren, ist zu wenig.

Was haben wir gemacht? Herr Kollege Blenke hat einiges zusammengetragen, hat aber die Schwerpunkte aus meiner Sicht falsch gesetzt.

Es stimmt: Auch früher wurden Sonderkommissionen gebildet – aber aus unterschiedlichen Direktionen. Da mussten Leute aus unterschiedlichen Direktionen zusammengewürfelt werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja und? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Nikolaos Sakellariou)

Jetzt handelt es sich um ein Team, das die ganze Zeit zusammen ist, das gemeinsam lernt, sich gemeinsam fortbildet und gegenseitig von den Erfahrungen profitiert. Deswegen ist es sehr wohl richtig, die schnelle Aufklärung des Doppelmords in Albstadt auch auf diese Strukturveränderungen zurückzuführen.

Was den Kriminaldauerdienst angeht: Sie haben völlig ausgeblendet, wie es früher war. Früher ist eben zufällig derjenige, der gerade Bereitschaftsdienst hatte, an die betreffende Stelle gekommen, egal, ob er von dem Fall und von der Situation etwas verstanden hat oder nicht. Das ist geändert worden.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Durch die zentralisierte Spurensicherung ist eine verbesserte Auswertung von Spuren vor Ort gewährleistet. Ähnliches gilt für die Verkehrspolizei, die schwierige Verkehrsunfälle bearbeitet. Das haben Sie, Herr Kollege Blenke, im Grunde lächerlich gemacht. Wenn die Schutzpolizei zwei Stunden auf die Verkehrspolizei wartet, dann handelt es sich in dem betreffenden Fall um einen so schweren Unfall, von dem so viele Folgefragen abhängen, dass es vernünftig ist, dass sich damit nicht jemand befasst, der wenig bis gar keine Ahnung von der Situation vor Ort hat, sondern ein Spezialist, der genau klärt: Wie ist der Todesfall zustande gekommen, worin lag die Ursache? Das ist bei der heutigen Technik letztlich nur durch Spezialisten möglich.

Deswegen ist das nichts, worüber man sich lächerlich machen sollte, sondern das ist geradezu ein Ausweis dafür, dass diese Reform richtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zu den Stellen möchte ich Ihnen auch noch etwas sagen, weil das Ganze auch bezweifelt wurde. Wir haben in jedem Revier zwei zusätzliche Planstellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Auf dem Papier!)

Diese Zahl steht. Sie wissen selbst, dass sich Planstellen und Erfüllungsquoten voneinander unterscheiden. In 25 der 146 Reviere sind durch Pensionierungen zwar aktuell weniger Menschen vor Ort als vor der Polizeireform. Aber in 120 Revieren sind bei gleichzeitiger zusätzlicher Schaffung von zwei Planstellen im Vergleich zu der Zeit vor der Polizeistrukturreform bis zu 18 Personen zusätzlich pro Revier. Das ist doch ein Wort. Denn dort, wo die Reviere sind, gibt es den Kontakt mit den Bürgern.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist doch das Soll!)

– Nein, nein. Ich rede nicht vom Soll, sondern vom Erfüllungsstand. Es gibt bis zu 18 Personen mehr in 120 Revieren. Dort, wo die Leute fehlen – –

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Wie soll denn das funktionieren?)

– Das ist so. In Mannheim z. B. ist ganz viel dazugekommen. Dort, wo es tatsächlich derzeit noch weniger sind als vorher, hängt das mit dem Ziel einer sozial verträglichen Umsetzung zusammen. Denn man hat in dem einen oder anderen Fall darauf verzichtet, eine Position zu besetzen, um dem Beamten,

der auf diese Position gehört, aufgrund seines Lebensalters zu ermöglichen, noch auf seiner alten Dienststelle zu verbleiben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Von welchem Stichtag gehen Sie aus?)

– Ich rede ziemlich konkret von heute, Stichtag heute.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das heißt, da sind die Einstellungen aus dem Einstellungskorridor dabei!)

– Auch.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Jetzt komme ich zu weiteren Zahlen. Denn ich möchte mit einer Mär aufräumen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Polizeistrukturreform mit dem Interessenbekundungsverfahren wird immer angeführt, wie stark die Entfernung der Wohnorte der Polizisten von ihrer Arbeitsstelle gestiegen sei. Beim Polizeipräsidium Karlsruhe – in dessen Zuständigkeitsbereich leben der Kollege Blenke und der Kollege Rülke – hat sich durch die Polizeistrukturreform für die Polizeibeamten Folgendes geändert: 2 600 Beschäftigte bleiben dort, wo sie schon vorher waren. 2 600! 92 Beschäftigte – das ist ein ganz kleiner Bruchteil – brauchen nun weniger Zeit für die Fahrt zu ihrem Dienort als vorher, und 143 Beschäftigte brauchen nun länger für die Fahrt zu ihrem neuen Dienort. Bei 2 600 Beschäftigten bleibt alles beim Alten.

Das bedeutet, dass jeder Beschäftigte bei diesem neuen Polizeipräsidium im Schnitt gerade einmal 190 m mehr zur Arbeit fährt

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

und die allermeisten vor Ort bleiben können bzw. die Zeit, die sie unterwegs sind, sehr viel kürzer ist als vorher. Also: Hören Sie endlich damit auf, die Mär zu verbreiten, was für eine Belastung das sei. Das Interessenbekundungsverfahren hat gewirkt,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Thomas Blenke: Bei zehn Arbeitstagen macht das gerade einmal 19 m aus!)

und es ist sozial verträglich umgesetzt worden.

Jetzt kommen wir zu den Polizeipräsidentenstellen. Denn auch hierzu möchte ich Ihnen sagen: Hören Sie doch endlich auf,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

zu verbreiten, dass da irgendetwas gemauschelt worden sei. Im Land Baden-Württemberg ist noch nie eine Präsidentenstelle ausgeschrieben worden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei der CDU noch nie!)

Die sind selbstverständlich ernannt worden. Aber jetzt befinden wir uns tatsächlich in der Situation – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es gab gar keine Präsidenten! Es waren immer Polizeidirektoren! – Gegenruf von der SPD)

– Doch, es gab Präsidenten. Selbstverständlich gab es Präsidenten. In Stuttgart gab es einen Präsidenten. In Mannheim

(Nikolaos Sakellariou)

gab es eine Präsidentin. In Karlsruhe gab es einen Präsidenten. Es gab Präsidenten. Es tut mir leid, aber es ist noch nie eine Präsidentenstelle ausgeschrieben worden.

Insofern ist es mit der Klage bei der Besetzung der Präsidentenstellen zu einer Stilveränderung gekommen; das muss man einräumen. Es ist tatsächlich so, dass dieses Verfahren, das vorher nie infrage gestellt wurde, nun angegriffen wurde.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Schulamtsreform! Vergleichbar! Das haben wir ausgeschrieben!)

Deswegen befinden wir uns in dem Dilemma, aus dem wir uns letztlich befreien müssen; das ist angesprochen worden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Sakellariou, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich komme zum Schluss, indem ich aus einem Zeitungskommentar von Roland Müller in der „Südwest Presse“ vom 30. Januar zitiere. In diesem Kommentar geht es um die gerichtliche Aufhebung der Präsidiumsbesetzungen, und Roland Müller kommt zu dem Schluss: „Die Opposition frohlockt.“ Jetzt zitiere ich:

Damit könnte man das Thema beenden – und läge falsch. ... Wer nichts tut, kann sich auch nicht blamieren. In der Politik ist Nichtstun aber meist das größere Übel.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gall hat sich blamiert!)

Sie lebt vom Gestaltungswillen, vom Mut, auch unangenehme Dinge anzupacken. ... Gall hingegen hat sich in die Mammutaufgabe Polizeireform gestürzt,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und sich blamiert!)

die ihm viel Ärger und wenig Beifall eingebracht hat. Seine Reform ... ist ... richtig. ... Gall und seine Mannen müssen nun ihre Fehler ausbügeln.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Sakellariou!

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:

Auch das gehört dazu – wenn man sich in Gefahr begibt. Politiker, die immer auf der sicheren Seite stehen, gibt es genug.

Und die sitzen hier drüben.

(Der Redner zeigt in Richtung CDU und FDP/DVP.)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich eine völlig normale Sa-

che, dass wir eine Zwischenbilanz ziehen, was diese Reform anbelangt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir haben natürlich Verständnis dafür, dass der Kollege Sckerl der Meinung ist, dass das der falsche Zeitpunkt ist. Für Sie wäre der richtige Zeitpunkt wahrscheinlich der April 2016,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Norbert Beck CDU: Genau! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das könnte schlecht werden!)

um hier das erste Mal darüber zu reden. Man darf aber auch schon vorher einmal darüber reden, was da passiert. Erstaunlich genug ist es schließlich. Ich beschränke mich auf drei Punkte, die besonders ins Auge stechen.

Der erste Punkt ist noch einmal die zähe und bohrende Frage nach dem Erfolg der Reform, die schlicht und ergreifend sein muss: Was will man eigentlich erreichen? Sie alle waren dabei, als wir im zuständigen Ausschuss – gefühlt stundenlang – darüber diskutiert haben, welche Personalverbesserungen eingetreten sind oder nicht. Es mag sicherlich dieses und jenes gute Argument geben. Aber es ist doch schon bezeichnend, dass Leute, die sich einigermaßen auskennen, in einem Ausschuss endlos diskutieren, ob es wirklich zu Personalverbesserungen gekommen ist oder nicht. Soll das Ergebnis einer Reform, im Zuge derer Sie die gesamte baden-württembergische Polizei auf den Kopf stellen und überall Verunsicherung auslösen, wirklich lediglich darin bestehen, dass wir stundenlang im Ausschuss darüber diskutieren müssen, ob nun etwas besser geworden ist oder nicht? Das ist für mich unfassbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann muss man sich doch vor Augen führen, wofür wir das Ganze eigentlich veranstalten. Was soll eigentlich besser werden? Was soll z. B. besser werden, wenn, wie es geschieht, die Führung vom operativen Geschäft wegzieht? Selbst wenn es nur ein relativ geringer Prozentsatz von Beschäftigten ist, wird es dazu kommen, lieber Herr Sakellariou. So etwas ist doch verhängnisvoll und widerspricht jeglicher wissenschaftlichen Erkenntnis. Es widerspricht auch dem gesunden Menschenverstand, dass Sie die Führung und zum Teil auch die Spezialeinheiten weiter vom operativen Geschäft entfernen. Auf diese Weise kann die Situation im Ergebnis dieser Reform doch nicht besser werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Mittlerweile werden die Beispiele, an die man sich wie an Monstranzen klammert, bis zum Gehntichtmehr strapaziert: Ich erwähne den Kriminaldauerdienst und die verbesserte Unfallaufnahme. Meine Damen und Herren, für beide Beispiele gilt, dass man diese auch in der bisherigen Struktur hätte verbessern können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber mit mehr Personal, Herr Kollege!)

(Dr. Ulrich Goll)

Sie sehen, wir hätten sofort den Arm dafür gehoben. Und da sind wir bei dem Punkt: In der bisherigen wie in der neuen Struktur haben beide Vorschläge ihre Vorteile, aber auch ihre Tücken, die Sie objektiv lösen müssen.

Der verbesserte VerkehrsunfallaufnahmeDienst – das wäre früher so gewesen, und das ist heute genauso – braucht eben länger, bis er vor Ort ist. Daher glaube ich nicht, dass es Einzelfälle bleiben werden. Wir sind natürlich nicht so gut auf dem Laufenden wie Sie, aber wir werden sicherlich die Frage stellen, wie die Fälle gelaufen sind. Wie lange braucht der verbesserte VerkehrsunfallaufnahmeDienst? Denn was nutzt eine verbesserte Verkehrsunfallaufnahme, wenn die zuständigen Beamten gar nicht kommen?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Was bringt sie, wenn alle gehen, weil es inzwischen Nacht wird, und keiner kommt, um den Unfall aufzunehmen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Das ist übrigens ein Punkt, den wir bei der Auswertung im Auge behalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf Ihre Jubelpressemitteilung. Nach der fürchterlichen Tat in Albstadt haben Sie eine Pressemitteilung herausgegeben. Mir stockte, ehrlich gesagt, ein bisschen der Atem, als ich darin gelesen habe, die schnelle Aufklärung sei eine positive Folge der Reform. Erstens stellt sich vorweg die große Frage, ob es wirklich so ist. Denn wenn Sie sich auf der Website der zuständigen Lokalzeitung umtun, finden Sie dort einen Beitrag, aus dem hervorgeht, dass der Zugriff durch vier Beamte erfolgte. Von diesen kamen zwei gerade von einer Unfallaufnahme, die sie machen sollten, und zwei sollten einen Schwertransport bewachen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Diese vier haben dann im belebten Bahnhof den Zugriff durchgeführt und den ohne Zweifel gefährlichen und möglicherweise bewaffneten Täter überwältigt. Gott sei Dank haben sie trotzdem den Zugriff durchgeführt und nicht auf die für so etwas besser ausgebildeten Beamten gewartet,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die vielleicht aufgrund der Reform gekommen wären. Sie selbst haben es gemacht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn es so gewesen sein sollte – zu diesem Thema gibt es eine Initiative des Kollegen Rülke –, dann ist es schon ziemlich tollkühn, daraus einen Erfolg der Reform zu konstruieren. Diesen Teil lasse ich jetzt aber einfach weg und beziehe mich nur darauf, dass Sie eine Pressemitteilung über einen Erfolg herausgegeben haben, der nun ein Erfolg der Reform sein soll. Lieber Herr Gall, wenn Sie so vorgehen, beschreiten Sie einen gefährlichen Weg. Dann dürfen Sie nämlich auch all denen nicht mehr einen Vorwurf machen, die die Nachteile oder

die negativen Ereignisse, die wir im Moment sehen oder von denen wir lesen, ebenfalls mit dieser Reform in Verbindung bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Zuruf von der CDU: Genau!)

Und da gibt es einiges.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie streuen gezielt Falschbehauptungen!)

– Natürlich sind es die Wohnungseinbrüche. Lieber Herr Sckerl, früher hatten wir Gelegenheit, mit eigenen statistischen Werten zu glänzen, und brauchten nicht auf die schlechten Werte anderer zu verweisen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Das ist vorbei!)

So weit sind wir mittlerweile.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Eines ist doch klar: In der neuen Struktur wird es sicher nicht leichter, Wohnungseinbrüche aufzuklären.

Aber es gibt auch noch andere Themen. Ich brauche nur in die Zeitungen von heute zu schauen. Dort lese ich von Erkenntnissen darüber, dass Mafiosi, denen in Italien der Boden zu heiß ist, jetzt verstärkt in Baden-Württemberg auftauchen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und schuld ist unsere Polizeireform, oder was? Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Als ich das gelesen habe, habe ich gedacht: Wahrscheinlich ist bei der Mafia, bei der 'Ndrangheta oder bei der Camorra „Polizeireform“ schon ein feststehender Begriff.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Niveau ist nicht einmal Stammtisch, Herr Kollege! Das ist wirklich erbärmlich!)

Die wissen zwar auch nicht so genau, was sich dahinter verbirgt, und vor allem nicht, warum man das macht. Denn ihnen kann das hier auch niemand erklären.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Aber sie haben begriffen, dass man sich, solange es „Polizeireform“ heißt, hier relativ gefahrlos aufhalten kann.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Helen Heberer SPD: Das Thema ist zu ernst für Klamauk!)

Dabei halte ich mich nur auf dem Weg, lieber Herr Gall, den Sie gefährlicher Weise beschritten haben. Das wollen wir festhalten.

Die dritte und letzte Bemerkung: Die Polizei im Land ist nun im dritten Monat an der Spitze steuerlos. Da sitzen Beamte in schwieriger persönlicher Lage, sie schauen ihren Schreibtisch

(Dr. Ulrich Goll)

an oder zum Fenster hinaus, dürfen nichts machen. Diejenigen, die es eigentlich machen sollten, dürfen nichts machen. Die Polizei ist führungslos,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gewesen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie kennen Polizei auch nur aus dem Fernsehen, oder?)

und zwar als Folge katastrophaler handwerklicher Fehler; ich halte es nur fest. Dabei geht es nicht um die fehlenden Ausschreibungen – darüber kann man diskutieren; ich finde es gut, wenn jetzt ausgeschrieben wird –, aber die fehlenden Beurteilungen waren es. Das wissen Sie doch auch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe: So ist es! – Sehr richtig!)

Diese katastrophalen Fehler müssen in die Bilanz dieser Regierung eingehen. Sie dürfen, nachdem das an sich landesweit in der Geschichte wirklich einmalig ist – eine führungslose Polizei über drei Monate –, nicht dem Vergessen anheimfallen. Dafür werden wir sorgen.

Ich möchte aber zu diesem Punkt noch ein Detail – eigentlich mehr als ein Detail – ansprechen. Es zeichnet sich ab, dass wahrscheinlich auch in der zweiten Besetzungsrunde wieder keine Frau zum Zuge kommt.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es gab welche! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

An den Ausschreibungen fällt etwas auf: Es werden nämlich ganz bestimmte Anforderungen sehr präzise aufgezählt, die die Bewerberinnen oder Bewerber erfüllen müssen. Es gibt auch nicht die übliche Auffangklausel „Vergleichbare Leistungen“. Man hat den dringenden Eindruck, dass diese Formulierungen nicht nur den Zweck haben, bestimmte Leute in Ämter zu bringen, sondern auch den, zu verhindern, dass andere in Ämter kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es gibt übrigens einen, der dies mit besonderem Recht vermutet. Aber der Nebeneffekt ist, dass Frauen wahrscheinlich wieder keine Chance haben. Dabei mutet es dann wirklich ironisch an, dass die üblichen Floskeln wie „Frauenförderung“ und „Aufforderung zu Bewerbungen“ genannt werden, wenn sie am Ende überhaupt keine Chance haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sagt der Richtige! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir hatten zwei Frauen!)

– „Das sagt der Richtige!“ Lieber Herr Sckerl, darauf habe ich gewartet. Ich gehöre einer Fraktion an, die als Folge des Wählerwillens aus Männern besteht.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich kann Ihnen eines versichern: Wenn wir zwei Frauen hätten, würden wir sie nicht weggeschicken.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das ist das, was Sie machen: Sie hatten sie nämlich, und Sie haben sie weggeschickt, lieber Herr Gall.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ein Hilferuf der FDP! – Zuruf: Das war ein Eigentümer!)

Die Polizeiführung wird systematisch frauenfrei gemacht. Gestern haben wir über die Gülen-Bewegung diskutiert und festgestellt, dass Frauenfreiheit ein Kriterium ist. Aber auch die baden-württembergische Polizeiführung ist frauenfrei

(Abg. Helen Heberer SPD: Wider besseres Wissen! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und wird das, wie es aussieht, auch bleiben. Auch dieser Punkt – außer den Fehlern, die ich vorhin genannt habe – muss hier entsprechend hervorgehoben werden, auch wenn Ihnen dies begrifflicherweise nicht gefällt.

Wir halten nüchtern fest, dass in Berlin Ihre Partei federführend die Unternehmen bedrängt, ihre Aufsichtsräte paritätisch mit Frauen zu besetzen.

(Zuruf von der CDU: Echt?)

Es ist Ihre Partei, die in Berlin aus ideologischem Bemühen die Realität fast ein bisschen überholt. Gleichzeitig kommt hier in Baden-Württemberg der SPD-Innenminister mit Lendenschurz und Keule in der Hand aus einer Höhle aus der frauenpolitischen Steinzeit, Herr Gall.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Goll, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Wenn ich nur diese drei Punkte und anderes, was Kollege Sckerl gesagt hat, zusammennehme,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

komme ich zu dem nüchternen Schluss: Von einer solchen Reform, meine Damen und Herren, hätte man wahrlich besser die Finger gelassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Es ist überhaupt keine Frage, dass es nicht nur rechtens, sondern selbstverständlich auch in meinem, in unserem Sinn ist, dass wir immer wieder einmal Zwischenbilanz ziehen,

(Zuruf von der CDU: Aber halt nicht jetzt!)

was die Umsetzung der Polizeistrukturereform anlangt. Aber sinnvollerweise macht man dies in Abständen, bei denen man

(Minister Reinhold Gall)

sich dann auch ziemlich sicher sein kann, dass man tatsächlich schon auf einer soliden Basis eine Bilanz ziehen kann.

(Zurufe)

Ich hatte Ihnen im Rahmen der erfolgten Diskussion auch im Ausschuss zugesagt, dass wir diese Reform nicht nur selbst evaluieren werden – das ist überhaupt keine Frage –, sondern dass wir, gerade was die Aufbauorganisation betrifft, auch von außerhalb, von extern evaluieren lassen werden. Wir werden dann am Schluss dieser Evaluation einmal sehen, wer recht hat.

Allerdings hätte ich schon erwartet, dass Sie in einer Aktuellen Debatte nicht nur die Dokusoap, die Sie seit Monaten abziehen, fortsetzen. Die besteht aus Verunglimpfung, aus Falschinformation sowie aus dem Aufbauschen von Nichtigkeiten und von Kleinigkeiten, von einzelnen Problemen, die es gibt.

(Zuruf von der CDU: Sehr dünnhäutig! – Abg. Alexander Throm CDU: Sachlich bleiben!)

Herr Dr. Goll, das, was Sie jetzt am Schluss gemacht haben – das war offensichtlich auch Klamauk –, enttäuscht mich in der Tat.

(Zuruf: Das glaube ich!)

Zum Thema „Frauenförderung in der Polizei“ werde ich mich jetzt nicht auslassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das würde ich an Ihrer Stelle auch nicht machen! – Abg. Peter Hauk CDU: Das geht auch nicht! Sie haben doch bewusst Frauen ausgegrenzt! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat der Herr Innenminister.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zwischenrufe sind erlaubt!)

Innenminister Reinhold Gall: Ich rate Ihnen: Stellen Sie zu diesem Thema einfach einmal einen vernünftigen Antrag. Dann können wir dies auch im Ausschuss entsprechend erörtern, und dann können wir Ihnen unter Beweis stellen, wie die Polizei insgesamt frauenfreundlicher wird, wie sie sich mit mehr Frauen aufstellt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir reden von oben! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir schaffen die Basis dafür, dass auch in der Zukunft – jedenfalls häufiger als in der Vergangenheit – Frauen in Spitzenpositionen der Polizei gelangen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Den Beweis bleibt er schuldig!)

Meine Damen und Herren, gerade weil Sie immer versucht haben – das ist jedenfalls mein Eindruck, und das sehen im Land zwischenzeitlich viele auch so –, mit Ihren Unterstellungen, mit Ihren Verunglimpfungen

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sind einfach Tatsachen!)

von dem originären, dem ursächlichen Problem abzulenken, das uns veranlasst hat, uns für diese Polizeireform ins Zeug zu legen, will ich es einfach noch einmal in Erinnerung rufen, so weh es Ihnen dann auch tun mag.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt kommt die Erblast, kommen die Altlasten!)

Ich habe mir bei meinem Amtsantritt bzw. unmittelbar nach meinem Amtsantritt von allen Abteilungen meines Hauses Grundsatzvermerke anfertigen lassen. Ich wollte wissen, wie es in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen mit den Finanzen aussieht, welche Situation wir im Personalbereich haben, wie die Aufgaben noch zu erledigen sind und wie wir strukturell aufgestellt sind. Das habe ich in allen Bereichen gemacht.

Die Zuarbeit, die ich aus den Reihen der Abteilung 3 – Landespolizeipräsidium – vom Landespolizeipräsidenten, der im Übrigen von Ihnen ins Amt gesetzt worden ist, erhalten habe, hat noch einmal deutlich vor Augen geführt – Kollege Sakelariou hat die Zahl genannt –: Während Ihrer Regierungsverantwortung wurden 1 000 Stellen bei der Polizei abgebaut – das heißt, die Polizei wurde personell geschwächt –, es gibt eine kritische Altersstruktur – 50 % der Beschäftigten verlassen in den nächsten zehn Jahren die Polizei –, es gibt einen großen Investitionsstau im Bereich der Technik, insbesondere auch im Bereich des Digitalfunks – allein in diesem Bereich eine Unterfinanzierung in der Größenordnung von 170 Millionen € –,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

und es bestanden natürlich auch – das wissen Sie; darüber will ich nicht groß reden, aber es ist nun einmal so – unterschiedliche Leistungsfähigkeiten in den einzelnen Strukturbereichen, in der Aufbauorganisation der Polizei des Landes. Sie haben in den letzten Monaten auch immer verschwiegen, dass Sie beispielsweise im Vergleich zu 2004 die Betriebsbudgets bei der Polizei massiv gekürzt haben, und zwar um sage und schreibe nahezu 30 % innerhalb von sieben, acht Jahren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der SPD)

Das ist das Fazit Ihrer Regierungsverantwortung für die Polizei in Baden-Württemberg gewesen. Das heißt: strukturell unterfinanziert, personell ausgedünnt. Das war einer der Gründe, warum wir die Polizeistrukturereform angegangen sind.

Stichwort „Polizei im ländlichen Raum“: Auch dort lautet Ihre Bilanz: 230 Polizeiposten weniger als in der Vergangenheit.

(Zuruf von der CDU: Es ist unglaublich! – Weitere Zurufe)

So sah Ihre Sicherheitspolitik in Baden-Württemberg aus.

Die neue Regierung und ich in meiner Verantwortung haben durch einen sofortigen Nachtragshaushalt reagiert, um überhaupt die erforderlichen Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen, damit die Polizei im Jahr 2011 noch arbeitsfähig bleiben konnte. Wir haben die Budgets angehoben. Wir haben den Digitalfunk nachfinanziert, und wir haben ein Technikprogramm

(Minister Reinhold Gall)

ins Werk gesetzt. Übrigens haben wir auch die Chance ergriffen – ob Sie es getan hätten, wage ich zu bezweifeln –, den doppelten Abiturjahrgang zu nutzen, um qualifizierten Nachwuchs für die Polizei zu erhalten, indem wir die Einstellungszahlen um 50 % erhöht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das begrüßen wir auch! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was machen die Grünen?)

Meine Damen und Herren, das Wichtigste, was ich getan habe bzw. was wir, die Landesregierung, getan haben, ist: Wir haben Vertrauen in die Stärke der Polizei, in das Wissen der Polizei und in den Erfahrungsschatz der Polizei gesteckt. Deshalb haben wir das Angebot der Polizei – wenn Sie so wollen, auch den Hilferuf nach Veränderung – aufgegriffen und der Polizei die Chance gegeben, diese Reform zu entwickeln. Deshalb sage ich an dieser Stelle noch einmal: Das war keine Reform von oben, sondern eine Reform von unten, gefordert von denen, die etwas von diesem Themenbereich verstehen, mit der politischen Rückendeckung meinerseits. Deshalb stehe ich selbstverständlich nach wie vor zu den Reformentwicklungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ja, es ist so: Es war eine Strukturreform, die von der Größe und vom Umfang her wirklich einzigartig gewesen ist, und wir sind noch nicht am Ende. Wir haben die Polizei auf eine völlig neue Basis gestellt, und ich möchte einmal den Vergleich zur Verwaltungsstrukturreform 2005 wagen, die Sie auf den Weg gebracht haben. Dort doktern wir an der einen oder anderen Stelle immer noch an den Auswirkungen herum.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Wir hatten die Probleme im Bereich der Lebensmittelkontrolle und mussten aus dem Budget des Landwirtschaftsministers dort nachbuttern. Wir hatten Riesenprobleme, die zu lösen wir jetzt in der Lage sind, was beispielsweise die Vereinbarung zum Erhalt und zum Unterhalt der Straßen betrifft. Wir hatten Probleme im Gewerbebereich, im Vermessungsbereich und in anderen Bereichen, in denen wir heute noch nachsteuern, um Ihre grundangelegten Fehler zu beseitigen.

Obwohl es eine solch große Reform gewesen ist – ja, Sie hatten recht, wir haben strittig diskutiert, und es gab viel Diskussionsbedarf vor Ort –,

(Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

gibt es, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, heute kaum Klagen von Bürgern über diese Polizeireform – weil sie eben nicht, wie von Ihnen immer prophezeit wurde, etwa Nachteile haben oder hatten, sondern weil sie Vorteile haben. Wo bleiben denn die ganzen Meinungen und Klagen, die seitens der kommunalen Landesverbände geäußert und vorausgesagt worden sind? Gar keine gibt es da. Das zeigt doch: Dort, wo Polizei wirken soll, wo Polizeiarbeit zugunsten der Bürgerinnen und Bürger ihren Nutzen entfaltet, kommt die Polizeireform heute schon positiv an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Matthias Pröfrock CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe immer betont: Es ist nicht so, dass wir am 1. Januar 2014 einen Schalter umgelegt hätten und dann alles zu 100 % funktionieren würde. Das habe ich nie behauptet, und das wäre angesichts der Themenbereiche, die es zu bewältigen galt, und der Problematik, die insgesamt mit der Umgestaltung im Rahmen dieser Reform einherging, auch fahrlässig gewesen. Deshalb habe ich immer gesagt: Die Polizei braucht auch Zeit, um in diese Reform hineinzuwachsen. Nun muss ich schon sagen – auch nach 100 Tagen –: Sie wächst dort wesentlich schneller hinein, als ich es eigentlich gedacht hatte. Jedenfalls findet sich die Polizei in ihrer neuen Rolle, in ihren neuen Aufgabenfeldern wesentlich schneller zurecht als beispielsweise Sie in Ihrer Oppositionsrolle; da bemühen Sie sich seit drei Jahren sehr intensiv.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass das eine oder andere Problem, die eine oder andere Umsetzungsschwierigkeit auch damit zu tun hat, dass wir diese Reform umsetzen, indem wir, soweit es uns irgend möglich war, versucht haben – es ist uns auch gelungen –, durch das sogenannte Interessensbekundungsverfahren die Beschäftigten mitzunehmen.

(Zuruf: Jawohl!)

Wenn bei Personalversetzungen das eine oder andere heute im Istzustand noch nicht so ist, wie es im Endzustand sein müsste und soll, hat dies auch damit zu tun, dass wir auf die Interessen der Beschäftigten Rücksicht genommen und auf eigentlich erforderliche Versetzungen verzichtet haben. Wenn ein Beamter oder eine Beamtin beispielsweise in einem halben oder einem Jahr in den Ruhestand geht, muten wir dies den Beamten, auch wenn eine Veränderungsnotwendigkeit bestehen würde, nicht mehr zu. Deshalb dauert es an der einen oder anderen Stelle tatsächlich immer noch ein wenig. Aber 80 % aller Verwendungswünsche konnten wir Rechnung tragen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, es waren 3 300 Dienortwechsel zu vollziehen – eine Mammutaufgabe –, und, wie gesagt, 2 500 davon erfolgten wunschgemäß. Das war wahrlich keine leichte Aufgabe.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Ich möchte Ihnen dies an einem anderen Beispiel verdeutlichen. Denken Sie an die Umstellung der EDV im Bereich der Polizei. Die gesamte elektronische Datenverarbeitung musste in der Tat zum Stichtag 1. Januar 2014 in den Anfangstagen ebenfalls mit in die neue Struktur umgezogen werden. Jetzt möchte ich Ihnen einfach einmal sagen: Melden Sie einmal Ihren privaten Telefonanschluss von KabelBW zur Telekom – oder umgekehrt – um. Ich bin mir sicher, Sie werden Ihre Erfahrungen damit machen. Ich mache beispielsweise gerade welche auf diesem Gebiet.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Damit kennen Sie sich aus!)

Damit möchte ich sagen: Wenn wir bei 16 Millionen umzuziehenden Datensätzen, bei 22 000 Benutzern und 260 000 Berechtigungen, die es dort nun einmal gibt, nahezu keine –

(Minister Reinhold Gall)

jedenfalls keine nennenswerten – Probleme hatten, dann spricht dies für die gute Arbeit, die die Polizei insbesondere in der Vorbereitung, auch in diesem Umsetzungssegment, geleistet hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Polizei arbeitet, wie gesagt, auf Hochtouren. Alle Polizeireviere wurden mit Beginn des Jahres 2014 mit zwei zusätzlichen Planstellen verstärkt. Dazu möchte ich, da Sie immer gern irgendwelche Berichterstattungen zu Rate ziehen, auch einmal welche zu Rate ziehen. Der „Reutlinger General-Anzeiger“ hat am 4. März 2014 – so lange ist es also noch nicht her – Folgendes berichtet:

Die elf Polizeireviere des Präsidiums Reutlingen wurden dabei mit insgesamt 34 Vollzugsstellen verstärkt, das sind zwölf Stellen mehr, als im Rahmen der Reform vorgesehen waren.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Die „Badische Zeitung“ berichtete am 14. Februar 2014 – ich weiß, worauf Sie hinauswollen; deshalb komme ich jetzt mit einem früheren Zeitpunkt, Herr Blenke, dann werden Ihre Argumente noch schwächer –:

(Zuruf von der SPD: Das geht ja kaum noch! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich wollte es nur wissen!)

Für die Breisacher Polizei hat die Reform etwas Gutes gebracht: zwei Beamte mehr.

Der Revierleiter wird zitiert mit der Aussage:

„Die Zusage der Landesregierung wurde erfüllt, wir bekommen mehr Personal“, informierte Revierleiter Bernhard Bock ...

Zudem – das vergessen Sie bei Ihren Argumenten auch immer – sorgen wir durch diese Reform auch für Arbeitsentlastung auf den Revieren – das sollte man entsprechend berücksichtigen –, beispielsweise durch den von Ihnen viel gescholtenen Verkehrsunfallaufnahmediens.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klein?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Minister Gall, trifft es zu, dass mit dem Start der Polizeireform zum 1. Januar 2014 auch eine Übertragung zusätzlicher Aufgaben auf die Polizeireviere stattgefunden hat, die personell nicht ausgeglichen wird, und dass – vor allem – die Polizeibeamten in den Revieren für diese Aufgaben nicht ausgebildet sind?

Innenminister Reinhold Gall: Herr Klein, die Frage könnte ich Ihnen beantworten, was das Thema Ausbildung betrifft, wenn Sie mir gesagt hätten, um welche Übertragung es sich handelt. Fakt ist jedenfalls: Es haben unterschiedliche Aufga-

benverlagerungen – ich denke, das ist der Kern der Frage – stattgefunden; aber so, wie manche Reviere teilweise zusätzliche Aufgaben übertragen bekommen haben, wurden andere Reviere entsprechend entlastet. Deshalb haben wir dafür gesorgt – Beispiele wurden bereits vom Kollegen Sakellariou genannt –, dass nicht nur grundsätzlich diese zwei Stellen und Personal zugeteilt worden sind – jedenfalls bei 120 der 146 Polizeireviere, heutiger Stand –, sondern insgesamt bis zu 18 Stellen und Personal mehr. Wenn Stellen bzw. Aufgaben kamen, gehe ich erst einmal vom Grundsatz her davon aus, dass die Umsetzung erfolgt ist, bin aber grundsätzlich bereit, jedem Einzelfall nachzugehen, dass dies auch entsprechend erfolgt ist.

Nun noch einige Anmerkungen zu den angeblich sehr langen Interventionszeiten des neuen Verkehrsunfallaufnahmediens. Wissen Sie was? Insbesondere die Polizeispitze ist häufig vor Ort unterwegs, um sich ein eigenes Bild zu machen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Interventionszeiten wesentlich kürzer sind, als wir ursprünglich vermutet hatten. Wir hatten nämlich angenommen, dass die Interventionszeiten für den qualifizierten Verkehrsunfallaufnahmediens 45 Minuten betragen. Wir haben beispielsweise beim Polizeipräsidium Heilbronn – flächenmäßig ist das das größte Polizeipräsidium in Baden-Württemberg – durchschnittliche Eintreffzeiten von sage und schreibe 22 Minuten.

Entscheidend ist – das sollten Sie nicht unberücksichtigt lassen –: Die Unfallbeteiligten, die Ansprüche geltend machen müssen, können sich jetzt auf die qualitativ hochwertigste Aufnahme von Verkehrsunfällen mit zumutbaren Wartezeiten verlassen. Anschließend geht es beispielsweise bei Unfallopfern usw. um Versorgungsansprüche. Da sollten drei, vier Minuten keine Rolle spielen. Aber ich denke, an diesem Beispiel der durchschnittlichen Eintreffzeit von 22 Minuten wird deutlich, dass Ihre Vorhaltungen im Grundsatz nicht stimmen. Dort, wo dies im Einzelfall noch zutrifft, muss entsprechend nachgearbeitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: In Heilbronn!)

Meine Damen und Herren, mir sei noch eine Anmerkung gestattet ob des Vorwurfs, was die Aufklärung der Morde in Albstadt anlangt. Meine Aussage hat sich darauf bezogen, dass wir mit der alten Struktur nicht in der Lage gewesen wären, in der zeitlichen Umsetzung eine Sonderkommission mit dem personellen Umfang auf die Beine zu stellen, wie es jetzt gelungen ist. Jeder, der sich ein bisschen auskennt, weiß, wie mühselig es war, bei kleinen Polizeidirektionen, die insgesamt 30 oder 40 Kriminalbeamte hatten, das Personal für solche Sonderkommissionen durch Verstärkung aus anderen Bereichen zu rekrutieren. Da war viel Vorlauf erforderlich, da war auch viel Organisationsarbeit erforderlich.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

Jedenfalls hätten wir das in dieser Zeit nicht geschafft; Sonderkommissionen in dieser Größenordnung – Herr Blenke, das habe ich nachgeprüft – hatten Vorlaufzeiten von mehreren Tagen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Minister Reinhold Gall)

Das war in Albstadt nicht der Fall.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Früher war die Polizei schon da!)

Jetzt komme ich zum Kriminaldauerdienst. Häufig wird der Nutzen dieses Kriminaldauerdienstes in Zweifel gezogen. Zu den Interventionszeiten haben wir aktuelle Zahlen ermittelt. Im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen – ich will dieses Beispiel nennen – beträgt die Eintreffzeit im Durchschnitt 33 Minuten. Es soll mir niemand sagen, dass diese Eintreffzeiten früher aus dem Stand mit dem Bereitschaftsdienst hätten ermöglicht werden können. Nie und nimmer wäre dies möglich gewesen. Das schaffen wir heute im Land Baden-Württemberg flächendeckend.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der dort zuständige Leiter der Kriminaldirektion sagt klar und deutlich:

Der Kriminaldauerdienst ... läuft sehr, sehr gut an ... Binnen drei Wochen hat der KDD 89 Einsätze geschrubbt.

Er wollte „bearbeitet“ sagen.

Durchschnittliche Eintreffzeit?

Wie vorhin schon von mir genannt:

33 Minuten ... Überstunden? Rund 100 in drei Wochen.

Er hat die neue Polizeireform dann mit „Doppelbingo“ kommentiert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, auch daran wird deutlich, dass wir hier gut unterwegs sind.

Ein letzter Punkt, den ich in Erinnerung rufen möchte: Sie haben nie eine Antwort darauf gegeben, wie Sie sich eine Polizeireform vorgestellt hätten. Sie haben Ihr Konzept einmalig auf einer Landespressekonferenz vorgestellt. Ich bin mir sicher: Niemand außer Ihnen, Herr Blenke, könnte dieses Konzept heute hier vorstellen, nicht einmal Herr Hauk; er war zwar anwesend, hat aber nur abgelesen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frechheit! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Meine Damen und Herren, die Einrichtung von Cybercrime-Stellen, die Neustrukturierung der Kriminalpolizei in unserem Land, war nur möglich, indem wir durch Veränderungen der Aufbauorganisationen Personal gewinnen konnten, das in diesem Bereich entsprechend beschäftigt wird. Landesweit stehen nun 60 Ermittler, 30 Datenauswerter und 100 Beamte für die Beweissicherung zur Verfügung; das gab es vorher so nicht.

Deshalb, meine Damen und Herren, habe ich die Bitte: Kommen Sie zu einer normalen Auseinandersetzung zurück, was Ihre Sicht auf die Polizeistrukturreform anlangt. Orientieren Sie sich an Sachargumenten. Springen Sie nicht jedem polemischen Argument vor Ort hinterher. Entsprechende Anträge habe ich schon wieder auf dem Tisch liegen. Aber ich kann

Ihnen – Stichwort „Alte Spinde der Bundeswehr“ – versprechen: Auch das, Herr Kollege Blenke, wird ein Knieschuss. Das kann ich Ihnen heute schon versichern.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich habe nur gefragt!)

Mein Fazit: Diese Polizeireform war notwendig. Sie war von der Polizei nicht nur gewünscht, sondern wurde von der Polizei auch gefordert. Wir haben dem Rechnung getragen. Die Polizei ist, gerade durch die neue Polizeireform, in der Lage, Garant für die innere Sicherheit im Land zu bleiben, weil wir die Rahmenbedingungen angepasst und die Weichen richtig gestellt haben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, will ich Sie noch darauf hinweisen, dass in der Mittagspause zwei Veranstaltungen stattfinden. Zu Beginn der Mittagspause wird im Vorraum des Plenarsaals der „Deutsche Waldpädagogikpreis“ der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald verliehen. Der Preis geht jährlich an eine vorbildliche Einrichtung der Umweltbildung und wird in diesem Jahr einer baden-württembergischen Einrichtung verliehen: der Naturschule Ortenau.

Ebenso ist der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. heute hier und informiert uns bei einer Tasse fair gehandeltem Kaffee über das „Eine Welt Promotor/-innen-Programm Baden-Württemberg“.

Zur Preisverleihung mit anschließendem Imbiss darf ich Sie im Namen des Präsidenten dieser Organisation recht herzlich einladen.

Die Mittagspause dauert bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:57 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:16 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl der externen Mitglieder der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf Ihren Tischen finden Sie einen gemeinsamen Wahlvorschlag der im Landtag vertretenen Fraktionen für die Wahl der ordentlichen und stellvertretenden externen Mitglieder der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ (*Anlage*). Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, dass das Haus die in dem Vorschlag aufgeführten Damen und Herren zu ordentlichen und stellvertretenden Mit-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

gliedern der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ wählt. – Es ist so beschlossen.

Schon heute danke ich den externen Mitgliedern sehr herzlich für die Bereitschaft, an dieser Enquetekommission mitzuwirken.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland – Drucksache 15/3976

(Abg. Rosa Grünstein SPD: Ist doch keiner da! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die qualifizierte Mehrheit ist da!)

– Ich bin nicht dafür verantwortlich, wo sich die Mitglieder des Landtags befinden. Wenn ich dafür sorgen könnte, dass sie in den Plenarsaal kommen, würde ich es machen. Mir fehlt aber die Gewalt dazu.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich kann anbieten, dass wir anfangen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die SPD-Fraktion und die Antragsteller insgesamt Frau Abg. Rosa Grünstein.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Herr Präsident, liebe vereinzelt Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über jeden, der hier ist. Man kann jetzt winken. Jawohl, das machen wir jetzt auch.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Bravo!)

Offensichtlich haben die anderen Kollegen gedacht, es gäbe noch eine Fragestunde irgendwelcher Art. Die gibt es jedoch heute nicht. Manchmal hilft es, wenn man lesen kann und sich die Tagesordnung genau anschaut.

Bereits am 28. Juni 2012 hat der Landtag einstimmig zwei Anträge verabschiedet. Mit dem einen hat er einstimmig gefordert, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Änderung des Bergrechts einsetzt, damit Umweltverträglichkeitsprüfungen bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgasvorkommen mittels Fracking zum Standard werden. Außerdem hat der Landtag einstimmig beschlossen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für ein bundesweites Moratorium einsetzen soll, um Fracking-Bohrungen unter Einsatz wassergefährdender Stoffe zu unterbinden.

Heute stimmen wir noch einmal über fast genau dasselbe ab. Seit der Abstimmung im Juni 2012 sind fast zwei Jahre vergangen, und rechtlich hat sich praktisch nichts geändert. Nein, es hat sich doch etwas geändert: Die rechtliche Situation beim

Fracking ist nicht besser, sondern vor allem unübersichtlicher geworden, als sie noch vor zwei Jahren war.

Und warum? Leider betreibt die EU-Kommission, allen voran der Energiekommissar Günther Oettinger, eine Politik, die nicht nur gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch für die unkonventionelle Gasförderung mittels Fracking ist. Seit Anfang dieses Jahres verzichtet die Europäische Kommission auf neue europäische Gesetze wie z. B. die Einführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Aufsuchung und Förderung von Gas mittels Fracking, obwohl dies von einer Mehrheit des Europäischen Parlaments gefordert wurde.

Deshalb titelte die „Frankfurter Allgemeine“ am 14. Januar dieses Jahres:

EU macht den Weg frei für Fracking

Einerseits erklärt EU-Kommissar Oettinger, dass er relativ sicher ist, dass unsere Gasversorgung nicht gefährdet sei, denn erstens sind unsere Gasspeicher voll, zweitens stehen wir in der Energiefrage mit den russischen Partnern in gutem Kontakt und drittens werden seiner Meinung nach alle geplanten Hochspannungstrassen auch gebaut werden.

Warum nur redet er dann gleichzeitig der unkonventionellen Gasförderung das Wort? Dass die USA uns generös anbieten, uns im Ernstfall mit Erdgas unter die Arme zu greifen, wenn wir ihnen dafür im Gegenzug bei diesem teilweise sehr fragwürdigen Freihandelsabkommen entgegenkommen, ist ein Hohn.

Die USA selbst müssen immerhin noch 10 % der benötigten Rohstoffe einkaufen. Russland dagegen fördert weitaus mehr, als es selbst verbrauchen kann, und ist deshalb auch auf den Verkauf angewiesen. In den USA wird die Förderung von Erdgas zurückgefahren, weil die Energie so billig geworden ist, dass Investoren daran nicht mehr genug verdienen. Wir wissen doch auch, dass wir ein unkalkulierbares Risiko eingehen würden, sollten wir die unkonventionellen Gasförderungen mit der jetzt angewendeten Methode zulassen. Wofür auch? Wollen wir wirklich unser Trinkwasserreservoir Bodensee riskieren, nur damit wir für die nächsten zehn bis 15 Jahre unser Land mit Erdgas versorgen können? Nein. Ich bin froh, dass wir uns hier im Landtag von Baden-Württemberg immerhin in dieser Frage weitgehend einig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Noch eine Anmerkung zum Freihandelsabkommen TTIP sei mir an dieser Stelle gestattet. Bis heute ist nicht klar, wie das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ausgestaltet werden soll. Es muss verhindert werden, dass mithilfe von Investitionsschutzklauseln Konzerninteressen über demokratischen Gesetzen, parlamentarischen Beschlüssen und dem Gemeinwohl stehen und die Allgemeinheit im Fall von Einschränkungen oder Fracking-Verboten für entgangene Konzerngewinne aufkommen soll. Immerhin aber gibt es die Zusage der EU-Kommission, dies bei den Verhandlungen im Auge zu behalten, was auch immer das heißt.

Lassen Sie mich übrigens noch meine Verwunderung darüber ausdrücken, wie unsinnig ich das Aufflammen der Fracking-Debatte angesichts der Krim-Krise finde. Selbstverständlich

(Rosa Grünstein)

ist und bleibt Russland als Energielieferant ein zuverlässiger Partner. Russland ist auf die Devisen ebenso angewiesen wie wir auf das Erdgas.

Noch absurder jedoch wäre die Vorstellung, jetzt Fracking-Gas aus den USA zu importieren, von den logistischen Problemen wegen der nicht vorhandenen Flüssiggashäfen ganz abgesehen. Mancher fordert gar eine Verlängerung der Atomkraftwerkslaufzeiten. Diesen Leuten muss man erklären, dass wir fast ausschließlich mit russischem Gas heizen. Den Besitzern von Millionen Gasheizungen nützen Atomkraftwerke also gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Deshalb hat Sigmar Gabriel völlig recht, wenn er zu Nüchternheit und Gelassenheit in diesem Punkt mahnt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nüchternheit ist besonders wichtig!)

– Sie müssen ja wissen, wovon Sie reden, Herr Kollege.

Die Krim-Krise ist nur mit diplomatischem Geschick und nur friedlich zu bewältigen, und sie eignet sich nicht, um in ihrem Windschatten schnell ein paar windige Geschäfte zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin sehr froh, dass sich unsere Bundesregierung und unsere Umweltministerin Hendricks gesetzliche Änderungen zu unkonventionellen Gasförderungen in den Arbeitsplan geschrieben haben. Noch in diesem Jahr soll hierzu eine Novellierung in Angriff genommen werden. Es geht insbesondere um ein Verbot wassergefährdender Substanzen beim Fracking und um die UVP-Pflicht. Dazu soll es Änderungen sowohl im Wasserhaushaltsgesetz des Bundes als auch bei der UVP-Pflicht im Bundesberggesetz geben. Das wäre endlich einmal ein großer Fortschritt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

– Danke. – Mit dem Bodensee als Deutschlands größtem Trinkwasserreservoir und kostbarem Naturraum verfügen wir gemeinsam mit den Alpenländern über einen Schatz, den wir hüten müssen. Deshalb ist es gut, wenn wir mit unserem Änderungsantrag Drucksache 15/5022 zu Abschnitt II Ziffer 2 des Antrags Drucksache 15/3976 fordern, auch einen Schritt auf unsere Nachbarländer am Bodensee zuzugehen, um mit ihnen gemeinsam die Gefahr des Frackings zur Förderung von Gas rund um den Bodensee zu bannen.

Ich bitte trotz der insgesamt großen Einigkeit beim Thema Fracking die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion um Verständnis, dass wir dem CDU-Antrag nicht zustimmen werden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Auch nicht dem, was wir schon beschlossen haben?)

Es ist ganz natürlich, dass die Bundes-SPD mit der CDU im Bund nicht die gleiche Linie als Kompromiss ausgehandelt hat wie wir mit den Grünen im Land. Ich bin aber dennoch froh, dass wir im Grundsatz – davon gehe ich aus – ganz nahe beieinander sind. Wir fordern die Bundesregierung zu

nichts auf, was nicht sowieso im Koalitionsvertrag steht und was sie nicht auch angehen wird. Minister Gabriel und Ministerin Nahles haben gezeigt, dass auf die Tatkraft und die Umsetzungsfähigkeit der SPD-Minister im Rahmen des Koalitionsvertrags Verlass ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen das Wort.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich dachte, es gibt eine gemeinsame Begründung!)

– Zuerst spricht der Vertreter der Fraktion GRÜNE, weil es um einen gemeinsamen Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE geht.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Danke für das Vorrecht. – Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um eines vorwegzunehmen: Wir Grünen lehnen das Fracking als Fördermethode ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit uns wird es diese fragwürdige Form der Energiegewinnung in Baden-Württemberg nicht geben, weil unsere lebenswichtigen Trinkwasserspeicher Bodensee und Donauregion nachhaltig gefährdet wären. Insofern ist das Fracking ein ungedeckter Scheck für die Zukunft, der unsere natürlichen Ressourcen ausplündert und zu einem ruinösen Preisdumping auf dem Energiemarkt führt.

Es ist eine Mär, dass die Schiefergasförderung uns autark von den Putins dieser Welt machte. Das Gegenteil wird der Fall sein. Wir würden weiterhin von den konventionellen Energieträgern wie Kohle, Gas oder Öl abhängig sein, anstatt den eingeschlagenen Pfad hin zu erneuerbaren Energien und somit zu mehr Unabhängigkeit weiterzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind überzeugt, dass der baden-württembergische Weg in der Energiepolitik der richtige ist. Wir setzen auf einen Mix aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien, um unsere Wirtschaft fit zu machen für die Zukunft und den Klimawandel einzudämmen. Dies ist unsere Antwort auf die Risikotechnologie Fracking, die uns das Blaue vom Himmel verspricht und zu einem bösen Erwachen führt. Das Fracking wirft mehr Fragen auf, als es Antworten auf die gegebenen Energieprobleme gibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Einige dieser Fragen sind: Wie gefährlich sind Frack-Fluide wie Biozide oder aromatische Kohlenwasserstoffe für unser Grund- und Trinkwasser? Was passiert mit den Chemikalien, die sich durch den Bohrprozess in den Rissen des Tongesteins festsetzen? Was passiert, wenn es zu Unfällen beim Abtransport des Brauchwassers mit den darin enthaltenen Chemikalien kommt? Lauter Fragen, aber keine wissenschaftlichen Antworten. Dieser Katalog ließe sich beliebig fortsetzen.

(Daniel Renkonen)

Im Gegenteil: Eine Untersuchung des US-Kongresses hat jüngst ergeben, dass in Amerika zwischen den Jahren 2005 und 2009 insgesamt 43 Millionen Liter teilweise toxischer Frack-Additiva verwendet worden sind. Das ist eine gewaltige Summe und eine Giftbrühe sondergleichen. Dieser Giftcocktail aus Chemikalien wird ungehemmt in das Gestein gejagt. Die amerikanische Umweltbehörde hat weitere Untersuchungen angekündigt. Auch das Umweltbundesamt schrieb in einer Bewertung Ende des Jahres 2011 – ich zitiere –:

Die bislang publizierten Zahlen bewegen sich auf dem Erkenntnisniveau von Schätzungen oder theoretischen Überlegungen.

Aus diesem Grund können wir es gar nicht zulassen, dass diese Methode in Baden-Württemberg angewandt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Insofern, meine Kollegen von der CDU – bedauerlicherweise sind nur sehr wenige da –,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Von Ihnen sind es auch nicht mehr!)

fordern wir Sie auf, unseren gemeinsam mit der SPD gestellten Antrag als klares Signal gegen Fracking in Baden-Württemberg zu unterstützen. Dieses Signal senden Sie mit Ihrem Änderungsantrag nicht aus. Er ist vielmehr ein Herumgeeiere nach der Manier Oettinger: Fracking jein. Das ist keine klare Politik, wie ich sie mir vorstelle. Deshalb fordere ich Sie auf: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie unserem Antrag zu, denn unsere Empfehlung ist eindeutig: Wir wollen das Bergrecht ändern mit dem Ziel, diese Fördermethode auf Bundesebene – und damit auch in Baden-Württemberg – zu verbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

In Ihrem Änderungsantrag ist da leider wenig Konkretes zu lesen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Umweltverträglichkeitsprüfung sagen, das wir in unserem Antrag aufgreifen. Selbstverständlich sind wir dafür, im Bergrecht eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung vorzusehen. Wir sagen aber auch ganz klar: Diese Umweltverträglichkeitsprüfungen sind auch bei Erdwärmesondenuntersuchungen besonders wichtig. Insofern eiern wir in unserem Antrag nicht herum, sondern sagen klipp und klar: Wir wollen uns für ein Verbot dieser Methode auf Bundesebene einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Lusche das Wort.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Eine Debatte zu einem umweltpolitischen Thema ohne den Umweltminister – ich hoffe, wir schaffen das gemeinsam.

Für die CDU-Landtagsfraktion war und ist Fracking, also die Förderung von unkonventionellen Gasvorhaben in Gesteinsschichten durch das Verpressen von Chemikalien und Wassergemischen, eine Risikotechnologie. Für uns hat der Schutz von Gesundheit und Wasser absoluten Vorrang.

(Beifall der Abg. Rosa Grünstein SPD)

– Danke, Kollegin Grünstein. – Deswegen lehnen wir wie bisher diese Technologie für Baden-Württemberg klipp und klar ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Lieber Kollege Renkonen, auf den Vorwurf des „Herumeierns“ komme ich gleich noch zu sprechen. Es lohnt sich gelegentlich, erst zu lesen und dann zu urteilen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Und denken natürlich auch!)

Allerdings haben wir, wie alle – die Bundesratsinitiative, auf die sich Ihr Antrag bezieht, auch das, worauf sich der Umweltminister bezieht –, dabei immer den Nachsatz: Wenn sich herausstellt, dass Fracking zweifelsfrei ungefährlich ist, dann muss man noch einmal darüber reden. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist aktuell nichts, aber auch gar nichts an Verfahren oder Möglichkeiten bekannt, bei denen dies der Fall wäre. Deswegen ist die Haltung, die ich gerade für die CDU-Landtagsfraktion beschrieben habe, nichts anderes als die Forderung nach einem faktischen Verbot, und das ist richtig so.

(Beifall des Abg. Alexander Schoch GRÜNE)

Ebenso haben wir gemeinsam mit Ihnen in der angesprochenen Entscheidung des Landtags für das Moratorium gestimmt. Nachdem im Koalitionsvertrag auf Bundesebene – Frau Kollegin Grünstein, Sie haben es erwähnt – diese Punkte klipp und klar angesprochen sind und wir jedenfalls davon ausgehen, dass die Große Koalition ihren Koalitionsvertrag einhält – gerade auch in den Bereichen, in denen SPD-Minister wie Frau Hendricks zuständig sind –, fragt sich der geeignete Betrachter schon, wie es kommt, dass wir heute diese Debatte führen. Denn, lieber Kollege Renkonen, das Thema Bergbau bzw. UVP findet sich in unserem Antrag; das ist dort so wie im Koalitionsvertrag enthalten.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Aber Oettinger sagt etwas anderes!)

Deswegen haben wir Ihnen noch einmal – nachdem Sie von den Grünen es, wie bereits beim letzten Mal, leider wieder unterlassen haben, im Vorfeld den Versuch einer Einigung mit uns zu unternehmen – einen Antrag vorgelegt, in dem die bisherige Position dieses Hauses bekräftigt wird und in dem darauf gedrängt wird, dass die glasklaren Vorgaben im Koalitionsvertrag zeitnah von Frau Hendricks umgesetzt werden.

Was wir aber nicht mitmachen – – Jetzt komme ich zu dem, was offensichtlich der Hintergrund Ihres Antrags ist. Es ist ja fast schon kurios, aber offensichtlich haben die grünen Mitglieder in der Regierungskoalition hier Angst, dass Frau Hendricks und die Große Koalition in Berlin sehr zeitnah – das hat sie übrigens auch angekündigt – einen entsprechenden Ge-

(Ulrich Lusche)

setzentwurf vorlegen und dann der Versuch der Grünen, eine Art Meinungsführerschaft zu übernehmen – er liegt nämlich Ihrem Antrag zugrunde –, nicht mehr gelingt. Hier geht es um nichts anderes, als den Eindruck zu erwecken,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich.)

als ob die Grünen, lieber Siggi Lehmann, hier die Taktgeber wären. Das ist definitiv nicht der Fall.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kollege Lusche, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich lasse an dieser Stelle deswegen keine Zwischenfrage zu, weil – ich habe es eben bereits angesprochen – Sie einmal im Vorfeld mit uns hätten reden können. Dann hätten wir uns darüber austauschen können.

Deswegen: Wir stehen zu der bisherigen Position, die der Landtag von Baden-Württemberg vertreten hat. Wir tragen voll und ganz das mit, was im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht. Wir hoffen, dass der Gesetzentwurf baldmöglichst auf dem Tisch liegt. Dann können wir uns über angebliche Defizite oder Herumeierei, die hier unterstellt, aber in keiner Weise belegt werden, gern unterhalten.

Im Übrigen möchte ich allgemein noch einmal eines festhalten und darf dazu, Herr Präsident, aus der Sitzung, in der wir zu diesem gemeinsamen Ergebnis gekommen waren, den Umweltminister zitieren:

Zunächst einmal bedanke ich mich bei allen vier Fraktionen des Hauses dafür, dass Sie den kritischen Kurs ... unterstützen. Ich glaube,

– so Franz Untersteller –

es ist ein wichtiges Signal, dass alle vier Fraktionen beim Thema Fracking an einem Strang ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es Ihnen bei solchen Fragen wirklich um die Sache ginge, würden Sie sich im Vorfeld darum bemühen, dass wir genau zu dem kommen, was der Umweltminister hier richtigerweise betont, und würden nicht versuchen, durch Showanträge wie heute vermeintliche Differenzen aufzuzeigen. Das bringt in der Sache überhaupt nichts.

Deswegen werden wir Ihren Antrag nicht ablehnen – denn wir sind weiterhin an Gemeinsamkeit interessiert –, aber zustimmen werden wir ihm ganz sicher auch nicht. Wir haben die leise Hoffnung, dass Sie bei unserem Antrag vielleicht doch noch mitgehen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Mai 2013 hat die damalige, schwarz-gelbe Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zur

Fracking-Thematik nochmals verschärft. Ein ergänzender Passus sollte ausdrücklich Wasserreservoirs wie den Bodensee vor Fracking schützen. Damals sah der gemeinsame Entwurf von Bundesumweltminister Altmaier und Bundeswirtschaftsminister Rösler bereits erhebliche Begrenzungen des Frackings vor, darunter ein Verbot des Frackings in Wasserschutz- und Heilquellengebieten sowie ein Verbot des Verpressens von Bohrflüssigkeit in solchen Gebieten. Zudem sah der Entwurf vor, dass bei allen neuen Bohrungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Genehmigung durch die zuständigen Wasserbehörden hätten erfolgen müssen.

Tatsächlich besteht durch das politische Scheitern des Gesetzesvorhabens aus dem Jahr 2013 das bisherige Bergrecht fort, das keine wirksame Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht enthält. Der Antrag von den Grünen und der SPD zielt nun darauf ab, die Landesregierung zu ersuchen, sich im Bundesrat für ein Fracking-Moratorium und eine Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht einzusetzen.

Laut der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe beträgt die Gesamtmenge des im deutschen Untergrund lagernden Schiefergases 13 Billionen m³. Technisch zu erschließen seien davon schätzungsweise 10 %, also 1,3 Billionen m³. Die konventionellen Erdgasressourcen in Deutschland hingegen liegen bei nur 0,15 Billionen m³. Die konventionellen Erdgasreserven liegen bei nur 0,146 Billionen m³.

Laut der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen lag der Erdgasverbrauch in Deutschland im Jahr 2012 bei etwa 93 Milliarden Normkubikmetern. Das heißt, allein aus den Schiefergasreserven könnte Deutschland seinen eigenen Gasbedarf fast 14 Jahre lang decken.

Im Jahr 2010 lag der Importanteil am in Deutschland verfeuerten Gas laut der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen bei 87 %. Sollte das Schiefergas nicht erschlossen werden, wird die Importquote in den kommenden Jahren weiter steigen, weil die konventionellen Erdgaslagerstätten in Deutschland sich zum Teil erschöpfen. Sollte das Schiefergas hingegen erschlossen werden, könnte die Importquote über Jahrzehnte hinweg signifikant gesenkt werden.

Vor der aktuell im Zusammenhang mit der Krim-Krise politisch höchst problematischen Abhängigkeit von Importen von russischem Gas ist dies eine Option, die man nicht allein aus ideologischen Gründen für alle Zeiten völlig ausschließen sollte.

Nach Informationen der Internationalen Energieagentur aus dem Jahr 2012 haben die Vereinigten Staaten ihre Kohlendioxidemissionen innerhalb von fünf Jahren um 450 Millionen t gesenkt. Eine derart starke Reduktion hat bisher keine andere Industrienation bewerkstelligt. Der Grund dafür liegt in einer großflächigen Umstellung der Energieversorgung von Steinkohle auf Schiefergas. Bei der Verbrennung von Erdgas werden 45 % weniger CO₂ freigesetzt als bei der Verbrennung von Steinkohle. Also auch aus Sicht des Klimaschutzes sollte man die Option Fracking nicht vorschnell als Teufelswerk bezeichnen.

Niemand in Deutschland wünscht sich ein Wildwest-Fracking nach amerikanischem Vorbild, bei dem die Verschmutzung von Grundwasser und das Auslösen von Erdstößen in Kauf

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

genommen werden. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Gas für die deutsche Energiewende und für die Reduktion von CO₂-Emissionen und noch dazu der außenpolitisch problematischen Abhängigkeit von russischen Gasimporten wäre es verantwortungslos, die Erschließung der deutschen Schiefergasvorräte pauschal zu tabuisieren.

Der im Antrag von den Grünen und der SPD geforderte Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für ein Fracking-Moratorium wird daher von meiner Fraktion abgelehnt. Denn wenn ein solches Moratorium einmal in Kraft ist, wird sich wegen der öffentlichen Sensibilität für das Thema wohl auch keine Regierung der Zukunft mehr mit einer Lockerung oder gar Aufhebung desselben befassen.

Die im Antrag von Grünen und SPD geforderte gesetzliche Regelung, die eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung mit der entsprechenden Bürgerbeteiligung vor jeder Zulassung von Fracking-Maßnahmen vorsieht, wäre für unsere Fraktion sinnvoll und akzeptabel.

Insofern können wir dem vorliegenden Antrag von den Grünen und der SPD so nicht zustimmen. Hingegen würde der von der CDU-Fraktion eingebrachte Änderungsantrag unsere Unterstützung finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Krebs das Wort.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Im Zuge der Krise in der Ukraine und angesichts der russischen Erdgasimporte ist die Diskussion über das Thema Fracking wieder brandaktuell geworden. Aber die Forderung nach Fracking als Lösung für die Gasversorgung in Deutschland ist unverantwortlicher Aktionismus.

Herr Rülke, Sie haben uns heute erklärt, die erneuerbaren Energien, insbesondere die Windkraft, könnten keinen Beitrag zur Energieversorgung leisten, und jetzt beklagen Sie am selben Tag die Abhängigkeit vom Gas.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt: in Baden-Württemberg! Sie müssen besser zuhören!)

Sie stellen dann in den Raum, es würde reichen, wenn man hier Schiefergas fördern würde.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe ich auch nicht gesagt! Sie sollten zu Themen reden, von denen Sie etwas verstehen!)

Sie haben selbst gesagt, die Vorräte reichten für 14 Jahre. Haben Sie eine Vorstellung, welche lange Perspektiven man für die Energieversorgung braucht und wie lange die Investitions- und Planungszeiträume sind? Meinen Sie, es wäre sinnvoll, die Energieversorgung auf eine Weise sicherstellen zu wollen, die bei optimistischer Schätzung 14 Jahre lang die Versorgung gewährleistet? Ich glaube, Sie sollten die Argumentationsket-

te hinsichtlich erneuerbarer Energien und Schiefergas noch einmal nachschärfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir, die Landesregierung, sind weiterhin der Meinung, dass wir Fracking schnellstmöglich verbieten müssen. Denn bei der Fracking-Methode wird bei den Bohrungen unter Einsatz wassergefährdender Stoffe die Förderung durchgeführt. Risiken für Mensch und Umwelt sind keinesfalls zweifelsfrei ausgeräumt. Aus gutem Grund besteht in Baden-Württemberg ein breiter politischer Konsens auf der Grundlage des Beschlusses des Landtags vom 28. Juni 2012, dass in Deutschland Bohrungen mit der Fracking-Methode ausgeschlossen sein sollten, solange diese Risiken bestehen.

Maßstab für das bisherige Handeln der Landesregierung war und ist der Schutz, und die Sicherheit von Mensch und Umwelt haben beim Fracking absolute Priorität.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dass es dabei nicht um Ideologie geht, sieht man ganz deutlich, wenn ich zum nächsten Punkt komme – er wurde schon erwähnt –: Wir haben nämlich in Baden-Württemberg ein Trinkwasserversorgungsgebiet, und das ist der Bodensee. Vom Bodensee ist hinsichtlich der Trinkwasserversorgung ein Drittel der Bevölkerung von Baden-Württemberg abhängig. Der Bodensee versorgt fünf Millionen Menschen mit Trinkwasser. Es handelt sich also um Wasser, das geschützt werden muss und keinesfalls gefährdet werden darf. Auch wegen der Millionen von Touristen, die Baden-Württemberg und gerade auch die Bodenseeregion Jahr für Jahr besuchen und damit einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor für Baden-Württemberg darstellen, wollen wir unsere einzigartigen Naturräume schützen und nicht gefährden.

Dass einige Politiker aus dem Ländle, die auf anderen Ebenen tätig sind – ich nenne beispielsweise Herrn Oettinger, Herrn Bareiß und Herrn Strobl –, jetzt offensiv für Fracking eintreten, finde ich sehr bedauerlich. Ich gehe davon aus, die Damen und Herren des Hauses sehen dies genauso.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Bundestagsabgeordnete Bareiß und der CDU-Landesvorsitzende Strobl haben sich vor der Wahl für ein Fracking-Verbot am Bodensee ausgesprochen. Heute fordert der eine – Bareiß – Akzeptanz für die Schiefergasförderung und der andere – Strobl – Aufgeschlossenheit. Herr Oettinger sagt, wir sollten das Thema Fracking nicht vorschnell unseren „Vorurteilen“ opfern.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Recht hat er! Genau!)

Ich sage Ihnen: Wir sollten nicht vorschnell Natur und Umwelt opfern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was hat sich seit der Stellungnahme zu dem Antrag „Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland“ getan? In Baden-Württemberg gibt es nur noch zwei Konzessionsfelder zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen, die auch unkonventionelle Lagerstätten betreffen. Die Aufsuchungserlaubnis

(Ministerin Silke Krebs)

für das Feld Saulgau/Wangen ist dagegen ausgelaufen; ein Antrag auf Verlängerung wurde nicht gestellt.

Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau im Regierungspräsidium Freiburg hat die beiden Konzessionen am Bodensee für die Felder Konstanz und Biberach im Dezember 2013 verlängern müssen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Aha!)

Es war dabei an das geltende Bergrecht gebunden.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Da gibt es unterschiedliche Auffassungen!)

Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Mit diesen Aufsuchungserlaubnissen sind nur Schreibtischarbeiten zulässig. Sie sind in keinem Fall mit der Zusage verbunden, jemals Erdgas mithilfe von Fracking fördern zu können. Hier geht es um Entscheidungen in einem konkreten Einzelfall anhand der Rechtslage und nicht um politische Willensäußerungen.

Was hat nun die Landesregierung getan? Um weiteres Unheil von der Bevölkerung abzuwenden, haben wir wichtige Schritte unternommen. Mit der Novelle des baden-württembergischen Wassergesetzes haben wir sichergestellt, dass tiefe Bohrungen, wie sie auch beim Fracking durchgeführt werden, dem wasserrechtlichen Rechtsregime einschließlich des Besorgnisgrundsatzes unterworfen sind. Eine wasserrechtliche Erlaubnis ist immer dann erforderlich, wenn Bohrungen in den Grundwasserleiter eindringen oder diesen durchstoßen. Dabei ist auch der Einsatz wassergefährdender Stoffe zu betrachten; dieser muss ausgeschlossen werden.

Ein generelles gesetzliches Verbot, das sich nicht etwa nur auf den Wasserschutz beschränkt, wäre Sache und Aufgabe des Bundesgesetzgebers. Umweltminister Franz Untersteller hat daher der Bundesumweltministerin seine volle Unterstützung für ein gemeinsames Vorgehen angeboten. Für die Änderung des Bergrechts bedarf es sodann des Engagements des zuständigen Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Gabriel, wofür ich ebenfalls die volle Unterstützung der Landesregierung anbieten kann.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Des ganzen Landes!)

– Und des ganzen Landes? Gern.

Parallel dazu führt die Landesregierung auf Länderebene Gespräche, um ein gesetzliches Verbot von Fracking zur Erkundung und Gewinnung unkonventioneller Gaslagerstätten vorzubringen.

Die Voraussetzungen sind also gut. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht – es wurde heute schon zitiert –:

Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab.

Die Bundesumweltministerin hat jüngst angekündigt, Fracking gesetzlich verbieten zu wollen. Wir begrüßen dies ausdrücklich; hier müssen wir ansetzen.

Meine Damen und Herren, beim Thema Fracking verfolgen wir in Baden-Württemberg im Sinne eines parteiübergreifenden Landtagsbeschlusses ein gemeinsames Ziel – vielleicht mit kleinen Ausnahmen. Die Landesregierung wird sich auch weiterhin für dieses Ziel starkmachen.

Ich appelliere deshalb an Sie: Setzen Sie sich auf Bundesebene, wo immer Sie Einfluss nehmen können, dafür ein, dass endlich eine Regelung geschaffen wird, die die Bürger und die Umwelt in unserem Land hinreichend vor den möglichen Risiken des Frackings schützt. Liebe Damen und Herren von der CDU, sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auf Bundesebene, die anfangen, für eine Akzeptanz von Fracking zu werben. Tun Sie dies zum Schutz von Baden-Württemberg und zum Schutz unseres Trinkwassers.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen das Wort.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Seit heute ist bekannt, dass wir eine neue „Dagegen-Partei“ in Baden-Württemberg haben, und die heißt FDP.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gegen Fracking, oder was?)

Sie müssen schon einmal sagen, wofür Sie eigentlich sind, und nicht nur immer wieder sagen, wogegen Sie sind. Sie lehnen den Ausbau der erneuerbaren Energien, beispielsweise der Windkraft, ab. Es gibt von Ihnen kein klares Bekenntnis, aus der Atomkraft aussteigen zu wollen; auch dort eiern Sie ständig herum. Deshalb wäre es doch toll, wenn die FDP/DVP heute gemeinsam mit den anderen Fraktionen ein klares Signal an die Bundesregierung aussenden würde, diese Risiko-technologie zu beenden.

Denn es gibt momentan kein sauberes Fracking. Österreich hat einen Feldversuch zum sogenannten Clean Fracking unter Einsatz von Bauxit gemacht; dieser Versuch ist aus wirtschaftlichen Gründen im Jahr 2012 eingestellt worden. Insofern frage ich mich: Wie soll ein sauberes Fracking aussehen? Darauf haben wir keine Antwort bekommen, auch nicht von Ihnen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Lusche das Wort.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Jetzt muss ich einmal die FDP/DVP in Schutz nehmen.

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Liebe Leute, so geht das nicht. Einerseits werden hier von Ihnen Geschlossenheitsappelle formuliert, und andererseits erleben wir die ganze Zeit, dass Sie sich der Formulierung ei-

(Ulrich Lusche)

nes gemeinsamen Antrags verschließen. Sie müssen sich jetzt einmal entscheiden, was Sie eigentlich haben wollen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Nach wie vor nicht. – Jedenfalls hat die Debatte für mich in keiner Weise zur Erhellung beigetragen. Sie haben den Brief von Minister Untersteller angesprochen; ich meine, es ist ein „gewaltiges Zeichen“, wenn er Tage, nachdem die Bundesumweltministerin angekündigt hat, ein Verbot auf den Weg zu bringen, sie anschreibt, jetzt müsse von ihr einmal etwas auf den Weg gebracht werden.

(Ministerin Silke Krebs: Nein, nein! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Lusche, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich habe dem Kollegen Lehmann schon signalisiert, dass meine Redezeit dafür nicht mehr ausreicht. – Danke.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Sie müssen sich schon entscheiden: Ist Ihnen daran gelegen, dass wir im Sinne der offenbar bestehenden gemeinsamen Überzeugung auch zu einem gemeinsamen Willensakt im Sinne eines gemeinsamen Antrags kommen, oder wollen Sie hier verkrampft versuchen, irgendwie eine selbst beanspruchte Meinungsführerschaft der grün-roten Landesregierung zu begründen? Ich kann nur noch einmal mein Bedauern zum Ausdruck bringen; ich hätte es begrüßt, wenn wir zu einem gemeinsamen Standpunkt gekommen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich will noch Folgendes sagen: Es gab eine Intervention bezüglich der Reihenfolge der Redner. Wir werden das, was die CDU-Fraktion vorgebracht hat, noch einmal überprüfen. Wenn die Zeit für die Begründung eines Antrags, der von zwei Fraktionen initiiert wurde, durch eine der beiden Fraktionen bereits vollständig aufgebraucht wurde, sieht die Geschäftsordnung die Möglichkeit vor, dass sich die weitere Reihenfolge der Redner an der Stärke der Fraktionen orientiert und dass nicht zuerst der zweite Antragsteller zum Zuge kommt.

Wir werden diese Frage in der nächsten Sitzung des Präsidiums prüfen. Die Handhabung war bislang so. Es kann aber durchaus begründet sein, was Herr Kollege Schebesta gerade vorgebracht hat.

Ich wollte nur darauf hinweisen. Wir prüfen das, und dann werden der Präsident und die beiden Vizepräsidenten des Landtags zukünftig gemäß dem Ergebnis dieser Prüfung verfahren.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Es liegen ein Antrag und zwei Änderungsanträge vor. Der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/5055, weicht weiter vom ursprünglichen Antrag Drucksache 15/3976

ab als der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5056.

Ich lasse daher nun zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/5055, abstimmen. Dieser Antrag sieht eine Neufassung von Abschnitt II des Antrags Drucksache 15/3976 vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist dem Änderungsantrag Drucksache 15/5055 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5056. Sind Sie einverstanden, über diesen Antrag insgesamt abzustimmen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

– Diese Frage kann weder von der SPD noch von den Grünen beantwortet werden. Ich richte diese Frage an die CDU-Fraktion.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn die CDU nicht antwortet!)

– Trotzdem, Herr Kollege Schmiedel. Ich frage die CDU-Fraktion, ob über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in Gänze abgestimmt werden kann. – Das ist der Fall.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig? – Drucksache 15/4031

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die die Große Anfrage stellende Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Kollegen Reuther.

Abg. Wolfgang Reuther CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen uns in der heutigen Debatte ganz fachlich auf zwei strittige Themen der Großen Anfrage konzentrieren: das generelle Fütterungsverbot und das Verbot der Baujagd.

Wir lehnen seitens der CDU ein generelles Fütterungsverbot für Schalenwild strikt ab, da wir sehr wohl die Bedeutung einer artgerechten Wildtierfütterung hinsichtlich einer Lenkungs-, Vermeidungs- und Erhaltungsfunktion erkennen. Sie ist praktizierter Tierschutz und gilt für alle Tiere gleichermaßen, somit auch für das Schalenwild. Tierschutz ist nach unserem Dafürhalten unteilbar.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

(Wolfgang Reuther)

Wir sehen in einer artgerechten Fütterung keinen starken Eingriff in die natürlichen Vorgänge innerhalb eines Ökosystems, da Kulturlandschaftsökosysteme mit ihren durch den Menschen geschaffenen Ausprägungsformen und deren Auswirkungen auf das Wild derartige unterstützende Maßnahmen erforderlich machen.

Wir sehen schon gar keine Gefahr hinsichtlich einer „Verhaus-schweinung“ speziell des Schwarzwilds, wie neulich durch den Ministerpräsidenten beim Landesjägertag thematisiert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Der Hinweis der Landesregierung auf die negativen Auswirkungen der Wildfütterung hinsichtlich Wilddichte und Schadensituation, basierend auf den Erkenntnissen eines Experiments der Wildforschungsstelle Baden-Württemberg bei Rehwild, erscheint uns in diesem Zusammenhang nicht besonders aufschlussreich. Die hierbei praktizierte Art der Fütterung ad libitum musste geradezu zu diesen negativen Folgeerscheinungen einer deutlich erhöhten Wilddichte und einer Zunahme der Verbissschäden im Forst führen. Solche Saftfutterabgaben in Wintermonaten ohne die entsprechende Aufnahme von Raufutter

(Unruhe – Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, können Sie mal für Ruhe sorgen? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dafür gibt es eine Glocke!)

provizieren aufgrund einer fehlenden Struktur des Saftfutters eben solche für die Verdauung erforderlichen physiologischen Umschichtungen im Panseninhalt und haben immer zur Folge, dass beim Rehwild erhöhte Verbissschäden auftreten und beim Rotwild die Schale.

Deshalb hat eine solche Fütterung nur experimentellen Nutzen. Es fehlt aber der Praxisbezug, und damit können wir sie auch nicht zum Maß der Bewertung für potenzielle Wildschäden bei einer artgerechten Fütterung heranziehen.

Ebenso wenig steht das Wildunfallgeschehen in einem linearen Zusammenhang mit der Wilddichte, wie von der Landesregierung in der Antwort auf diese Anfrage unterstellt wird. Es spielen vielmehr Verkehrsdichte, tageszeitige Verkehrsverteilung, Dämmerungszeiten, Fortpflanzungszeiten, Gestaltung und Bebauung der Straßenränder, Erntezeitpunkte und vor allem – das ist das Zentrale – menschliche Störungen eine sehr entscheidende Rolle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Genau! Bravo!)

Hier haben Sie es sich bei der Beantwortung viel zu einfach gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Und schließlich: Eine verringerte Biodiversität als Folge von Wildfütterung herauszustellen entbehrt tatsächlich jeglicher wissenschaftlichen Grundlage.

In diesem Zusammenhang ist es auch völlig verfehlt, die Waldentwicklung in Baden-Württemberg, basierend auf Erkenntnissen forstlicher Gutachten, maßgeblich auf schädliche Auswirkungen fehlerhafter Wildfütterung zurückzuführen.

Fakt ist doch, dass die Schadensentwicklung beim Verbiss im Forst durch Schalenwild nach dem forstlichen Gutachten rückläufig ist. Sie ist ein lokales, aber sicherlich kein landesweites Problem, da nur 13 % der Verjüngungsfläche durch den Tannen- und Eichenverbiss tatsächlich betroffen sind. Deshalb bedarf es hier auch keiner landesweiten Regelung.

Die Waldentwicklung in Baden-Württemberg entspricht nämlich exakt den Erwartungen, die sich aus den klimatischen Bedingungen und den Bodenbedingungen herleiten lassen. Es tritt also keine Entmischung der Baumarten ein, außer dass die Rotbuche weiter an Dominanz gewinnen wird, was jedoch der Waldbewirtschaftungsform des naturnahen Waldbaus geschuldet ist. Mitteleuropa befindet sich nun einmal in einem Rotbuchenoptimum. Dies wird sich bei dieser waldbaulichen Gestaltung dauerhaft durchsetzen,

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

und die Tanne und die Eiche, so leid es mir tut, werden dann ein Problem haben, sich regional und vor allem in ganz Baden-Württemberg zu etablieren. Es kann sich hier nur die eine Baumart durchsetzen. Ob diese tatsächlich irgendwann das Klima retten wird, werden wir dann sehen müssen. Auf jeden Fall wachsen die Bäume nicht ohne forstliche Hege und Pflege. Deshalb müssen wir, wenn wir naturnahe Waldverjüngung wollen, auch mit den Baumarten leben können, die zurzeit dieses Optimum vorfinden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie kennen nicht einmal den Unterschied zwischen Sorten und Arten!)

Wir pflichten der Landesregierung bei, dass eine Wildfütterung am falschen Ort oder mit falschen Futtermitteln Wildschäden provoziert. Dies ist eine korrekte Feststellung. Aber in einem Gesetz sollte es darum gehen, Gutes zu fördern und Missbräuche nicht durch Pauschalverbote abzustellen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Das Ziel der Gesetzgebung ist damit unseres Erachtens vollständig verfehlt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ist das beim Alkoholverbot auch so?)

Interessanterweise stimmt die Landesregierung in der Beantwortung zu, dass sich eine richtige Fütterung positiv auf die Wildschadensentwicklung auswirken kann. Das ist schon einmal positiv. Wenn eine korrekte Fütterung mit hohem Aufwand und auf Grundlage einer großräumigen Planung betrieben wird, ist dies eine sinnvolle Herausforderung für die Jägerschaft. Dies liefert aber keine Begründung für ein Verbot.

Schaffen Sie also für die Jäger positive Anreize. Strafen Sie sie nicht durch einen Verbotskanon, und stellen Sie sie nicht unter Generalverdacht. Brandmarken Sie das Schalenwild nicht als Schädlinge, und degradieren Sie Jägerinnen und Jäger nicht zu Schädlingsbekämpfern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ebenso verhält es sich beim Verbot der Fuchsjagd am Naturbau mit dem Hund, um irgendwelchen Verletzungen durch

(Wolfgang Reuther)

Dachse, die sich darin befinden könnten, vorzubeugen. Hierbei wird den Jägern einmal mehr die eigenverantwortliche jagdliche und tierschutzrelevante Beurteilung der Situation vor Ort abgesprochen. Ein Jäger als praktizierender und vor allem geprüfter Natur- und Tierschützer ist nach unserem Dafürhalten sehr wohl in der Lage, zu erkennen, ob ein Bau von einem Dachs besetzt ist oder nicht, und ein verantwortungsbewusster Hundeführer wird seinen Hund sicherlich nicht absehbaren Gefahren aussetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Vertrauen Sie den erfahrenen Jägern und deren gut ausgebildeten Hunden, und stellen Sie sie nicht unter den Generalverdacht der Tierquälerei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wenn wir bedenken, dass 20 % der Fuchsstrecke immer noch am Bau gemacht werden, ist es nach meinem Dafürhalten nach wie vor wichtig, diese Art der Bejagung vorzunehmen, um Bodenbrüter und Niederwild zu schützen. Studien bezeugen dies ebenfalls.

Die Fuchspopulation lässt sich natürlich lokal und regional sehr deutlich reduzieren, landesweit sicherlich nicht. Denn da haben wir auch den Forst, und da werden auch Geberpopulationen vorgehalten.

Sie greifen durch ein Verbot der Baujagd und eine Beschränkung der Jagdarten in die Eigentumsrechte der Jagd ausübungsberechtigten und Grundbesitzer ein und berauben die Jägerinnen und Jäger eines jahrhundertealten Kulturguts. Unter dem Deckmantel des verfassungsmäßigen Anspruchs des Natur- und Tierschutzes unterwerfen Sie das Jagdrecht der Dominanz des Naturschutzes und degradieren die Jägerinnen und Jäger zu dessen Erfüllungshelfern.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Begründen Sie das einmal! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Damit motivieren Sie diese nicht, die Jagd engagiert auszuüben, sondern Sie vergrämen sie in großem Stil.

Herr Minister, setzen Sie Ihr Gesprächsangebot an die Jäger zu Nachverhandlungen über den Gesetzentwurf in die Tat um, und befrieden Sie nicht nur bestimmte Bezirke und die Friedwälder in Baden-Württemberg, sondern befrieden Sie damit das ganze Land.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Pix.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Jetzt werden die Schwarzen gejagt! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Verspüren Sie eine Freude an der Jagd oder am Töten, Herr Kollege? – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Leidenschaft!)

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Wir haben das Thema jetzt im Zweiwochenrhythmus hier auf der Tagesordnung. Heute geht es um die Frage: Brauchen wir überhaupt ein neues Jagdgesetz? Schon allein die Fragestellung irritiert, denn es handelt sich nicht nur um eine Jagdrechtsreform. Wie Sie wissen, geht es bei diesem Gesetz nicht um die Jäger und um die Jagd,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sondern?)

sondern es geht um den Umgang mit Wildtieren in unserem Land.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aha! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Wildtiermanagement!)

Ich weise jetzt auf einen Sachverhalt hin, der eigentlich die ganze Debatte prägt. Die Debatte ist geprägt von Anachronismen und Paradoxa.

Bei dem Umgang mit Wildtieren spielt natürlich die Jagd eine besondere, wahrscheinlich die wichtigste Rolle und ist integral zu sehen. Aber spätestens seit der Föderalismusreform liegt die Zuständigkeit beim Land. Dies als erste Antwort auf die Frage: Brauchen wir überhaupt eine Jagdrechtsreform? Da es um den Umgang mit Wildtieren geht, heißt der Titel auch: Gesetz für Jagd und Wildtiermanagement. Wir haben das außerdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserem Koalitionsvertrag stehen. Das ist ein weiterer Grund, warum wir ein neues Gesetz brauchen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist der einzige Grund! – Weitere Zurufe von der CDU)

Außerdem hat sich die Tierschutzgesetzgebung sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch im Land geändert. Der Tierschutz wurde zum Staatsziel. Der wesentliche Grundsatz heißt, dass ohne vernünftigen Grund keinem Tier – natürlich auch keinem Wildtier – Schmerzen, Leiden oder gar Schäden zugefügt werden dürfen. Das ist der oberste Grundsatz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Das gilt schon lange!)

– Der „Jungjagdscheininhaber“ gibt mir recht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Der Jungjäger!)

– Der Jungjäger.

Zudem gibt es ein Artenschutzabkommen in der EU, das eine neue Gesetzgebung erfordert. Auch das Naturschutzgesetz erfordert eine Anpassung. Herr Kollege Zimmermann, Sie sehen also: Es gibt nicht nur einen Grund, es gibt zahlreiche Gründe, dass sich die Landesregierung und wir, die Regierungsfaktionen, uns dieser besonderen Verantwortung stellen, wenn es um den Umgang mit Wildtieren in Baden-Württemberg geht.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt möchte ich auf den ersten Anachronismus hinweisen. Dieser besteht darin, dass wir es auf der einen Seite mit einem noch nie da gewesenen Artenschwund bei den Wildtieren zu

(Reinhold Pix)

tun haben – warum auch immer; aber das ist eine Tatsache, der man sich einfach stellen muss –

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

und auf der anderen Seite mit Wildtierpopulationen, vor allem beim Rehwild und beim Schwarzwild, also bei den Schalenwildarten, die in ihrer Dynamik regelrecht durch die Decke schießen. Im vergangenen Jagdjahr gab es eine Rekordstrecke von 70 000 Stück Schwarzwild und 170 000 Stück Rehwild.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Das gab es noch nie. Das ist übrigens nicht nur ein Beweis dafür, dass es in Baden-Württemberg besonders eifrige, besonders fleißige, besonders leidenschaftliche Jägerinnen und Jäger gibt, sondern es ist auch – das folgert der Wildtierexperte daraus – ein Indiz, ein Bioindikator dafür, dass diese Schalenwildpopulationen unsere Wälder und unsere Felder in einer noch nie da gewesenen Weise bevölkern. Dann, Herr Kollege Reuther, entstehen nun einmal Schäden in einem noch nie da gewesenen Maß.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja!)

Wenn man aus einer besonderen Verantwortung heraus einen Waldumbau anstrebt, um dem Klimawandel, der uns allen droht, gerecht zu werden, kann man sich nicht nur auf die Rotbuche beschränken. Vielmehr brauchen wir auch die Weißtanne, die einzige einigermaßen klimaessistente Nadelholzart im Land.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Da würde mich schon einmal interessieren, was Sie der Holz- und Sägeindustrie erzählen, was Sie dem Kollegen Rapp in diesem Zusammenhang erzählen, wenn Sie in Zukunft auf Nadelholz verzichten wollen. Wir müssen zusehen, dass die Fichte standortweise ersetzt wird und eine klimastabile Entwicklung der Wälder erreicht wird. Gerade die Tanne als einzige Baumart mit genetisch festgelegtem Pfahlwurzelssystem spielt in unserem Land nun einmal eine wichtige Rolle als Schattbaumart.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Wenn ausgerechnet die Terminalknospe der Weißtanne auf dem Speiseplan des Rehwilds ganz oben steht, dann müssen wir dieser Situation einfach gerecht werden

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und flächendeckend, wo es möglich und nötig ist, eine Naturverjüngung erreichen. Dazu brauchen wir einigermaßen ausgeglichene Wildbestände.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Die brauchen wir schon immer!)

Auch das ist ein Grund, wenn man einmal die Wildtierökologie heranzieht. Daran sehen Sie alle, meine Damen und Herren, wie wichtig es ist, eine tragbare Bestandsdichte beim Rehwild zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bestreitet niemand! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Pix, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Ja. – Deswegen sind das Fütterungsverbot und das Wildtiermanagement im Gesetzentwurf vorgesehen. Die Wildruhe ist ganz dringend erforderlich. Wir werden dem Schöpfungsgedanken, den Sie in Ihrem „Firmenschild“ tragen, gerecht. Wir haben Achtung vor den Geschöpfen.

Das schwarz-rot regierte Saarland hat es vorgemacht. Ihr dortiger Kollege hat das Gegenteil von dem gesagt, was Sie zum Ausdruck gebracht haben. Er hat ähnlich gesprochen wie ich hier gerade.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Grün-Rot muss diese Novellierung machen. Denn wenn wir sie nicht machen, macht sie gar niemand. Wenn Sie jemals wieder in Regierungsverantwortung kommen, werden Sie froh sein, dass wir sie gemacht haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau! Dann können wir es nämlich als Erstes wieder ändern!)

Ich kann schon heute prophezeien, dass Sie diesen Bereich dann nicht mehr anrühren werden, weil wir die Drecksarbeit hier jetzt erledigen. Das ist schwer; das weiß ich.

(Glocke der Präsidentin – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Heißt das, dass Sie die Arbeit der Regierung als „Drecksarbeit“ bezeichnen? – Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Pix, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wir betreiben unsere Politik aber nicht auf Stammtischniveau, sondern wissenschaftsbasiert. Da bin ich den Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition sehr dankbar, dass sie uns bisher folgen konnten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Frau Präsidentin, jetzt entfernen Sie den Redner doch einmal vom Mikrophon!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Storz.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt bin ich gespannt, wie die SPD dazu steht! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren über eine Große Anfrage, die die Überschrift trägt: „Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?“

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So steht es in der Tagesordnung!)

(Hans-Peter Storz)

In den Fragen, die dort gestellt werden, wird auf einzelne Aspekte der Jagdpraxis eingegangen. Aber die zentrale Überschrift spielt da – so, wie ich das sehe – gar keine Rolle mehr.

Eine entscheidende Frage vermisste ich darin, nämlich – der Kollege Pix hat hierzu auch schon Erläuterungen vorgetragen –: Aus welchen juristischen oder inhaltlichen Gründen ist es überhaupt wichtig, das Landesjagdgesetz zu novellieren?

Wir haben es schon gehört: Es gibt eine Föderalismusreform,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und einen Koalitionsvertrag!)

die schon vor Jahren den Ländern erheblich mehr Regelungskompetenz im Jagdrecht eingeräumt hat. Wir müssen das Landesjagdrecht in vielen Punkten mit dem Bundesrecht harmonisieren. Der Tierschutz und der Naturschutz sind im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankert. Es ist an der Zeit, hier auch Konsequenzen zu ziehen. Zudem gibt es Veränderungen in der Agrarwirtschaft und in der Bewirtschaftung der Wälder. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in Ihrer Anfrage danach gefragt hätten, dann hätten Sie die klare Antwort bekommen: Ja, aus all diesen Gründen brauchen wir eine Novellierung des Jagdrechts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kein Beifall bei den Grünen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein, wegen des Koalitionsvertrags machen Sie es! Das haben Sie vergessen!)

In der Überschrift der Großen Anfrage sprechen Sie von einer „grundlegenden Neuregelung“. Dabei ist klar, dass die Grundlagen der Jagd bei der Novellierung gar nicht berührt werden. Viele Regelungen des bisherigen Jagdrechts haben sich bewährt

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also!)

und bleiben auch Grundlage der Novellierung, wie z. B. die Bindung des Jagdrechts an das Grundeigentum, die Jagd als Form der Nutzung nachhaltiger Ressourcen, das Reviersystem oder auch Detailregelungen wie z. B. die Flächengrößen, die Beteiligung Dritter und vieles mehr.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Jetzt hat sich aber eine Allianz gebildet aus Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, dem Jagdverband und den Bauern.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Dem Forst auch!)

Sie machen deutlich, dass Sie alles beim Alten belassen wollen. Da scheint – so sieht man es manchmal in der Öffentlichkeit – die geschlossene Front zu stehen, die vor allem wegen einzelner Aspekte das Ganze blockieren will. Wenn man aber vor Ort Gespräche führt, ergibt sich ein ganz anderes Bild. So sagen mir eine ganze Reihe von Jägern, die Regelungen, die bei der Novellierung getroffen werden sollen, seien für sie ganz okay und im Großen und Ganzen ganz gut nachvollziehbar.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer sagt das? Nennen Sie mal ein paar Namen!)

– Besuchen Sie einmal mit mir meinen Wahlkreis – auch als wir kürzlich im Nationalpark waren, haben die Jäger dies deutlich gemacht –, dann werden Sie solche Antworten hören.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

In der Beantwortung der Fragen wird zu den Aspekten Fütterung, Kirtung, Baujagd und „Einheitliche Jagdbehörde“ sehr gut dargelegt, welche Regelungen der Entwurf des Jagdgesetzes vorsieht und warum diese Änderungen Sinn machen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Haben Sie mit den Kammerjägern gesprochen?)

Ich finde die Beantwortung hervorragend. Da gilt mein besonderer Dank dem Ministerium. Ich kann nur jedem, der sich in die Diskussion einmischen will, empfehlen, vorher einmal die Beantwortung dieser Fragen zu lesen, weil man dabei wissenschaftlich erforschte Tatsachen oder juristische Sachverhalte erfahren kann, sodass man nicht nur aus dem Gefühl oder aus der Emotion heraus zu argumentieren braucht.

Ich will es am Beispiel der Fütterung – der Kollege Reuther ist auch darauf eingegangen – verdeutlichen. Grundsätzlich gilt: Wir haben es hier mit Wildtieren zu tun. Diese sind seit Tausenden von Jahren an die Bedingungen unserer Naturräume angepasst und brauchen in der Regel keine Fütterung. Gerade beim Rehwild wird im Winter der Grundhaushalt des Körpers heruntergefahren, sodass sich das Tier in einer Art Ruhezustand befindet und der Körper entsprechend wenig Energie verbraucht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn ein Mountainbiker vorbeifährt, ist das vorbei! – Gegenruf von den Grünen: Im Winter?)

Es findet dann auch eine Umstellung der Verdauung statt, bei der Fettreserven verbraucht werden und der Magen gar nicht fähig ist, energiereiches Futter zu verdauen.

Die Fütterung in dieser Zeit hat zwei Folgen. Erstens wird das Reh zur Futterstelle gelockt. Das führt dazu, dass dessen Stoffwechsel hochgefahren wird, was der natürlichen Winterruhe widerspricht. Dadurch werden die Reservedepots der Rehe sehr schnell aufgebraucht.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Weil das Futter aber vom Reh gar nicht entsprechend verdaut werden kann, kommt es zu der prekären Situation,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Spaziergänge vermeiden!)

dass die Rehe an Entkräftung sterben, obwohl sie gefüttert werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Meine Damen und Herren, gerade deswegen wurde in anderen Bundesländern die Fütterung verboten, etwa in Rheinland-Pfalz oder im Saarland. Im Saarland wollte man der Frau Kramp-Karrenbauer ein verhungertes Tier vor die Füße legen, jedoch hat man dann keines gefunden. In Graubünden sind 800 Rehe an den Futterstellen verendet, und daraufhin hat man dort dann das Fütterungsverbot eingeführt.

(Hans-Peter Storz)

Ich bin der Meinung: Wir haben hier einen Referentenentwurf, der allen Anforderungen an ein modernes Jagdgesetz gerecht wird. Natürlich gilt es hier und da noch zu schauen: Ist die Regelung stimmig und umsetzbar? An welcher Stellschraube muss noch gedreht werden, um manche Dinge klarer und praxisorientierter auszuformulieren?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: An welche Regelungen denken Sie dabei?)

Aber der Referentenentwurf liegt jetzt auf dem Tisch, und hierzu werden vielfach Gespräche geführt.

Deswegen kann ich auf die Frage in der Überschrift Ihrer Großen Anfrage – „Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?“ – sagen: Ja.

(Zuruf von der SPD: Ein klares Ja!)

Wir haben mit dem Referentenentwurf eine Grundlage für ein besseres und moderneres Jagdgesetz in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Aktuellen Debatte vor zwei Wochen, in der alles Wesentliche zum Entwurf – mehr haben wir ja noch nicht – gesagt wurde, sowie nach dem Landesjägertag in Oppenau, auf dem auch viel gesagt wurde und vor allem auch vieles nicht gesagt wurde, und mit Blick auf die laufende Anhörung der Verbände stelle ich hier fest, dass bis zum heutigen Datum das gültige Jagdgesetz die verfassungsmäßigen Vorgaben des Natur- und Tierschutzes voll abdeckt. Oder haben Sie – das frage ich Sie einmal – in den letzten zwölf oder 14 Jahren diesbezüglich einmal etwas von einer Verfassungsklage gehört bzw. gelesen? Denn seit 2000 ist der Tierschutz in Artikel 3 b der Landesverfassung und seit 2002 in Artikel 20 a des Grundgesetzes verankert. Das geltende Landesjagdgesetz steht dem nicht entgegen.

Heute behandeln wir die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU mit dem Titel „Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?“. Ich lege dabei großen Wert auf die Worte „grundlegende Neuregelung“. Die Antwort lautet eindeutig Nein.

Weiteres in der zweiten Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Jawohl!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion stellt mit ihrer Großen Anfrage die Frage, ob es notwendig ist, das Jagdgesetz in Baden-Württemberg zu novellieren. Ich will hier

gern das wiederholen, was ich dazu bei der Aktuellen Debatte schon gesagt habe: Ja, es ist notwendig, das Landesjagdgesetz von Baden-Württemberg zu novellieren.

Das Gesetz, wie wir es heute haben, stammt aus dem Jahr 1996.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen muss es ja nicht falsch sein!)

Es reflektiert nicht, dass seitdem das Grundgesetz geändert wurde, es reflektiert nicht, dass inzwischen der Tierschutz Staatsziel ist, was uns alle von der Verfassung her politisch verpflichtet, es reflektiert nicht, dass die Landesverfassung in der Zwischenzeit auf Initiative aller Fraktionen geändert wurde und dass hier – übrigens noch stärker, als es das Grundgesetz tut – der Tierschutz zum Ziel von Politik geworden ist und wir dazu verpflichtet sind, daraus Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unser Jagdgesetz reflektiert nicht,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihren Koalitionsvertrag!)

dass seit 1996 das europäische Naturschutz-, Artenschutz-, Tierschutzrecht deutlich strenger geworden ist, und es reflektiert auch nicht die Veränderungen, die auf Bundesebene hierzu durchgeführt worden sind.

(Unruhe bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu den Grünen: Jetzt hört doch mal zu!)

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Veränderungen, die dazu führen, dass auch aus der Jagd eine ganze Reihe von Problematiken an uns herangetragen werden mit der Bitte, diesen durch entsprechende Regelungen Rechnung zu tragen.

Jetzt verstehe ich, dass Sie sich vor dieser Frage scheuen, dass Sie sich davor scheuen, wie der Teufel das Weihwasser scheut, hier Regelungen umzusetzen, die in der Konsequenz dessen liegen, was Sie im Bundestag mit dem Grundgesetz und im Landtag mit der Landesverfassung gemacht haben.

Ich sage Ihnen aber: Wer dem Tierschutz im Grundgesetz zustimmt, der kann nicht so tun, als wäre es eine schöne Sprachgirlande, sondern der muss seinen Leuten auch sagen: „Es hat eine Konsequenz.“ Ich bedaure, dass Sie sich vor dieser Einsicht und vor dieser Wahrheit drücken, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Ich will das noch einmal an einem Beispiel deutlich machen. Wir wollen – wie es andere Länder getan haben, wie es auch von Ihren Parteien regierte Länder wie das Saarland getan haben – im Bereich der Fallenjagd Totschlagfallen – inzwischen werden sie Totfangfallen genannt, weil es netter klingt; sie funktionieren aber genauso – überall dort verbieten, wo es entsprechende Alternativen gibt.

Warum wollen wir das? Wir wollen es, weil wir unter dem Gesichtspunkt des Tierschutzes, bei dem es darum geht, dass

(Minister Alexander Bonde)

kein Tier ohne Not gequält werden darf, nicht zulassen können, dass hier aufgrund von Fallenarten, die selbst bei fachmännischster Ausführung immer noch die Gefahr bergen, dass ihnen geschützte Tiere zum Opfer fallen – sogenannte Fehlfänge –, Tiere leiden, dass es in Fallen zu Todeskämpfen kommt, dass Amputationen nötig werden und alle möglichen Fragestellungen auftreten. Da frage ich Sie: Ist das ein Eingriff ins Eigentum? Nein, das ist eine konkrete Auswirkung dessen, dass der Tierschutz hier einen Stellenwert hat, den wir in den Regelungen ganz konkret abbilden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb: Ja, wir sind in der Verpflichtung, das Jagdgesetz hier zu modernisieren, anzupassen. Wir haben dazu eine ganze Reihe von Vorschlägen aus der Jägerschaft aufgegriffen. Die Überlegung, hier im Jagdgesetz mit dem Schalenmodell einen modernen, neuen Weg zu gehen, ist eine Überlegung, die vor allem aus dem Bereich der Jagd kommt. Das ist etwas, was wir nicht machen müssen, aber woran es, wie ich glaube, gerade in der Jägerschaft ein Interesse gibt. Es geht darum, der Jagd mit einem modernen Jagdrecht eine Perspektive zu geben und vor allem auch die vielfachen Leistungen der Jagd rund um den Naturschutz, rund ums Wildtiermanagement adäquat im Gesetz abzubilden und zu würdigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Insofern: Es liegt ein Entwurf der Landesregierung vor. Wir sind jetzt mitten in der Diskussion, in der Anhörung. Da kommen von den unterschiedlichsten Seiten Vorschläge, die so weit auseinander sind, wie es den unterschiedlichen Interessenlagen im umfangreichen Beteiligungsverfahren entspricht. Wir werden zum Schluss auf der Basis von vielem, was sich bewährt hat, aber auch mit dem Aufgreifen von wichtigen neuen Erkenntnissen das Jagdgesetz in Baden-Württemberg im Wege eines Kompromisses modernisieren.

Noch einmal die Antwort auf Ihre Frage: Ja, es ist notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Rapp?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben gerade das Wildtiermanagement, den Tierschutz angesprochen. Jetzt gibt es auf der einen Seite bodenbrütende Arten – ich nenne jetzt einmal Auerwild –, die aufgrund der Initiativen vonseiten Ihrer Partei in den letzten Jahren sehr stark im Fokus standen und als schützenswert dargestellt wurden. Das unterschreiben wir ja alles.

Jetzt haben wir aber auf der anderen Seite durch die Eingriffe ins Jagdrecht, wie Sie sie geplant haben, eine gewisse Konfliktsituation: Wie kann in Zukunft der Jäger diese Arten entsprechend schützen, wenn beispielsweise an bestimmter Stelle Fuchsjagd im Bau verboten ist? Haben Sie sich mit diesem Konfliktpotenzial auseinandergesetzt?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Abgeordneter, wir haben uns damit sehr intensiv auseinandergesetzt. Das Beispiel des Fuchses ist

eines der besten Beispiele dafür, weshalb es möglich ist, das Jagdgesetz zu modernisieren. Denn es gibt kaum eine Art, bei der es so viele erfolgreiche Jagdmöglichkeiten gibt

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche sind dies?)

wie beim Fuchs, sodass es gerade hier bei der Frage der Baujagd, mit einer Veränderung hin zu Kunstbauten, möglich ist, eine tierschutzrelevante Verbesserung zu erreichen, wobei immer noch eine große Bandbreite an Bejagungsmöglichkeiten bleibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Jagdarten sind das denn?)

Ich glaube deshalb, dass Sie selbst damit das beste Beispiel dafür gegeben haben, dass man hier modernisieren kann, ohne dass es ein Eingriff ist und ohne dass es eine schädliche Wirkung hat.

Wir sind froh, dass die Jäger gerade hier ein großes Engagement für das Auerwild in Baden-Württemberg haben. Der Aktionsplan ist da – so glaube ich – eine ganz wichtige Bereicherung für den Naturschutz. Aber das, was wir mit diesem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz machen, stellt das nicht infrage und behindert es auch nicht, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Reuther das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Fuchs findet heute seine Beute unter den Windrädern! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil immer mehr gebaut werden! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Wolfgang Reuther CDU: Herr Minister, ich pflichte Ihnen bei: Eine Novellierung des Landesjagdgesetzes ist notwendig – jedoch nicht in Form eines durchgreifenden Vollgesetzes und vor allem nicht unter dem Diktat des Naturschutzes, sondern im Einklang mit dem Naturschutz. Dabei müssen beide Rechtskreise – Jagd- und Naturschutzrecht – gewahrt bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Kollege Storz sagt – wir haben beide den gleichen Wahlkreis –, er spreche mit Jägern, die alles, was in dem Gesetzentwurf stehe, ganz gut fänden, dann muss ich sagen: Lieber Hans-Peter, ich weiß nicht, mit welchen Jägern du bei uns in Konstanz gesprochen hast.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schürzenjäger!)

Aber auf dem Kreisjägertag warst du nicht zugegen. Dort hörten sich die Stimmen völlig anders an. Das können wir noch einmal gemeinsam machen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Was das Saarland und die Fütterung anbelangt: Im saarländischen Gesetz ist ausdrücklich von der Fütterung in Notzeiten und der Ablenkungsfütterung für Schwarzwild in schadträchtigen Regionen und Bezirken die Rede.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

(Wolfgang Reuther)

Im Saarland wurde das ausdrücklich aufgenommen. Hätten Sie so etwas in Ihrem Gesetzentwurf, hätten Sie die Jäger bei uns sicherlich nicht so an der Kette hängen. Das dürfen Sie mir glauben. Darüber können wir reden. Das macht auch Sinn.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das Saarland hat das dort bestehende Jagdgesetz angepasst, aber nicht durchgreifend. Es hat keine Zusammenführung mit Bestimmungen des Bundesjagdgesetzes vorgenommen und nicht ein völlig neues Gesetz geschaffen.

Ihr im Entwurf vorliegendes Gesetz schafft – vor allem bei der unteren Jagdbehörde – einen bürokratischen Aufwand ohne Ende. Da ist der Kreistag endlich einmal wach geworden. Ich bin einmal gespannt, wie das in den Kreisen weiter fortgetragen wird.

Sie haben noch einmal die Fuchsbejagung angesprochen. Die Baujagd ist wichtig. Sie ist ein Element einer sinnvollen Raubwildbejagung – für das Niederwild bis hin zu den Bodenbrütern, wie es vom Kollegen Rapp angesprochen wurde. Ohne die Baujagd können Sie höchstens den Bausparfuchs gut jagen. Das machen Sie aber am besten mit niedrigen Kapitalmarktzinsen und nicht mit diesen Elementen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Was die Fütterung anbelangt: Fütterung kann – darum geht es –, wenn sie richtig gemacht wird, Schaden vermeiden. – Wir sehen draußen auch ganz andere Beispiele; Kollege Pix, da pflichte ich Ihnen völlig bei. – Dann hilft es dem Wald und dem Wild.

Anstatt diese richtige und gute Fütterung aber als Alternative zur Schadvermeidung im Sinne des Hegebegriffs zu belassen, wird sie generell verboten. Sinnvoller wäre es, die Jäger beim Thema „Artgerechte Fütterung“ fortzubilden. Denn 85 % der Bevölkerung tragen laut Umfrage diese Fütterung der Wildtiere mit. Diese Menschen haben ein anderes Gerechtigkeitsempfinden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Noch wichtiger aber – da pflichte ich auch dem Gesagten bei – als ein künstliches Fütterungsangebot ist die absolute Ruhe im Wald. Wer nicht füttert, muss absolute Ruhe gewährleisten. Das geht in Graubünden, aber nicht in unserer zersiedelten Landschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Andreas Deuschle CDU – Abg.
Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau, ja!)

Wenn Sie das Wild immer wieder aufbringen – der Kollege Storz hat erklärt, wie das funktioniert –, wird dieses Wild im Winter gefährdet sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es!)

Das ist im Schwarzwald der Fall, und auf der Alb wird dies mit Sicherheit auch der Fall sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Graubünden wird ein mit einem Bußgeld von bis zu 500 Schweizer Franken strafbewehrtes Zutrittsverbot ausgesprochen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In unserem Gesetz ist nichts Derartiges enthalten. Wer sich dann auf die Einsicht der Bevölkerung verlässt und auf das Bewusstsein, dass sie sich rücksichtsvoll verhalten muss, könnte bei dieser Sache und diesem hohen Anspruch nach meinem Dafürhalten scheitern. Dann wäre das Ganze ad absurdum geführt.

Deshalb: Lassen Sie die Jagd so, wie sie ist. Stimmen Sie sie in Nuancen ab, aber lassen Sie eine durchgreifende Novellierung. Diese bringt Ihnen nichts, sie bringt den Jägern nichts, und sie befriedet Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber uns bringt
sie den Regierungswechsel!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die Ausführungen des Ministers konnten keine Argumente für diese grundlegende Neuregelung erkennen lassen. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege.

Das derzeitige Jagdgesetz ist praktikabel und erfüllt die Ansprüche an den Natur- und Tierschutz. Eine Verstärkung des Tierschutzes nach dem Landesjagdrecht, das 2009 schon einmal novelliert wurde, ist möglich. Ich verweise auf § 14 a Absatz 2 und auf § 19 Absatz 4 des Landesjagdgesetzes. Die zuletzt genannte Bestimmung lese ich Ihnen einmal vor. Darin steht:

Die untere Jagdbehörde hat den Missbrauch der Wildfütterung bei Kenntnis unverzüglich abzustellen.

Das ist eine Pflicht.

Das Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Vorschriften zur Vermeidung einer missbräuchlichen Wildfütterung zu erlassen.

Wir haben also alles. Wir brauchen nicht das Jagdgesetz auf den Kopf zu stellen, es völlig neu umzuschreiben, und vor allem nicht das Jagdrecht per Gesetz eigentlich abzuschaffen.

Ein praktisches Beispiel sind auch die Absätze 1 bis 3 von § 22 des Landesjagdgesetzes. Nach § 25 wiederum können heute beispielsweise Jagd- und Schonzeiten umfassend per Rechtsverordnung geregelt werden.

Warum soll man das Ganze also eigentlich auf den Kopf stellen?

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Der vorgelegte Entwurf jedoch zielt darauf ab – das ist das Entscheidende; der Kollege hat es gesagt –, das Jagdrecht dem Natur- und Tierschutz unterzuordnen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Das derzeitige Jagdrecht bietet alle Chancen, neue Erkenntnisse sowie neue Aufgaben und Ziele im Rahmen von Verordnungen fortzuschreiben.

Der derzeitige Entwurf ist – dabei bleibe ich – eigentumsfeindlich. Er führt zu mehr Bürokratie und bevormundet die Jägerschaft, die bei Hege und Pflege hervorragende Arbeit leistet.

Außerdem wird der vorgesehene Wildmanager Kosten und Bürokratie produzieren. Ich nenne ihn Kontrolleur und Bevormunder der Jägerschaft. So ist er angelegt. Das zielt darauf ab, den Jägern genau dieses Engagement, die Lust zur Hege und Pflege zu nehmen. Vor allem ist der derzeitige Entwurf nicht praxistauglich, meine Damen und Herren.

Wenn beide Bauernverbände, also die Eigentümer von Grund und Boden, die sich auch nicht immer grün sind, wenn die Forstkammer, der Landesjagdverband, der Verband der Eigentümer eine gemeinsame Resolution abgeben und sich ohne Wenn und Aber gegen die Entschädigungsregelung, wie sie vorgesehen ist, aussprechen, dann müsste der Landesregierung eigentlich einleuchten, dass das, was Sie hier vorgelegt haben, teilweise nicht viel taugt.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Auch die kommunalen Landesverbände haben Ihnen mitgeteilt, dass sie nicht viel von Ihrem Entwurf halten und vor allem die Gefahr sehen, dass Jagden nicht mehr verpachtbar werden.

Lieber Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel – jetzt ist er nicht da; in Oppenau war er da, da ist der Minister früher gegangen –, Ihr Angebot vom Samstag in allen Ehren, mit dem Sie den Jägern versprochen haben, sechs regionale Anhörungen im Land mit allen Beteiligten zu organisieren und über den Entwurf noch einmal zu diskutieren. Das ist sicher einen Versuch wert – vor allem für Sie, für die SPD und die Grünen –, um den Wind, der Ihnen ins Gesicht geblasen wird, erträglicher zu machen. Ich bin jedoch davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass es beim Versuch bleiben wird.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Denn die Wahlversprechen der grünen Wahlhelfer NABU und BUND gilt es einzulösen. Deshalb wird an dem Entwurf nicht viel geändert.

(Abg. Friedlinda Gurr-Hirsch CDU: Das ist der Punkt, ja!)

– Das ist der Punkt, um den es hier geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Spiel kennen wir vom Nationalpark. Sie werden sechsmal anhören – nicht erhören –, werden nur das hören, was Sie hören wollen, und werden dann die berechtigten Korrekturwünsche überhören.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Am Schluss zählt für mich das, was im Gesetz steht. So, wie es jetzt aussieht und wie es dann aussehen wird, werden wir dem Entwurf nicht zustimmen können.

Wir sollten nach erfolgter erster Lesung

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

die Stellungnahmen der Verbände sehr gründlich prüfen und dann noch einmal eine öffentliche Anhörung im Landwirtschaftsausschuss durchführen, um den einen oder anderen größten Blödsinn und vor allem das eine oder andere Unpraktikable aus dem Gesetzentwurf herauszunehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Wir werden jedenfalls dem vorgelegten Gesetzentwurf so nicht zustimmen. Ich habe es der Jägerschaft in Oppenau auch gesagt: Wir müssen dann eben bei einem Regierungswechsel 2016 sehen, dass wir innerhalb des ersten halben Jahres die Regelung wieder praktikabel machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Auch ohne Koalitionsvertrag! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter, Herr Kollege!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Flüchtlings- und Asylpolitik – Drucksache 15/4197

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Pröfrock das Wort.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bilder der Flüchtlingsboote, die über das Mittelmeer kommen, der Flüchtlinge, die sich unter Lebensgefahr aufs Meer begeben, lassen niemanden kalt. Von den Entwicklungen in der EU, im Mittelmeerraum, aber auch von kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, Afrika, im Mittleren oder Nahen Osten werden wir hier direkt betroffen. Allein der Krieg in Syrien hat neun Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Deswegen haben wir die Große Anfrage zum Thema „Asyl, Flüchtlinge und Unterbringung“ gestellt. Deutschland ist dabei seiner Verantwortung gerecht geworden und nimmt die meisten Flüchtlinge innerhalb der EU auf – mehr übrigens als die meisten der Grenzstaaten, über die häufig berichtet wird.

Die Bereitschaft der Bevölkerung, Flüchtlinge, politisch Verfolgte und auch qualifizierte Zuwanderer zu akzeptieren und zu integrieren, darf dabei nicht gefährdet werden; denn wir

(Matthias Pröfrock)

sind in Deutschland auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Eine Willkommenskultur muss aber auch gelebt werden. Dafür brauchen wir eine breite Überzeugung in der Bevölkerung, und deshalb muss in der Bevölkerung auch die Überzeugung vorhanden sein, dass die Spielregeln für die Migration eingehalten werden.

Nach einem historischen Tiefstand nähern sich die Asylbewerberzahlen nun wieder den Zahlen der Neunzigerjahre an, die letztendlich zum sogenannten Asylkompromiss geführt haben. Die meisten Asylbewerber kommen vom Westbalkan, gefolgt von Syrien, Afghanistan, Somalia und der Russischen Föderation – aus dem Gebiet des „lupenreinen Demokraten“ Wladimir Putin.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehen Sie da Asylgründe? – Abg. Rosa Grünstein SPD: Bei Putin?)

Die Zahl der Versuche vieler Menschen, nach Europa zu kommen, wird noch steigen. Europa muss sich mit den daraus resultierenden Fragen auseinandersetzen; denn sie werden nicht verschwinden.

Unsere Gesellschaft ist dabei nicht grenzenlos belastbar. Europa und Deutschland können keine bedingungslos offenen Grenzen akzeptieren. So hat es auch der Erste Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz, formuliert – ich zitiere –:

Deutschland könnte kein Sozialstaat mehr sein, und Europa könnte keiner werden, weil der Sozialstaat nicht grenzenlos jedermann unterstützen kann und schon gar nicht auf dem heutigen Niveau.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Recht hat er!)

Wo der Mann recht hat, hat er recht.

In der Antwort auf die Große Anfrage führt die Landesregierung selbst aus, dass die Schutzquote bei Asylbewerbern aus Staaten des Westbalkans gegen null tendiert. Für die Landesregierung liegt hier die Vermutung nahe, dass Asylbewerber aus diesen Ländern aus – ich zitiere – „asylfremden Gründen Aufnahme suchen“.

Deshalb muss nun der Koalitionsvertrag im Bund zügig umgesetzt und müssen die EU-Beitrittskandidaten in die Positivliste sicherer Herkunftsstaaten aufgenommen werden. Das gilt aus unserer Sicht für Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Albanien.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Frau Ministerin Öney, Sie haben uns heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ wissen lassen, dass Sie das begrüßen. Das freut uns sehr. Wenn Sie das Witzbuch beiseitelegen, kommen ganz kluge Aussagen. Weiter so!

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war aber kein Witz! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje, oje! Das Niveau sinkt aber gewaltig!)

Das würde in der Tat auch dazu führen, dass Antragsteller aus diesen Ländern unmittelbar zurückgeführt werden können. Das würde zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung führen.

Warum ist diese Rückführung von abgelehnten Asylsuchenden wichtig? Auch da zitiere ich aus der Antwort auf die Große Anfrage:

Werden beispielsweise Asylbewerber aus einem bestimmten Herkunftsland, deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde und die ihrer gesetzlichen Ausreiseverpflichtung nicht nachkommen, zeitnah zurückgeführt, ist festzustellen, dass der Zustrom von Einreisenden aus diesem Land signifikant zurückgeht.

Diese Einschätzung, Herr Minister Gall, teilen wir ausdrücklich, und wir werden bei diesem Thema auch wachsam bleiben und beobachten, ob tatsächlich konsequent zurückgeführt wird.

Die Verfahren selbst müssen beschleunigt werden. Hier sehen wir auch den Bund in der Pflicht, mehr Personal beim BAMF einzusetzen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer ist denn nach Ihrer Ansicht für die Verfahren zuständig?)

– Bitte?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer ist denn für die Verfahren zuständig?)

– Das ist der Bundesinnenminister, und den mahne ich genauso an wie den Landesinnenminister, wenn ich der Meinung bin, dass es Missstände gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei den Verfahren des Bundes?)

Das ist nicht nur eine Frage der Parteiangehörigkeit, sondern es geht um die Sache.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ja, eben!)

Im Land könnten dann auch Bezirksstellen für Asyl die Verfahren beschleunigen. Für die Dauer der Verfahren sollten die Antragsteller auch nicht zur Untätigkeit verurteilt werden, sondern eine Arbeitserlaubnis bekommen. Deswegen begrüßen wir sehr, dass sich die Bundesregierung das Thema zu eigen gemacht hat und zukünftig bereits ab drei Monaten Aufenthaltsdauer Arbeitserlaubnisse für Asylbewerber erteilen möchte.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr gut!)

Auch für die Unterbringung während des Verfahrens soll es Verbesserungen geben. Wir wüssten allerdings schon ganz gern, wie es die Landesregierung hinbekommen möchte, Lösungen für das zeitgleich bestehende Problem massiv steigender Flüchtlingszahlen und Verbesserungen bei der Wohnunterbringung unter einen Hut zu bringen.

Zu einer Willkommenskultur gehört übrigens auch, die erworbenen Qualifikationen anzuerkennen. Das Anerkennungs-gesetz hat lange auf sich warten lassen. Ein syrischer Ingenieur, eine Krankenschwester aus Rumänien sollten hier in ihren erlernten Berufen arbeiten können. Bei den meisten Anerkennungsverfahren geht es übrigens um Gesundheitsberufe.

(Matthias Pröfrock)

Für Arbeit suchende Migranten von außerhalb der Europäischen Union gibt es eine Blue-Card-Regelung, und ausweislich der Antwort auf die Anfrage bescheinigt uns die OECD, eines der zuwanderungsfreundlichsten Systeme für Hochqualifizierte zu haben. Für bereits eingewanderte Personen gilt § 18 a des Aufenthaltsgesetzes, der bei entsprechender Qualifikation eine Aufenthaltserlaubnis möglich macht.

Allerdings muss man sich auch ein realistisches Bild vom Leben in Europa machen. Nehmen wir einmal die Arbeitslosenstatistik. Mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen bei uns haben keinen Schul- oder Berufsabschluss. Der derzeitige Aufschwung am Arbeitsmarkt geht in Teilen an denen vorbei, die über keine schulische oder berufliche Qualifikation verfügen. Auch in Zukunft wird es nur einen geringen Bedarf an ungelerten Arbeitskräften geben. Das erlaubt ein bitteres, aber realistisches Fazit: Qualifizierte und gebildete Fachleute aus aller Welt werden in Deutschland eine Chance haben. Vielen, die sich auf den Treck oder die Überfahrt gemacht haben, dürfte die Integration am deutschen Arbeitsplatz aber nur schwer gelingen.

Vor dieser Lebenswirklichkeit dürfen wir die Augen nicht verschließen. Es wäre vielleicht eine Erkenntnis, dass diese Menschen in ihren Herkunftsländern verbleiben und trotz aller Schwierigkeiten dort nach ihren Chancen suchen sollten. Dazu wiederum können auch wir mit einer abgestimmten Außen- und Sicherheitspolitik, klügerer Entwicklungszusammenarbeit, Unterstützung bei Good Governance und insbesondere mit einer besseren Zoll- und Handelspolitik einen Beitrag leisten.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Wir brauchen also eine Strategie, die beiden Seiten gerecht wird: unseren Interessen an qualifizierter Zuwanderung und dem Gebot der Zufluchtsmöglichkeit für politisch Verfolgte und Flüchtlinge in eine offene und aufnahmebereite Gesellschaft auf der einen Seite und der konsequenten Anwendung des Rechts sowie dem Schutz vor Missbrauch auf der anderen Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute die große Drucksache der CDU-Fraktion

(Abg. Peter Hauk CDU: Große Anfrage! – Abg. Thomas Blenke CDU: Eine große Drucksache, ja!)

zum Thema „Flüchtlings- und Asylpolitik“. Insofern ist es schon verwunderlich, dass der Kollege ungefähr die Hälfte der Zeit verbrauchte, um über Blue Card, über Zuwanderung, über hoch qualifizierte Fachkräfte zu sprechen. Ich glaube nämlich nicht, dass wir die Problematik der Zuwanderung von Fachkräften über das Asylrecht werden lösen können.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Das habe ich gar nicht gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

– Sie haben den Großteil Ihrer Zeit darauf verwandt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Quatsch!)

Sie haben darauf abgehoben, dass Deutschland seine humanitären Verpflichtungen erfüllt. Das ist in Teilen richtig. Deutschland liegt, was die absoluten Zahlen angeht, sehr weit vorn. Deutschland befindet sich allerdings, was die Relation zur Bevölkerung angeht, im Mittelfeld. Es gibt andere Staaten, die relativ gesehen deutlich mehr Aufnahmen vornehmen.

Italien verzeichnet ganz aktuell sehr hohe Zugangszahlen. Dort sind in den letzten zwei Tagen 4 000 Flüchtlinge von der italienischen Marine aufgenommen worden.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Mehr oder weniger als in Deutschland?)

Das ist eine ganz grundsätzliche Frage, die die Dublin-II-Verordnung infrage stellt. Denn ich glaube nicht, dass wir noch lange Zeit erleben werden, dass die Anrainerstaaten des Mittelmeers diesen Zustand weiterhin dulden werden.

Wir haben, was Dublin II insgesamt angeht, eine sehr unklare Rechtslage. Es gibt trotz gleicher Rechts- und Sachlage widersprüchliche Entscheidungen von Gerichten, was Rückführungen und vorläufigen Rechtsschutz angeht; dies gilt insbesondere für Italien und Ungarn. Seit 2011 werden Rückführungen nach Griechenland ausgesetzt. All das sind Punkte, die Dublin II und das europäische Asylsystem und -recht infrage stellen. Wir brauchen dringend Antworten und Handlungen vonseiten der Bundesregierung.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben eben, lieber Kollege Pröfrock, auch die Armutszuwanderung angesprochen. Ich glaube, dass wir die Armutszuwanderung nicht über Anerkennungsquoten und die Definition von sicheren Herkunftsländern in den Griff bekommen werden. Die Definition von sicheren Herkunftsländern ist ausdrücklich eine Gefahr für das individuelle Recht auf Asyl. Denn es gibt Herkunftstaaten, in denen die Anerkennungsquote niedriger ist; aber sie ist eben nicht null. Es gibt auch in diesen Ländern begründete Ansprüche auf Asyl und deshalb aus unserer Sicht auch einen begründeten Anspruch, diese individuellen Rechtsansprüche auf Asyl zu prüfen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir verzeichnen Armutszuwanderung – auch das haben Sie angesprochen – vor allem aus Südosteuropa.

Ich glaube, dass wir hier verkehrt liegen, wenn wir das Ganze auf eine Debatte über Sozialleistungsmissbrauch reduzieren. Der Zwischenbericht der Bundesregierung zur Armutsmigration liegt vor. Darin konnten keine Zahlen dazu genannt werden. Es ist nicht bekannt, in welchem Umfang – entsprechende Fragen wurden bei der Pressekonferenz nicht beantwortet – es zu Sozialleistungsmissbrauch kommt. Für das Jahr 2012 gibt es Zahlen für Bayern; das sind die neuesten Zahlen, die vorliegen. Die CSU ist ja die Partei, die am entschiedensten ein Gesetz gegen Sozialleistungsmissbrauch durch Ausländer fordert. In Bayern gab es zwölf Fälle von Sozialleistungsmissbrauch durch Rumänen – es handelt sich wohlge-

(Daniel Andreas Lede Abal)

merkt um den Vorwurf von Missbrauch –, null Fälle bei Bulgaren.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Wir reden doch gar nicht über Freizügigkeit! Asylpolitik und nicht Freizügigkeit!)

Auf der Grundlage von zwölf Einzelfällen eine gesetzliche Regelung zu fordern – eigentlich ist das schon durch bestehende gesetzliche Regelungen abgedeckt – halten wir für verkehrt. Ich glaube, dass wir in dieser Frage mit unserer Debatte einfach am Thema vorbeigehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie aber auch!)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Grünstein.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Anlass für diese Plenardebatte ist die Große Anfrage der CDU zur Flüchtlings- und Asylpolitik. Bei der Lektüre der Antwort zu dieser Großen Anfrage müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Flüchtlingszahlen sowie die Anzahl der Menschen, die einen Asylantrag stellen, wieder dramatisch steigen. Auch die Zeitungen berichten täglich darüber. In fast jedem Wahlkreis bestehen Probleme bei der Unterbringung.

Viele erinnern sich an die Zeit in den Neunzigerjahren, als wir Turnhallen und andere Gemeinschaftsräume nutzen mussten, um die vielen Menschen irgendwo unterzubringen.

Wir wissen, dass die Situation im Moment Probleme in den Gemeinden und in den Kreisen mit sich bringt. Aber wir können doch nicht wirklich wollen, dass die Flüchtlinge abgewiesen werden, weil sie den fast ausschließlich wirtschaftlich geprägten Vorstellungen der CDU nicht genügen können.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Sie sagen doch selbst, dass es menschliche Tragödien gibt, dass Menschen eben nicht nur aus Armutgründen zu uns kommen, sondern um einfach nur zu überleben.

Im Jahr 2013 betrug die Zahl der Asylanträge laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 127 023. Damit nähern sich die Antragszahlen wieder Werten an, bei denen sie vor dem Jahr 2000 lagen. Im Jahr 1999 waren es nämlich 138 319 Anträge. Nun kann man sich fragen, was die Gründe für die steigenden Flüchtlingszahlen sind, woher diese Menschen kommen und – vor allem – wie wir mit der zunehmenden Zahl von Asylsuchenden umgehen wollen.

Die Gründe, weshalb Menschen aus ihrer Heimat fliehen, sind meist Verfolgung, Vertreibung und Krieg – das wissen wir alle; das ist nichts Neues –, und das sieht man deutlich an den Herkunftsländern der Asylsuchenden. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind die fünf zugangstärksten Herkunftsländer in den ersten zwei Monaten des Jahres 2014 mit 15,1 % Syrien, mit 11,8 % Serbien, mit 7,6 % Afghanistan, mit 5,5 % Albanien und mit 5,2 % Mazedonien.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Trotz Drittstaatenregelung steigen die Flüchtlingszahlen.

Auch die extrem teure europäische Grenzsicherungsagentur Frontex, die Flüchtlinge mit Drohnen und Satelliten jagt, ändert nichts an steigenden Flüchtlingszahlen.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Die Debatte über das Jagdgesetz ist um!)

Selbst die in der Antwort auf diese Große Anfrage vom Ministerium geforderte Vorratsdatenspeicherung hat wohl noch keine echte Verbesserung der Aufklärungsquote bewirkt. Leider wurde in der Antwort nicht darauf eingegangen, wie viele Menschen schlepper in den Jahren 2007 bis 2010 mithilfe der Vorratsdatenspeicherung zusätzlich überführt werden konnten.

Sogar die üblen Verhältnisse in italienischen, griechischen und ungarischen Flüchtlingsaufnahmelagern, in die selbst Deutschland keine Flüchtlinge mehr abschiebt, schrecken Flüchtlinge nicht ab, nach Europa zu kommen und sich weiter nach Deutschland durchzuschlagen.

Was bleibt als Fazit? Können wir überhaupt verhindern, dass Flüchtlinge zu uns kommen? Vielleicht müssen wir uns einfach damit abfinden, dass sich Flüchtlingsströme nicht so regulieren lassen, wie manche hier im Haus das gern hätten. Vielleicht muss man sich, wenn man sich der zivilisierten Welt zurechnet, damit abfinden, dass die saubere Bearbeitung von Asylanträgen Zeit braucht – es sei denn, man möchte eine riesige, extrem teure Aufnahme- und Abschiebeinfrastruktur aufbauen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Vielleicht müssen wir eben akzeptieren, dass auch hier Prävention im Sinne von Entwicklungshilfe und einer Steigerung des Wohlstands in den Herkunftsländern in Verbindung mit einer Stärkung des Rechtsstaats wahrscheinlich mehr bringt als Repression im Sinne der Verschärfung des Asylrechts oder des Errichtens noch höherer und teurerer Mauern um die „Festung Europa“.

Asylrecht fußt auf Humanität und eben nicht auf einer sozioökonomischen Grundlage oder Bewertung. Wer Zuwanderung nach sozioökonomischen Gesichtspunkten will, muss also neue Wege der Zuwanderung neben der EU Blue Card eröffnen.

Ich habe es hier an dieser Stelle schon einmal gesagt: Bitte machen wir nicht nur unsere Ohren und Augen auf, sondern auch unsere Herzen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: „Kommt alle zu uns“!)

Mir scheint, uns fehlt ein tragfähiges Konzept für die Zukunft. Denn das Hauptproblem, das es zu lösen gilt, ist die Frage, wie wir dafür sorgen können, dass es erst gar nicht dazu kommt, dass Menschen aus ihrer Heimat flüchten müssen.

Wenn ich den Kollegen Präfrock richtig verstanden habe

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Präfrock!)

– Präfrock, Entschuldigung; aber es waren alle Buchstaben drin –,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Matthias Präfrock CDU: Auch die richtig!)

(Rosa Grünstein)

dann sind wir uns in diesem Punkt doch absolut einig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist der Professor Röck!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mit dem neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz, das noch im alten Jahr verabschiedet wurde, sind natürlich nicht die Herausforderungen zu bewältigen, die wir beim Thema Flüchtlingsströme haben. Es hat sicherlich auch niemand erwartet, dass damit alle Probleme gelöst werden können.

Die Zahl der Flüchtlinge steigt. Allein von 2012 bis 2013 stieg die Zahl um 75 %. Wir gehen davon aus, dass der Anstieg im Jahr 2014 noch einmal ungefähr bei diesem Wert liegen dürfte. Es wird also einen weiteren Anstieg geben.

Im Fokus steht die Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe. Für die FDP/DVP-Landtagsfraktion wäre es interessant, den Stand der Überlegungen zu erfahren. Denn es ist angedacht, einen zweiten Standort zu finden, damit man die Prüfungen zügiger vornehmen kann.

Man hat sich das Ziel gesetzt – so steht es auch im Koalitionsvertrag des Bundes –, die Verfahrensprüfungen innerhalb von drei Monaten abschließen zu können. Wir bewegen uns im Augenblick bei etwa zwölf Monaten. Teilweise kommen die Flüchtlinge schon in die Kommunen, bevor das Verwaltungsverfahren und das Gerichtsverfahren abgeschlossen sind.

Die Zahlen lassen darauf schließen, dass mittelfristig eine weitere Verlängerung der Verfahren zu erwarten ist. Denn wenn man bei diesen hohen Zahlen weiterhin mit dem gleichen Personalstand arbeitet, kann man davon ausgehen, dass die Verfahren noch mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Heute hat sich Integrationsministerin Öney dafür ausgesprochen, dass Länder wie Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten definiert werden. Das hätte – schauen wir uns einmal die Zahlen an – in Baden-Württemberg im Jahr 2012 75 % der Flüchtlinge aus Europa und etwa 30 % aller Flüchtlinge betroffen. Das heißt, schon allein dadurch könnte man erhebliche Einsparungen erzielen, um den Menschen, die tatsächlich Hilfe benötigen, Unterstützung zukommen zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Baden-Württemberg ist die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, groß. Es ist wirklich beeindruckend, wie viele Ehrenamtliche sich dafür einsetzen, ankommende Flüchtlinge in den Kommunen in Baden-Württemberg willkommen zu heißen. Ich möchte an dieser Stelle einmal ausdrücklich allen in der Flüchtlingsarbeit hauptamtlich und vor allem auch den ehrenamtlich Engagierten danken, die sich Tag für Tag darum kümmern, dass sich die Flüchtlinge, die oft beschwerliche Wege hinter sich gebracht haben, bei ihrem Aufenthalt hier in Baden-Württemberg wohlfühlen. Von meiner Seite hierfür herzlichen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ein ausdrücklicher Dank auch an die Kirchen. Es war gerade zu lesen, dass die Diakonie und die Evangelische Landeskirche ab dem 1. April 2014 zwei neue Flüchtlingsdiakonate mit Sitzen in Heilbronn und Ulm geschaffen haben. Ich darf in diesem Zusammenhang den Oberkirchenrat Dieter Kaufmann zitieren; er sagt namens der Evangelischen Landeskirche:

Unsere Aufgabe ist es, mitzuhelfen, dass Asylsuchende ihre Potenziale in Deutschland einbringen können.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich denke, auch dies ist ein wichtiger Punkt, dass man die Arbeitsaufnahme erleichtert und bei dem Verfahren viel stärker prüft, welche Potenziale und Qualifikationen Flüchtlinge haben; das ist, denke ich, eine Chance, die wir auch für Baden-Württemberg nutzen sollten.

Kollege Pröfrock sagte es bereits: Nirgendwo werden mehr Flüchtlinge aufgenommen als in Deutschland. Im Jahr 2013 wurden 109 600 Asylanträge verzeichnet. Dies relativiert sicherlich ein Stück weit die Fehlannahme in der öffentlichen Wahrnehmung, dass nur die Mittelmeeranrainer besondere Lasten zu tragen haben. Insgesamt ist dies aber ein europäisches Thema.

Mich würde aber noch Folgendes interessieren: Man hat sich im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes so positioniert, dass man, wenn ein unerwarteter Änderungsbedarf entsteht, zunächst einmal über die Größe der Wohn- und Schlaffläche je Person nachdenkt. In der Antwort auf die Große Anfrage wird ausgeführt, dass bereits jetzt eine Ausnahmesituation aufgrund der Zahlen vorliegt. Da interessiert es mich schon, wie sich die Landesregierung dazu stellt, da die Kommunen natürlich auf Antworten warten, wie sich die Situation insbesondere bezüglich der Flächen, aber auch im Hinblick auf die finanzielle Entschädigung darstellt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Nach der Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa sagte Papst Franziskus:

Die Kultur des Wohlergehens, die uns an uns selber denken lässt, macht uns unsensibel für die Schreie der anderen ... Von dieser globalisierten Welt sind wir in die globalisierte Gleichgültigkeit gefallen! Wir haben uns an das Leiden des Nächsten gewöhnt, es geht uns nichts an, es interessiert uns nicht, es ist nicht unsere Angelegenheit!

Ich habe das ausdrücklich vorangestellt, weil ich erfreulicherweise bei den Äußerungen und Wortmeldungen – jedenfalls bisher – gehört habe – ich gehe davon aus, dass es auch so ist –, dass wir bei diesem Thema durchaus eine gemeinsame Basis haben, auf der wir diskutieren und uns auseinandersetzen können, und dass wir an der einen oder anderen Stelle – so hoffe ich jedenfalls – auch gemeinsame Lösungsansätze finden.

(Minister Reinhold Gall)

Ja, es ist so: Wenn tagtäglich Menschen ermordet werden, wenn allein in Syrien in den letzten drei Jahren über 140 000 Menschen dem Bürgerkrieg zum Opfer gefallen sind, wenn sich weltweit 45 Millionen Kinder, Frauen und Männer auf der Flucht befinden, dann ist dies auch unsere Angelegenheit, dann haben auch wir uns mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Deshalb schauen wir in Deutschland und gerade auch in Baden-Württemberg nicht gleichgültig darüber hinweg, sondern handeln entsprechend.

Die Große Anfrage vom Oktober 2013 wirft nun die Frage auf, ob die Bundesrepublik insgesamt und auch wir in Baden-Württemberg unseren humanitären Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen nachkommen, ob wir aufgeschlossen sind, ob wir in der Lage sind, dem Strom der Flüchtlinge mit offenen Armen zu begegnen.

Ich denke, die Antwort fällt positiv aus; das wurde angesprochen. Die hohe Anerkennungsquote bei den Asylanträgen und den bundesweiten Resettlement-Programmen, die es seit Jahren gibt und die wir jährlich fortschreiben und neu definieren, insbesondere was die Größenordnung betrifft, und jetzt ganz speziell auch die Syrien-Aufnahmeprogramme seitens des Bundes, aber auch das, was wir vonseiten des Landes Baden-Württemberg, der Landesregierung darüber hinaus auf den Weg gebracht haben, machen deutlich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durchaus Genüge tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung – das will ich in Erinnerung rufen – hat bei der Ausgestaltung der beiden Bundesprogramme entsprechend nachgesteuert. Ich nehme für uns, die grün-rote Landesregierung, in Anspruch, dass wir in den Entscheidungsgremien, insbesondere auf Ebene der Innenminister der Länder, deutlich unsere Stimme erhoben haben, dass es nicht bei den ersten Ausgestaltungen der Programme bleiben konnte, sondern nachgesteuert werden musste. Dasselbe gilt auch in Bezug auf das, was wir mit den Landesprogrammen gemacht haben. In der Summe ergeben sich aus den Bundes- und den Landesprogrammen für Baden-Württemberg zusammengenommen 2 300 Aufnahmezusagen allein für syrische Flüchtlinge. Das bedeutet im Klartext, dass allein Baden-Württemberg so viele syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufnimmt wie alle anderen europäischen Nationen zusammen. Ich spreche dabei nur von Syrien.

Aber unsere Verpflichtung gilt zweifelsohne nicht nur gegenüber den syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen; vielmehr hat sich die aktuelle Flüchtlingssituation insgesamt zugespitzt, und auch daraus erwächst Verantwortung, die wir annehmen wollen. Die Zahl der Asylanträge in Baden-Württemberg hat sich zwischen 2010 und 2013 von 4 800 auf rund 14 000 verdreifacht. Die bundesweiten Zahlen kennen Sie.

Aber, meine Damen und Herren, es muss im Rahmen einer solchen Diskussion und auf Basis der Beantwortung einer Großen Anfrage auch erlaubt sein, zu sagen: Humanitäre Hilfe braucht auch den Schulterchluss der Staatengemeinschaft insgesamt. Hierbei ist ein verstärkter Einsatz der übrigen Mitgliedsstaaten dringend erforderlich. Die Landesregierung sagt deshalb: Wir bitten die Bundesregierung und insbesondere auch die Verantwortungsträger in der Europäischen Union, auf andere EU-Staaten einzuwirken und sie an ihre humanitären Verpflichtungen zu erinnern.

Ich denke, die Europäische Union muss darauf achten, dass alle Mitgliedsstaaten die im Sommer 2013 verabschiedeten neuen Rechtsakte einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik umsetzen und anwenden. Wir jedenfalls tun dies.

Am Ende ist jedoch entscheidend, was sich in der Lebenswirklichkeit vor Ort abspielt. Dort entsteht Handlungsdruck; dort gibt es Handlungsnotwendigkeiten. Das heißt, es gibt schon erhebliche Unterbringungsprobleme, und das wirkt sich zulasten der Flüchtlinge aus den humanitären Krisenregionen aus. Deshalb kommt es auf den Schulterchluss an, damit wir uns dieser Aufgabe gemeinsam stellen können.

Dabei schließe ich mich dem Dank, der erfreulicherweise von den Vorrednern geäußert wurde, an. Gerade unsere Kommunen, die Städte, Gemeinden und Kreise, unternehmen erhebliche Anstrengungen, wenn es darum geht, Unterbringungskapazitäten zur Verfügung zu stellen. Wir wissen alle: Das stößt in der Lebenswirklichkeit häufig auf Widerstand, und es ist schon Standfestigkeit von denen gefordert, die vor Ort Verantwortung tragen – aber wohlgermerkt auch von uns.

Allen, die sich hierfür einsetzen – dies möchte ich seitens der Landesregierung zum Ausdruck bringen –, den politisch und kommunal Verantwortlichen, aber auch jenen, die sich ehrenamtlich und im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, von den Kirchen über die Verbände, diesbezüglich einsetzen, vor Ort mithelfen, Akzeptanz schaffen und tatsächlich unterstützen, sei unser herzlicher Dank gesagt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Es wurde auch angesprochen: Wie sieht es denn aus? Wie wirkt es sich aus, welche finanziellen Belastungen – das ist nun einmal so – gehen damit einher, und wie gehen wir damit um? Seit Beginn dieses Jahres ist in Baden-Württemberg ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz in Kraft, das Verbesserungen für die Betroffenen mit sich bringt – das ist, denke ich, wirklich unstrittig. Das war auch erforderlich; es war längst überfällig. Es macht vieles besser, aber wohlgermerkt nicht alles anders.

Die häufig und zum Teil auch kontrovers diskutierte Anhebung der Wohn- und Schlaflfläche pro Person in den vorläufigen Unterbringungen auf nun 7 m² war erforderlich; dazu stehen wir ausdrücklich.

Wir haben klare Regelungen geschaffen. Wir sind mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch. Die Änderung hat sich logischerweise finanziell auf die Kommunen und auch auf das Land ausgewirkt. Sie wissen ganz genau, dass wir die Pauschalsätze gemäß diesen Rahmenbedingungen angehoben haben, die wir zum Teil – insbesondere was die Anhebung der Quadratmeterzahl anbelangt – selbst zu verantworten haben. Wir haben aber auch berücksichtigt, dass es allgemeine Kostensteigerungen gegeben hat und gibt. Deswegen haben wir beispielsweise die lineare Steigerung der Pauschalen, die seit 2004 auf 1 % festgelegt war, auf 1,5 % angehoben. In nackten Zahlen – wenn Sie so wollen – wirkte sich dies dergestalt aus, dass der Pauschbetrag von gegenwärtig – seit Beginn dieses Jahres – rund 12 566 € im kommenden Jahr auf 13 260 € steigen wird. Wenn Sie es nachrechnen, wird Ihnen deutlich, dass dies eine Steigerung von deutlich mehr als 1,5 % ist. Das heißt im Klartext: Auch andere Faktoren fließen hier mit ein.

(Minister Reinhold Gall)

Meine Damen und Herren, Sie dürfen sicher sein: Wir stellen uns dieser Verantwortung. Sie entsteht sowohl aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen als auch durch unsere anteilige Verantwortung, was die Flüchtlingszahlen insgesamt anlangt. Wir stellen uns der Verantwortung insbesondere auch beim Thema „Syrische Bürgerkriegsflüchtlinge“.

Deshalb will ich zum Schluss sagen, meine Damen und Herren: Das Recht auf Asyl, das heißt, die Gewährung von Schutz für Verfolgte, ist natürlich gerade für Deutschland, aber insbesondere auch für Baden-Württemberg und im Besonderen für die grün-rote Landesregierung eine Verantwortung, der wir uns stellen.

Ich habe, wie gesagt, festgestellt: Wir sehen uns hier in gemeinsamer Verantwortung. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür. Wir stehen für eine zukünftige Zusammenarbeit und für gemeinsame gute Lösungen gern zur Verfügung; ich hoffe, Sie auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Pröfrock das Wort.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat können wir hier heute große Einigkeit feststellen, insbesondere auch zwischen den Aussagen des Herrn Innenministers und der Frau Integrationsministerin.

Ein paar Unstimmigkeiten habe ich eher beim Beitrag von Herrn Lede Abal wahrgenommen. Aber ich fange mit Ihnen, Frau Grünstein, an: Es gibt sozioökonomische Gründe, es gibt humanitäre Gründe. Aber ich glaube, was die Ministerin heute gesagt hat, ist ganz wichtig, nämlich dass mit dem Instrumentarium des Asylrechts diese sozioökonomischen Probleme nicht gelöst und die Herausforderungen in den Herkunftsländern nicht bewältigt werden können. Das ist das falsche Instrument. Da müssen wir uns etwas anderes und etwas Besseres als das, was wir heute haben, einfallen lassen.

Herr Kollege Lede Abal, Sie machen es sich etwas einfach, wenn Sie immer auf den Dublin-I-, Dublin-II- und Dublin-III-Verordnungen herumhacken. Wir können auch über andere Modelle sprechen. Es muss nicht so laufen, wie man es sich mit der Dublin-II-Verordnung vorgenommen hat. Man kann sich auch vorstellen, dass sich jeder Flüchtling das Land innerhalb der Europäischen Union, in dem er seinen Antrag auf Asyl stellt, selbst aussucht. Aber dann besteht – wie der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, in dem alle Flüchtlingsverbände vertreten sind, sagt – die Gefahr, dass es zu einem Moral Hazard kommt, dass die Staaten einen Anreiz hätten, ihre Standards so weit abzusenkten –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie unterstellen mir Sachen, die ich nie gesagt habe!)

– Sie sind auf der Dublin-II-Verordnung herumgeritten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich habe gesagt, das funktioniert nicht!)

– Ich rede mit Ihnen jetzt über mögliche Alternativen, wenn Sie sagen, das bestehende System funktioniere nicht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben mir diese Worte in den Mund gelegt!)

Das Modell, dass man die Flüchtlinge hier selbst wählen lässt, ist nicht praktikabel.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das habe ich nie gefordert!)

Die zweite Variante ist ein Quotenmodell. Auch darüber wurde diskutiert. Nach diesem Modell müsste Deutschland etwa genauso viele Flüchtlinge aufnehmen, wie es bereits heute der Fall ist. Auch das hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration ausgerechnet. Einige Länder würden bei diesem Modell entlastet, und andere Länder würden belastet; dazu zählen beispielsweise Großbritannien und – man höre und staune – Italien.

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass jedes dieser Systeme – egal, wie es organisiert ist – seine Schwierigkeiten mit sich bringt. Wir sollten daran arbeiten, dass das System, auf das man sich in Europa geeinigt hat, funktioniert. Dann werden wir auch in diesem Bereich zum Erfolg kommen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Antwort der Landesregierung, für die Arbeit der Flüchtlingsverbände und der Kirchen sowie für diese Debatte, die gezeigt hat, dass in dieser Frage im Haus große Einigkeit besteht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Faktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal, der sein Wasserglas von vorhin wieder mit zum Rednerpult nimmt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE stellt ein Wasserglas am Rednerpult ab. – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das Glas ist doch schon leer!)

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich würde auch noch etwas nehmen; so ist es nicht.

Herr Pröfrock, Sie haben gerade zum einen speziell die Dublin-II- und die Dublin-III-Verordnung angesprochen. Das Problem dabei insbesondere im Fall von Italien ist, dass dort, wie Sie richtig sagen, nur sehr wenige Asylanträge gestellt werden, aber sehr viele Flüchtlinge ankommen, die aus verschiedenen Gründen im Land selbst keinen Asylantrag stellen. Das liegt z. B. daran, dass dies unter der Regierung Berlusconi systematisch hintertrieben wurde und teilweise sogar Fahrkarten in andere EU-Mitgliedsstaaten ausgestellt worden sind. Deswegen ist gerade Italien ein sehr gutes Beispiel dafür, dass die Flüchtlingszahlen nach dem bisherigen Berechnungssystem völlig verzerrt werden. Es ist auch eigentlich ein sehr schönes Beispiel dafür, dass die Dublin-II-Verordnung nie richtig funktioniert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

(Daniel Andreas Lede Abal)

Zum anderen haben Sie die Beschleunigung von Verfahren angesprochen. Dazu gab es auch kürzlich in einer Debatte Äußerungen von Herrn Kollegen Blenke. Sie, Herr Blenke, haben damals angekündigt, bald werde es die BAMF-Fallentscheider geben. Bislang werden diese jedoch in keinem Land bundesweit gesehen. Sie werden immer wieder angekündigt; sie wurden von der alten Bundesregierung angekündigt, und sie wurden auch jetzt wieder angekündigt. Bislang bleiben diese aber aus. Sie wären aber sehr wichtig, um die Verfahren tatsächlich zu beschleunigen.

Sehr dringend brauchen wir ein Bleiberecht. Da gibt es tatsächlich gute Signale aus Berlin. Es gibt eine Einigung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Diese beruht auf einer Bundesratsdrucksache aus der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Diesem Antrag ist übrigens auch die baden-württembergische Landesregierung beigetreten. Wir begrüßen ausdrücklich, wenn es in dieser Frage endlich zu einer Einigung kommt.

Ich möchte dann auch noch darauf verweisen, dass die Pauschalen deutlich erhöht worden sind und wir damit eigentlich Ihr altes System fortgeschrieben haben. Deshalb würde mich schon interessieren, wo Sie ganz konkret Vorschläge zur Verbesserung der Systematik haben, die Sie selbst angeblich anvisiert hatten. Die haben Sie nämlich nicht genannt.

Im Übrigen haben wir, um der Kostenentwicklung gerecht zu werden, die Dynamisierung der Pauschale erhöht. Ich glaube, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Ich unterschreibe ausdrücklich, dass wir mit dieser Novelle des Gesetzes über die Aufnahme von Flüchtlingen nicht alle Probleme gelöst haben. Aber ich glaube, dass wir hier im Haus insgesamt eine positive Grundstimmung haben, diesen Weg weiter zu beschreiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/4949

Meine Damen und Herren, wie Ihnen bekannt ist, wurde im Präsidium vereinbart, zur laufenden Nummer 4 der Drucksache 15/4949, zur Beschlussempfehlung und zum Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag der Abg. Ulrich Lusche u. a. CDU und der Stellungnahme des Staatsministeriums – Fusion der SWR-Rundfunkorchester –, Drucksache 15/3130, eine Aussprache zu führen. Als Redezeit hat das Präsidium fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rau das Wort.

Abg. Helmut Rau CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SWR und seine Gremien haben aus finanziellen Gründen die Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stutt-

gart und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg beschlossen und dabei kulturelle Argumente nicht in Erwägung gezogen. Das hätte man auch anders sehen können. Kulturpolitisch war es höchst bedauerlich.

Die Landesregierung hat sich seit Bekanntwerden des Beschlusses völlig weggeduckt und nichts, aber auch gar nichts zu einer möglichen Neuformierung des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg beigetragen, obwohl es eine Initiative zahlreicher Bürgerinnen und Bürger gab, obwohl 160 international renommierte Dirigentinnen und Dirigenten und eine ähnlich hohe Zahl von Komponistinnen und Komponisten, internationale Kulturorganisationen, der Deutsche Musikrat und Medien im In- und Ausland diesen Skandal in der Kulturpolitik des Landes kritisiert haben.

Es würde die Unabhängigkeit des SWR nicht infrage stellen, wenn sich die Landesregierung um eine Lösung in anderer Trägerschaft kümmern würde. Keinen Gedanken hat sie jedoch daran verschwendet, wie einer der angesehensten Botschafter des Landes auf der internationalen Bühne erhalten werden kann.

Wenn das Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg bei Auftritten in aller Welt das Publikum begeistert, kommt kein Konzertbesucher auf die Idee, dass dieses Orchester zu Hause von der eigenen Landesregierung im Stich gelassen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Strategie des Landes und der Stadt Freiburg hieß und heißt: Wer sich zuerst bewegt, verliert.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Verloren haben bisher die Musikerinnen und Musiker, die Musikszene, die Bürgerinnen und Bürger, die, die sich bewegt haben. Sie müssen erkennen, dass sich das Land ernsthaften Gesprächen über eine Lösung verweigert.

In Freiburg wurde ein Stiftungskonzept erarbeitet ähnlich dem, das zum Erhalt der Bamberger Symphoniker in Bayern entwickelt wurde. Es ist also bewiesen, dass es funktionieren kann. Aber klar war: Ohne das Land geht nichts, und das Land, die Landesregierung will nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn also das Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg von der kulturellen Landkarte verschwindet, ist dies wesentlich dem Versagen und der Verweigerung des Landes zuzuschreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Was haben Sie denn getan, Herr Rau? Führen Sie das doch mal aus!)

Die Musikerinnen und Musiker dieses Orchesters haben in der Vergangenheit weit über ihre Konzerttätigkeit hinaus die musikalische Szene des Landes geprägt durch Ausbildung und Nachwuchsförderung, Kooperationen in der musikalischen Jugendarbeit, kleine Ensembles, Dirigate in den Vereinen der Amateurmusik.

(Glocke der Präsidentin)

(Helmut Rau)

Sie haben die Komponistenszene befruchtet durch Aufführungen, die nur hier zustande kommen konnten. Die FAZ würdigt gerade dies heute ausführlich im Feuilleton.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das sind doch Krokodilstränen, die Sie da vergießen!)

Der Ruf des Landes als weltweit anerkanntes Musikland steht auf dem Spiel. Und als sie das erkennt, erklärt die zuständige Ministerin Bauer, sie halte die Entscheidung für grundfalsch. Allerdings erklärt sie das erst unter dem Druck zunehmender Proteste am 2. April dieses Jahres, also vor gut einer Woche.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Eine Ministerin erkennt den drohenden schweren Schaden für das Land. Sie vergießt Krokodilstränen. Und was tut sie? Nichts, absolut nichts. Sie kündigt nicht einmal an, dass sie das Thema bearbeiten will. Sie gibt das Orchester einfach auf,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie haben es aufgegeben! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer hat denn das beschlossen?)

wie das auch das Freiburger grüne Spitzenpersonal Sitzmann, Krebs und Salomon insgesamt tut.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Rolland – das räume ich gern ein – hat gekämpft, sie wurde jedoch nicht gehört.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie waren mal zuständig!)

Warum haben Sie nicht die Leipziger Lösung ins Gespräch gebracht?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Warum haben Sie nicht die Leipziger Lösung ins Gespräch gebracht, die vom Land Sachsen und vom MDR für das Gewandhausorchester gefunden wurde?

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das haben wir doch alles gemacht!)

Diese Form der Zusammenarbeit berührt nicht die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Das sage ich gleich, bevor hier eine solche substanzlose Einrede erhoben wird.

(Zurufe)

Kommen Sie mir nicht mit dem gestrigen Interview von Herrn Bultmann in den „Stuttgarter Nachrichten“. Nach einer Orchesterversammlung am gestrigen Abend widerspricht die Sprecherin des Orchesters in wesentlichen Teilen den Darstellungen von Herrn Bultmann.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE – Gegenruf der Abg. Sabine Kurtz CDU: Schon gelesen?)

Dass sich der Ministerpräsident um eine für die Wahrnehmung des Landes so wichtige Frage kümmert, diese Hoffnung muss wohl jeder begraben, der darauf gesetzt hatte. Der SWR hätte anders entscheiden können; das stimmt. Aber das enthebt

die Landesregierung nicht der Pflicht, alles zu versuchen, um den Untergang des Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich fordere Sie auf, in ernsthafte Verhandlungen mit dem SWR, der bereits seinen erheblichen Beitrag angeboten hat, mit der Stadt Freiburg und mit Vertretern der Bürgergesellschaft, die die Stiftungslösung umsetzen wollen, einzutreten. Ihr Versagen

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

hat etwas damit zu tun, dass Sie die Wahrnehmung des Landes nicht mit seinen kulturellen Schätzen in Verbindung bringen. Deshalb ist auch Ihr Wegducken in dieser Frage nur ein Symptom für Ihr kulturpolitisches Versagen,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wie viele Mitglieder der CDU-Fraktion haben dafür gestimmt?)

das auch bei den Kulturträgern im Land so empfunden wird.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Kern das Wort.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Rau, Sie haben von „Skandal“ und von „Versagen“ gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Richtig!)

Den Skandal und das Versagen sehe ich eher auf Ihrer Seite.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

Der Skandal war, dass – nach dem, was man hier so hört – Ihre Leute einschließlich Ihrer selbst im Rundfunkrat für die Fusion der Orchester gestimmt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer hat zugestimmt? Der Rau?)

Das Versagen liegt bei Ihren Leuten, auf keinen Fall bei uns.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie waren doch gar nicht dabei! – Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

– Aber die, die dabei waren, wissen es und stimmen mir gerade zu. Sie möchten mir bitte nicht widersprechen; Sie waren nämlich auch nicht dabei.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie hat denn Frau Krebs abgestimmt? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Frau Krebs ist nicht im Rundfunkrat.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Verwaltungsrat!)

(Manfred Kern)

Es wundert mich, dass Sie jetzt im Plenum einen neuen Antrag zu dem Thema stellen, das wir bereits im Wissenschaftsausschuss behandelt haben,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist der alte!)

zumal sich seither keine neuen Erkenntnisse ergeben haben. Wir sehen deshalb – um das gleich zu Anfang zu sagen – keinen Anlass, von der damaligen Beschlussempfehlung abzurücken.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Rapp?

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ja, bitte, gern.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass Kollege Rau zu der angesprochenen Zeit gar nicht Mitglied im Rundfunkrat war?

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Darf der Staatssekretär nicht reden?)

– Herr Kern soll antworten.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Nein, das ist mir nicht bekannt. Soweit ich weiß, ist Herr Rau Mitglied. Aber dass er damals nicht dabei war, wusste ich nicht. Deswegen hatte ich angenommen, dass er mit allen anderen CDU-Leuten mitgestimmt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Er hat sich nicht gewehrt!)

Es gab niemanden von der CDU, der dagegen gestimmt hat. Deswegen habe ich es angenommen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Jetzt fangen wir noch einmal ganz von vorn an! – Gegenrufe von den Grünen)

Zu Ihrem jetzigen Antrag, auch wenn es derselbe sein mag – ich habe verschiedene Versionen gelesen; ich weiß nicht, ob er identisch ist –:

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie fordern die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass Alternativmodelle zur beschlossenen Orchesterfusion entwickelt werden. Es ist allerdings – das sage ich sehr deutlich – nicht Aufgabe der Landesregierung, sich in die interne Entwicklung des SWR einzumischen, auch wenn jemand anders das so wollen sollte.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Aber es steht in der Konzeption drin, über die Sie mit abgestimmt haben!)

Vielleicht haben Sie da eine andere Tradition, ein anderes Verständnis von Staatsferne. – So steht es auch nicht in der Konzeption „Kultur 2020“.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Darin steht, dass wir uns freuen und darauf stolz sind, so etwas zu haben. Das ist so etwas wie eine Bestandsaufnahme über das Vorhandene. Doch das heißt noch lange nicht, dass wir deswegen irgendwelche Verpflichtungen angenommen hätten, und schon gar nicht, dass wir denen hineinreden dürften. Das geht so nicht, erst recht nicht angesichts des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts, bei dem Ihrem Parteifreund, Herrn Roland Koch, seine Einmischung in eine Angelegenheit des ZDF vorgeworfen wurde.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Kulturpolitisch – das haben Sie auch schon bemerkt – ist die Entscheidung des SWR zur Fusion der Orchester außerordentlich zu bedauern. Das hat auch unsere Ministerin Bauer kürzlich in Trossingen deutlich zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Sabine Kurtz CDU: Krokodilstränen waren das!)

Die Entscheidung liegt jedoch ausschließlich bei den SWR-Gremien, und das müssen wir respektieren. Insofern ist es nicht zielführend, wenn Sie fordern, dass die Landesregierung auf die Entwicklung alternativer Modelle hinwirken solle. Das geht nicht.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Es führt ebenso in die Irre, wenn Sie glauben, es sei Aufgabe der Landesregierung, Einsparpotenziale beim SWR zu suchen. Das ist nicht unsere Aufgabe, nicht die des Parlaments und nicht die der Regierung.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

– Ja, sie hätten es im Rundfunkrat tun können. Genau.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Haben sie aber nicht!)

– Haben sie nicht.

Der Ausschuss hat einen Beschluss gefasst, der den Kern der Sache trifft. Für mich war und ist das vor allem eine Verneinung vor der exzellenten Leistung des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg. Dieses Orchester hat bundesweit sowie international einen hervorragenden Ruf und hat sich ein ganz besonderes Repertoire und eine ganz besondere Interpretationsweise erarbeitet. Das möchte ich noch einmal hervorheben und meinen großen Respekt vor den Musikerinnen und Musikern ausdrücken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da haben sie aber nichts davon!)

Betonen möchte ich auch, dass das Orchester in vielerlei Weise zur Musikvermittlung, vor allem an Jugendliche in der Region Freiburg, beiträgt und damit dort verankert ist. Uns ist wichtig, dass diese Arbeit fortgesetzt werden kann, wie auch immer das Orchester organisiert sein wird und wo auch immer es seinen Sitz haben wird.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: „Wo auch immer“!)

(Manfred Kern)

Herr Bultmann hat gerade gestern und heute in seinen Statements noch einmal deutlich gesagt, dass diese Arbeit weitergehen wird. Das können Sie nachlesen.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass der Prozess der Fusion bereits angelaufen ist. Herr Bultmann sagte, der Zug sei abgefahren. Ich sage: Der Wagen ist auf das Gleis gesetzt und rollt jetzt an, was nach einem Vorlauf von fast zwei Jahren nun auch spürbar ist. In dieser Zeit hat der von mir sehr geschätzte Freiburger Freundeskreis Ideen entwickelt, wie das Orchester möglicherweise eigenständig erhalten werden kann. Von einer Konzeption, wie es im CDU-Antrag heißt, ist man allerdings noch weit entfernt. Förderzusagen in Höhe von über 400 000 € sind beachtlich, aber sehr weit weg von den ca. 11 Millionen €, die bei der Beibehaltung der jetzigen Struktur jährlich notwendig wären. Der Ruf nach Landesgeld ist verlockend, aber gerade in Zeiten, in denen wir alles daran setzen, den Haushalt zukunftsfähig zu machen, steht ein finanzielles Einspringen des Landes nicht zur Debatte.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Derzeit geben wir für die gesamte Orchesterförderung im ganzen Land 11 Millionen € aus. Noch einmal die gleiche Summe obendrauf zu geben können wir nicht leisten.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Man muss halt Prioritäten setzen! – Gegenrufe von den Grünen)

Mir fehlt eine klare Aussage Ihrerseits. Wenn ich Herrn Rau richtig verstanden habe, soll das Land nun einspringen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, ich bitte Sie zum Ende zu kommen.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ich komme nun zum Ende. – Soll dies zulasten der von uns ins Leben gerufenen Kulturmaßnahmen gehen, oder will die CDU, dass wir in den SWR hineinregieren? Wie stellen Sie sich das vor?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Kreativität!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Heberer.

(Abg. Willi Stächele CDU: Ich habe gedacht, die Freiburger Kollegin spricht! Wo ist die Freiburger Kollegin? – Gegenruf der Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie hat doch unterschrieben!)

Abg. Helen Heberer SPD: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die heutige Aussprache soll die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 13. Februar 2014, also von vor Kurzem, zum Antrag Drucksache 15/3130 und damit die laufende Nummer 4 der Sammeldrucksache 15/4949 reflektieren, deren Inhalt es ist, die Landesregierung zu ersuchen, den SWR aufzufordern, Modelle zu prüfen, die den Weiterbestand des Radio-Sinfonieorchesters Stutt-

gart und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg als eigenständige Klangkörper ermöglichen. Das war Ihr Antrag.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Fünf Minuten! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist derselbe wie der von letztem Jahr!)

– Eben, das war Ihr Text. – Nun muss man zunächst einmal sachlich festhalten, dass wir uns zu einem Zeitpunkt mit diesem Thema – sowohl im Wissenschaftsausschuss als auch heute hier im Plenum – beschäftigen, zu dem die Entscheidungen zur Fusion – und zwar vonseiten der SWR-Gremien – bereits vor etwa zwei Jahren gefallen sind.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Dem Antrag hätten Sie letztes Jahr auch zustimmen können!)

In die Entscheidungsgremien wie Rundfunkrat und Verwaltungsrat sind zwar auch politische Vertreter entsandt, jedoch haben die Landesregierung bzw. die Landesregierungen – denn es handelt sich ja um Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – und die Parlamente selbst aufgrund der Eigenständigkeit und Staatsferne des Unternehmens SWR laut Staatsvertrag keinen Einfluss auf diese Entscheidungsgremien und sollen diesen auch gar nicht haben.

Es ist schmerzlich und bedauerlich, wenn es sich um solch kulturell einschneidende, aber finanziell begründete Entscheidungen handelt.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Auch wenn Medienpolitik zuständigkeithalber vom Staatsministerium und vom Ständigen Ausschuss behandelt wird, so wurde die kulturpolitische Komponente um die Zusammenlegung der Orchester im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den zurückliegenden Sitzungen anhand der vorliegenden Anträge erörtert und am 13. Februar auch die Gelegenheit eröffnet, einem Vertreter des SWR – in diesem Fall dem Intendanten, Herrn Boudgoust, selbst – noch offene Fragen zu stellen.

Auf der Suche nach alternativen Lösungen zur Rettung der Orchester sind in der zurückliegenden Zeit von den Freundeskreisen, den Orchestern, zahlreichen Experten und den SWR-Gremien selbst die unterschiedlichsten Lösungen – von Stiftungsmodellen über Spenden, Kooperationen bis hin zu regionalen Finanzierungsmodellen – erörtert und gesucht worden, bisher allerdings ohne greifbaren Erfolg.

Auch die im Wissenschaftsausschuss geäußerte Hoffnung, etwaige Mehreinnahmen durch den Rundfunkbeitrag für den Erhalt der Orchester einsetzen zu können, zerschlug sich bereits vier Wochen danach durch den Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, der KEF, und die darauffolgende Erklärung der Ministerpräsidentenkonferenz, die vorsieht, dass die Mehreinnahmen aus den Rundfunkbeiträgen dem öffentlichen System nicht zur Verfügung stehen. Sie müssen einer Rücklage zugeführt werden und dürfen nicht von den Anstalten verausgabt werden.

Fazit, meine Damen und Herren: Dies ist kulturpolitisch eine für alle schmerzliche und einschneidende Entscheidung mit spürbaren kulturellen Auswirkungen – Kulturfreunden dreht

(Helen Heberer)

es das Herz im Leibe herum. Perspektivisch zählt nur die Frage: Gibt es eine Hoffnung auf rettende, verlässliche Finanzierungskonzepte durch Dritte? Realistisch ist Folgendes zu betrachten: Die Rundfunkgremien haben Entscheidungen getroffen. Wir können nicht in den Geschäftsbetrieb des SWR eingreifen, so gern wir das aus kulturpolitischen Gründen in diesem Fall täten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir hier behandeln, ist kein leichtes Thema. Viele von uns haben heute nochmals einen Brief des Intendanten erhalten, in dem die vorhandenen Zwänge begründet dargestellt wurden. Es ist klar, dass man für die Lage des Senders, für die Zwänge, die entstanden sind, Verständnis haben muss. Man muss respektieren, dass man nicht beliebig in den Sender hineinregieren kann. Das ist klar. Das alles ist wahr.

Auf der anderen Seite ist es trotzdem eine mehr als traurige Tatsache, was hier mit diesem Orchester passiert.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Nebenbei bemerkt, spielt für mich vielleicht auch eine Rolle, dass ich einmal eine Zeit lang als Personalleiter beim – damals noch – SWF für das Orchester zuständig war. Dies ist ein wunderbares Orchester, das weltweit eingeladen wird, wenn ein Orchester für neuere und neueste Musik gesucht wird.

(Zustimmung des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Vielleicht haben erstklassige Musiker wie Michael Gielen zu wenig die Trommel gerührt, sodass man nicht rechtzeitig gemerkt hat, was für eine Perle man hier hat. Das ist nicht irgendein Orchester, sondern es ist vom Profil her in Europa und darüber hinaus wirklich einmalig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen)

Deshalb muss man natürlich verstehen, dass die Argumentation bei den Menschen, gerade im badischen Landesteil, etwa so ankommt, als ob man sagen würde: Wir reißen das Münster ab, denn es ist im Unterhalt sehr teuer, und wir haben nachgewiesenermaßen noch genug Kirchen in Baden-Württemberg.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Beifall der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Vielleicht ist der Vergleich ein bisschen übertrieben. Man muss sich aber klarmachen: Egal, wie man es begründet, und egal, woher die Zwänge kommen, dieses Orchester aufzulösen ist objektiv gewissermaßen ein Akt der Barbarei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie der Abg. Bärl Mielich GRÜNE)

Was kann man tun? Das ist, wie gesagt, schwierig. Das gebe ich zu. Vielleicht gäbe es aber doch noch eine Möglichkeit bzw. eine verbliebene Hoffnung. Gestern haben wir im Ausschuss über den Rundfunkbeitrag und über die Beitragssenkung diskutiert. Der Beitrag muss nun um über 70 Cent gesenkt werden. Die Ministerpräsidenten haben einen Teil dieser Senkung durch Beschluss schon festgelegt. Der Beitrag wird pauschal gesenkt. Wenn wir aber gleichzeitig den Anstalten Geld zurückgeben, wäre es dann nicht z. B. möglich, dass wir den restlichen Spielraum – jetzt spreche ich als Mitglied der FDP/DVP-Fraktion; da haben wir uns natürlich schon festgelegt – hälftig aufteilen und den besonders stark Betroffenen, den gewerblichen Kfz-Nutzern, die eine Hälfte zurückgeben und die andere Hälfte den Rundfunkanstalten zu Zwecken der Kunst- und Kulturförderung geben?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Dafür müsste sich der Ministerpräsident einsetzen!)

Das wäre rechtlich wahrscheinlich möglich, ohne die Selbstständigkeit zu tangieren. Da kann auch die KEF nichts dagegen haben. Das würde allerdings voraussetzen, dass sich der Ministerpräsident und die Landesregierung in der MPK dafür einsetzen, per Beschluss einen Teil der restlichen Mittel für Zwecke der Kunst- und Kulturförderung in den Anstalten zu belassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gute Idee!)

Dann sieht man, ob es nicht auch in anderen Ländern solche Projekte gibt. Dann hätten wir in Baden-Württemberg schon einmal einen dicken Beitrag, der zusammen mit den Beiträgen vor Ort vielleicht doch reichen könnte, um dieses Orchester am Leben zu erhalten. So viel Anstrengung darf man vielleicht erwarten.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Die CDU-Ministerpräsidenten sind dagegen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatsministerin Krebs.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte Herrn Abg. Dr. Goll ausdrücklich für seinen Beitrag gerade danken. Das war eine sehr gute Darstellung der Bedeutung des SWR-Orchesters Baden-Baden und Freiburg und seiner besonderen Rolle, der ich mich nur anschließen kann. Sie haben mich als Freiburgerin aber erschreckt: Den Abriss des Freiburger Münsters in den Raum zu stellen war schon ein schwerer Schock.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Ich habe schon verstanden, dass Sie fiktiv gesprochen haben und das nicht droht. Denn sonst wäre ich wahrscheinlich vor lauter Schreck nicht mehr fähig, hier zu reden.

(Ministerin Silke Krebs)

Aber im Ernst: Die Bedeutung des Orchesters gerade mit seiner Profilierung auf die Neue Musik ist unumstritten. Die Einzigartigkeit dieses Orchesters mit diesem Profil in der Bedeutung insgesamt, national und international, aber auch in seiner Bedeutung für die Kulturlandschaft in der Region wird von niemandem infrage gestellt und kann auch nicht infrage gestellt werden. Das sage ich mit aller Deutlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Wie kommt es aber dann so weit? Dazu möchte ich zunächst auf die Thematik SWR und dann auf die Thematik eingehen, was eine Landesregierung tun kann.

Zum Thema SWR: Der SWR hat in seinen Gremien darüber zu entscheiden, wie er das eigene Angebot aufstellt. Die Entscheidung liegt dort und nicht bei der Landesregierung. Weil hier eine Entscheidung des SWR thematisiert wird, möchte ich auch einmal sagen, wer im SWR entscheidet. Die Entscheidung ist im Rundfunkrat gefallen. Vertreten sind dort: die Kirchen, die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, die Handwerkskammer,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Landfrauen!)

der Journalistenverband, die IHK, die Bauernverbände, die kommunalen Landesverbände, der Landesjugendring, die Landfrauenverbände, der Landesseniorenrat, die Sportverbände, der Landesmusikrat, die Universitäten bzw. Hochschulen, der Volkshochschulverband, der Bühnenverein, der Komponistenverband, die Liga der freien Wohlfahrtspflege und viele andere mehr. Dieser Rundfunkrat des SWR hat dieses Thema mehrfach beraten und hat mehrfach mit deutlichster Mehrheit entschieden.

Ich bitte darum, diese Entscheidung der SWR-Gremien und eben der gesellschaftlichen Vielfalt, die in diesen Gremien vertreten ist, nicht zu kritisieren. Es ist die autonome Entscheidung dieser Gremien. Diese haben sie sich gut überlegt. Sie haben intensiv diskutiert und haben die Entscheidung wiederholt und Ende letzten Jahres im Rundfunkrat und danach im Verwaltungsrat immer wieder auch vor dem Hintergrund aller Debatten bestätigt. Das haben wir vonseiten der Politik zu respektieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Entscheidung im SWR – so viel sei gesagt – ist auch keine Entscheidung gegen die Musikkultur. Das ist eine Entscheidung für die Zukunft des SWR. Denn für den SWR geht es aus SWR-Sicht darum, sich in einer Situation eine Zukunft zu erschließen – wir hatten dieses Thema gestern im Ständigen Ausschuss –, in der insbesondere bei den Zuschauerinnen und Zuschauern eine ausgesprochen einseitige Altersstruktur vorhanden ist. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben nur dann eine Chance, in der Zukunft ihre Legitimation zu erhalten, wenn sie es schaffen, sich ein breiteres Altersspektrum zu erschließen. Deshalb bitte ich darum, zur Kenntnis zu nehmen: Wenn es um den SWR geht, ist die Frage eines Jugendkanals aktuell. In dieser Hinsicht könnte vonseiten der Union erheblicher Einfluss genommen werden. Beim Zustandekommen des Jugendkanals gibt es nämlich eine Problematik. Wenn Sie also für den SWR kämpfen wollen, dann bitte an dieser Stelle.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Hat Ministerpräsident Kretschmann je für den Jugendkanal gekämpft? – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Unser MP hat sich im Namen Baden-Württembergs in aller Deutlichkeit für den Jugendkanal ausgesprochen – gemeinsam mit Rheinland-Pfalz – und hat dafür gekämpft. Das können Sie sich auch vom Intendanten Boudgoust, der ja die Federführung für das Konzept hat, bestätigen lassen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Können wir mal darüber reden, was die Landesregierung für das Orchester macht?)

Wer sich dagegen ausgesprochen hat – darauf habe ich gerade angespielt; Frau Kurtz, das ist öffentlich, das kann ich sagen –, waren das Mitglied der Union Horst Seehofer und das Mitglied der Union Tillich. Das sind diejenigen, die bisher den Jugendkanal verhindern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Dann können wir auch über Fußballübertragungen diskutieren!)

Zurück zum eigentlichen Thema, Übergang zur Landesregierung. In aller Deutlichkeit, Herr Rau: Es ist sehr wohl eine Frage der Staatsferne, ob sich eine Landesregierung in eine Entscheidung im Strategieprozess des SWR einmischt. Das ist sehr wohl eine Frage der Staatsferne. Denn es geht nicht um eine Lappalie.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ob sie Geld gibt, um es aufzufangen, ist keine Frage der Staatsferne!)

Es geht zwar nicht um eine Personalfrage wie beim Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, aber es geht um eine entscheidende Frage im strategischen Prozess des SWR. In diese Frage wird sich die Landesregierung nicht einmischen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Dass es mehr Geld kostet! – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

– Ich komme dazu noch. Immer mit der Ruhe. Das kommt alles noch. – In einem Punkt muss ich Ihnen leider widersprechen, Herr Goll. Die Überlegung ist natürlich erst einmal naheliegend: Jetzt haben wir mehr Beiträge, jetzt haben wir da mehr Luft. Kann man das nicht auch dazu nutzen, dem SWR Möglichkeiten für das Orchester zu öffnen? Man kann es leider nicht. Denn die KEF hat den eindeutigen Auftrag, nur den Aufwand für Aufgaben anzuerkennen, mit denen die Rundfunkanstalten über Staatsverträge beauftragt sind. Es ist bitter für das SWR-Orchester in Südbaden, aber das Betreiben eines Rundfunkorchesters gehört nicht zu den staatsvertraglich verankerten Aufgaben von Rundfunkanstalten. Deswegen ist es der KEF nicht möglich, zusätzlichen Aufwand für diese Orchester anzuerkennen. Diese Lösung ist leider nicht möglich.

Damit komme ich zu der Frage: Wie kann man eine Stiftungslösung möglich machen? Das ist die einzige Möglichkeit für ein weiteres autonomes südbadisches Orchester, die noch im Raum steht. Wie kann man das möglich machen?

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

(Ministerin Silke Krebs)

Damit komme ich noch einmal zu Ihnen, Herr Rau. Sie haben gesagt, die Landesregierung hätte nichts getan. Die Landesregierung hat etwas ganz Entscheidendes getan, und zwar im Verwaltungsrat. Die Mitglieder der Landesregierung haben in den Beschluss des SWR über die Fusion eine Klausel eingeführt, die besagt: Wenn sich die Rahmenbedingungen grundsätzlich ändern, kann dieser Beschluss noch infrage gestellt werden. Diese Klausel haben wir deshalb eingeführt, weil wir das Fenster für eine Stiftungslösung offenhalten wollten. Wenn diese Landesregierungsmitglieder im Verwaltungsrat nicht so vorgegangen wären, dann wäre die Stiftungslösung schon jetzt unmöglich. Die jetzige Möglichkeit ist auf das Handeln der Mitglieder der Landesregierung zurückzuführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Um auch das in aller Deutlichkeit zu sagen – auch das hat die Landesregierung getan –: Ich habe schon mit den Orchesterfreunden in Stuttgart und in Freiburg gesprochen, als von der CDU bei diesem ganzen Thema überhaupt noch nichts zu hören war. Vor der Entscheidung des Rundfunkrats habe ich aus der CDU kein Wort zum Thema Orchesterfusion gehört. Andere haben sich zu diesem Zeitpunkt schon darum gekümmert, alternative Lösungen zu erörtern.

(Abg. Willi Stächele CDU: Aber nicht die Landesregierung! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Das hätte der Staatssekretär im Ausschuss berichten können! – Gegenruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Hat er doch! Sie hätten nur zuhören müssen!)

Dann zum Zwischenruf von der CDU, es sei nur eine Frage der Prioritätensetzung für das Land; wenn das Land die Prioritäten richtig setze, könne es bestimmt auch das SWR-Orchester finanzieren. Es geht um 11 Millionen € jährlich – nicht einmalig, sondern jedes Jahr, solange das Orchester besteht.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: 2,5 Millionen, nicht 11!
– Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU – Unruhe bei der CDU)

Es geht um Musikerinnen und Musiker, die ihr Gehalt bekommen müssen, und zwar nicht nur, solange das Thema im Mittelpunkt steht. 11 Millionen € jährlich sind so viel wie die gesamte Orchesterförderung des Landes Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Das macht mehr als deutlich, dass es nicht möglich sein wird, dieses Orchester aus dem Landeshaushalt aufzufangen. Allein von der Dimension her ist klar: Der Aufwand für dieses Orchester ist so hoch wie die gesamte Orchesterförderung des Landes Baden-Württemberg. Wenn man also die Prioritäten anders setzen würde, müsste man die Orchesterförderung massiv zurückfahren, um Mittel frei zu machen. Das ist sicherlich nicht im Rahmen dessen, was Sie machen wollen.

Deswegen sagen wir zu den Menschen, die beide Orchester weiterhin in Eigenständigkeit haben wollen, immer wieder – und haben dies schon deutlich vor der Entscheidung im Rundfunkrat getan –: Ihr müsst für eine Stiftungslösung privates Kapital finden. Diese Stiftungslösung kann nur funktionieren, wenn in einem relevanten Umfang privates Kapital zur Verfügung steht. So bitter es ist: Zwei Jahre nach Beginn der De-

batte zu diesem Thema ist es noch nicht einmal gelungen, 1 Million € zusammenzubekommen. Zu den 11 Millionen € fehlt also noch eine ganze Menge. Das ist bitter; aber das ist so.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Deswegen bitte ich die CDU, damit aufzuhören, den Menschen etwas vorzumachen und so zu tun, als müsste nur irgendjemand seinen Willen ändern, und dann könnte man das Orchester finanzieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Wer das Orchester erhalten will, muss sich dringend darum kümmern, dass privates Kapital akquiriert wird, und zwar verlässlich und von Jahr zu Jahr aufs Neue. Dann gäbe es eine Möglichkeit für eine solche Stiftungslösung. Hören Sie auf, den Menschen etwas anderes vorzumachen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Drucksache 15/4949.

Zur laufenden Nummer 4 dieser Drucksache liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5043, vor. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5043, abstimmen, der eine Neufassung des Abschnitts I der laufenden Nummer 4 der Beschlussempfehlungen in der Drucksache 15/4949 begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

Ich lasse nun abstimmen über Abschnitt I der laufenden Nummer 4 der Beschlussempfehlungen in der Drucksache 15/4949. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt I ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt lasse ich abstimmen über Abschnitt II der laufenden Nummer 4 der Beschlussempfehlungen in der Drucksache 15/4949. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Wir kommen nun zu den weiteren 14 Beschlussempfehlungen, die in der Drucksache 15/4949 enthalten sind. Sind Sie damit einverstanden, dass ich bei diesen 14 Beschlussempfehlungen gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen feststelle? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 15/4976

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Petitionsausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 30. April 2014, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen frohe Ostertage und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:48 Uhr

Anlage

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP

Wahl der externen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Ordentliche Mitglieder:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 1. Thomas Reumann | Landrat, Reutlingen |
| 2. Professor Dr. habil. Thomas Klie | Evangelische Hochschule Freiburg |
| 3. Herbert Weisbrod-Frey | Bereichsleiter Gesundheitspolitik
ver.di Bundesvorstand |
| 4. Michael Wipp | Geschäftsführer der Haus Edelberg
Dienstleistungsgesellschaft und Mitglied im
bpa-Landesvorstand Baden-Württemberg |

Stellvertretende Mitglieder:

- | | |
|-----------------------------------|---|
| 1. Rainer Kontermann | Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der
Baden-Württembergischen Krankenhausge-
sellschaft (BWKG) e. V. |
| 2. Dr. biol. hum. Uwe B. Schirmer | Akademie Südwest ZfP Südwürttemberg |
| 3. Sabine Seifert | Pflegedienstleiterin in der Evangelischen
Diakonissenanstalt Speyer-Mannheim |
| 4. Tilman Kommerell | Leiter Krankenpflegeschule Bildungszentrum
Überlingen, Helios Klinik |

10. 04. 2014

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion